Antifaschistisches info Blatt

Nr. 107 | Sommer 2015 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

GÖTTERDÄMMERUNG

DIE AFD ZERREISST SICH SELBST



8

Rechtsruck

Mit der AfD erhielt das rechte Wutbürgertum eine parteipolitische Artikulationsform, die über den offen rechten Rand hinausreicht. Doch aktuell tobt ein Machtkampf um Personalien und die strategische Ausrichtung der Partei.



18

Foto: Screenshot facebook.com

„Kategorie C"

Die Bremer Band „Kategorie C-Hungrige Wölfe" versuchte sich noch vor Jahren unter dem Mantel des unpolitischen Fußballrocks zu verstecken. Mit ihrer neuen CD „Falsch gelebt", einer gleichnamigen Tour und allein acht bis Mai beworbenen Konzerten im Jahr 2015, bleibt die Band ein umtriebiger Player im Rechtsrock-Milieu.



28

Foto: NDR – Panorama 3

Die „Germanische Neue Medizin"

Weihnachten 2009 starb Sighild B. mit nur vier Jahren an multiplem Organversagen. Ihre Eltern mussten sich fünf Jahre später vor Gericht verantworten. Sie hatten ärztliche Kontrollbesuche verweigert und sich lieber mit den „Behandlungsmethoden" der „Germanischen Neuen Medizin" beschäftigt.



54

„White Man March"

Neonazistische Allianzen in England

Seit Monaten in sozialen Netzwerken angekündigt, fand am 21. März 2015 der „White Man March" (WMM) im britischen Newcastle upon Tyne statt. Doch dem Aufruf folgten nur knapp 100 Neonazis, um von der örtlichen Polizei beschützt, eine zweistündige Kundgebung abzuhalten.

Titelfoto: AfD-Parteichef Bernd Lucke bei einer Veranstaltung der Initiative „Weckruf 2015"

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

Mit Spannung und auch ein bisschen Schadenfreude beobachten wir die nun bereits seit einigen Monaten andauernde Selbstzerfleischung der „Alternative für Deutschland" (AfD). Während der eher nationalneoliberale Flügel um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel für eine „moderate" Ausrichtung der Partei wirbt, greifen die rechtskonservativen AnhängerInnen um Frauke Petry und Alexander Gauland selbstbewusst nach der alleinigen Führung der Partei. Der Ausgang dieses Flügelmachtkampfes ist derzeit noch ungewiss, fest steht jedoch, dass die AfD weiterhin langfristig den rechten Spektren jenseits der CDU/CSU ein politisches Zuhause bieten wird.

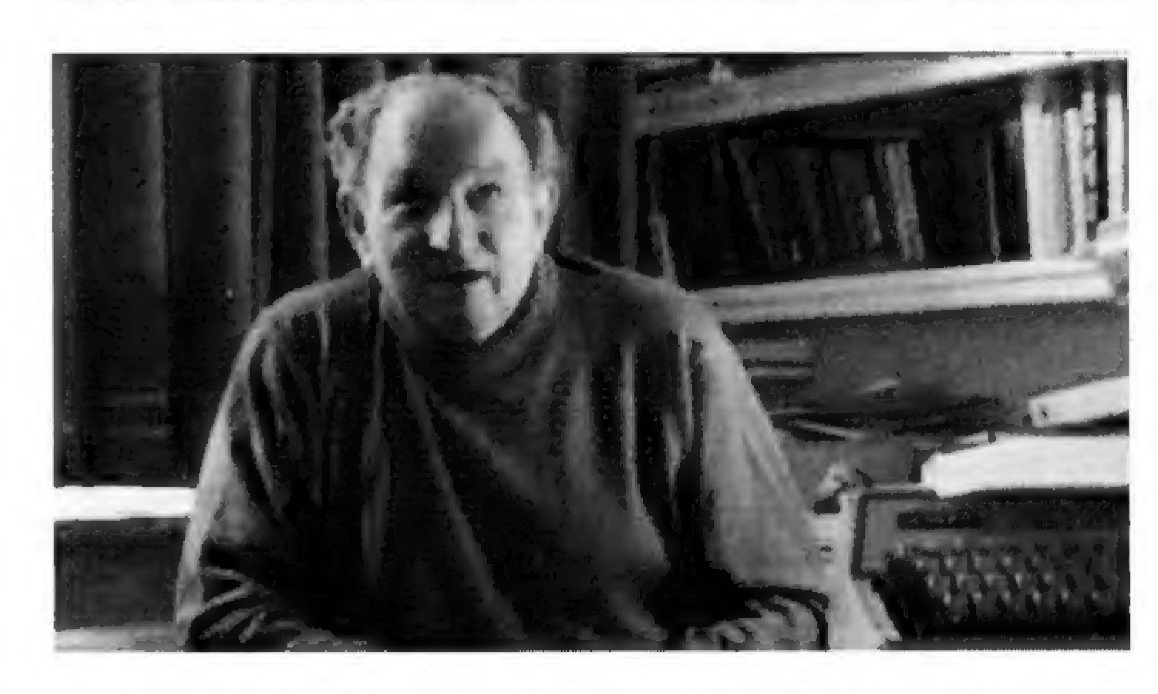
Dass um diese Lücke weiter gerungen wird, zeigen nicht nur die anhaltenden rassistischen Pegida-Aufmärsche in mehreren Städten, sondern auch die Teilnahme dieses Spektrums mit der ehemaligen AfDlerin Tatjana Festerling an der OberbürgermeisterIn-Wahl in Dresden. Dass es der AfD gerade auf Landes- bzw. Kommunalebene wiederholt möglich war Wahlerfolge zu erzielen und in einige Parlamente einzuziehen, mag auf Grund der bisher fast nicht vorhandenen kommunalen Verankerung verwundern. Welche AkteurInnen hier präsent sind und welche lokalen Besonderheiten in den bisher erfolgreich abgeschlossenen Landtagswahlen herrschen, zeigen wir in unserem Übersichtsartikel auf Seite 8.

Die bisherigen Wahlerfolge scheinen in erster Linie dem Besitzstandsbewahrungsinteresse der Mittelschicht geschuldet, wie Sebastian Friedrich in seinem Artikel auf Seite 14 herausarbeitet. Dieser Faktor ist nicht zu unterschätzen, sind doch die aktuellen Flügelkämpfe innerhalb der AfD nicht loszulösen von der Überlegung, welches WählerInnenklientel angesprochen werden soll.

Auch in dieser Ausgabe haben wir einen Debattenbeitrag zur Diskussion um die Frage, ob es einen islamischen Faschismus gibt, was Kennzeichen dessen wären bzw. sind und wie ihm aus antifaschistischer Sicht begegnet werden kann. Nach Beiträgen von Volker Weiß (AIB 105) und Abu Uli (AIB 106) stellen nun Klaus Blees und Roland Röder ihre Thesen vor und halten fest, dass „die islamische Reaktion zu kritisieren und die ihr zugrundeliegenden Strukturen zu bekämpfen, für emanzipatorische Linke eine unverzichtbare Notwendigkeit [ist]. Befremdlich ist es nicht, wenn Linke den Islam kritisieren, sondern wenn sie es nicht tun." Auch hier sind wir gespannt auf eure Reaktion und hoffen auf weitere Beiträge.

Mit wenig Überraschung haben wir die Verlautbarung des Deutschen Beamten Bundes Berlin (dbb) zu unseren Recherchen über das ehemalige Engagement des Berliner DpolG-Chefs und stellvertretenden dbb-Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf u.a. bei der rechten Partei „Die Republikaner" zur Kenntnis genommen (AIB #106). Statt ernsthafte politische Konsequenzen zu ziehen oder sich zu den Verstrickungen zu verhalten, spielt der ddb den Ball zurück: „Offensichtlich versucht die linke Antifa im Vorfeld erhoffter Krawalle am 1. Mai mit der Polizei ein rechtes Feindbild aufzubauen. [...] Hiermit hat diese Gruppierung ihre wirkliche Zielrichtung zu erkennen gegeben."

Leider sind auch in dieser Ausgabe wieder traurige Nachrichten zu verkünden. In Großbritannien ist im Alter von 94 Jahren der Antifaschist Morris Beckman gestorben. Ende 1996 erschien im Harald-Kater-Verlag die deutsche Ausgabe seines 1992 in Großbritannien erschienenen Buches über den Kampf jüdischer Ex-Soldat_innen gegen die zwischen 1946 und 1950 in Britannien an Einfluß gewinnende neonazistische Bewegung. Das Leben von Beckman, die Geschichte der antifaschistischen „43 Group" und seine Persönlichkeit waren faszinierend und Beckman ein witziger und hervorragender Erzähler. Seine gerade antifaschistische Haltung und seine Anekdoten haben uns und viele andere immer wieder beeindruckt.



In den USA wurde im April 2015 der 44-jährige Ron Lane, Mitarbeiter der Wayne Community College in Goldsboro (North Carolina/USA), von einem Neonazi erschossen, da dieser ihn für einen homosexuellen Pädophilen hielt. •



Neonazi-Gewalt am 1. Mai in Thüringen

Am 1. Mai 2015 kam es in Thüringen zu einem Überfall durch etwa 40 Neonazis auf eine Gewerkschaftskundgebung in Weimar. Die Neonazis stürmten die Bühne, attackierten u.a. den Bürgermeister und einen Bundestagsabgeordneten und verletzten drei Personen. Die Polizei ermittelte bislang 27 Neonazis aus Sachsen, Brandenburg, Hessen und Thüringen als Tatverdächtige. Nach ihrer vorläufigen Festnahme befinden sich die 22 Männer und fünf Frauen zwischen 18 bis 35 Jahren wieder auf freiem Fuß. Offenbar war dieser Angriff im Vorfeld geplant worden. Laut einer auf der Homepage linksunten.indymedia.org geleakten Kommunikation zwischen den sächsischen Neonazi-Aktivisten Alexander Kurth und Paul Rzehaczek hieß es zum 1. Mai 2015: „also wir werden zum ersten Mai nichts anmelden da wir für uns beschlossen haben, das es im moment sinnlos ist irgendwo was anzumelden. Wir werden uns lieber dezentral treffen und dann auf linke veranstaltungen gehen und da ein bisschen für furore zu sorgen." Ein Foto zeigt Paul Rzehaczek bei der Auseinandersetzung in Weimar.

Brutale Angriffe auf Antifaschist_innen mit mehreren Schwerverletzten gab es am 1. Mai auch in Saalfeld im Zuge eines Aufmarschs der Neonazipartei „Der III. Weg" mit 700 bis 800 Teilnehmenden. Eine Auswertung vom Bündnis „Zivilcourage und Menschenrechte" im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt berichtete: „Bevor der Neonazi-Mob, ausgerüstet mit Holzstangen und anderen Gegenständen, die Veranstaltungen erreichte, fielen ihm jugendliche Gegendemonstrant_innen vor dem Wahlkreisbüro Haskala zum Opfer. Drei Menschen wurden brutal zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt." Ein Augenzeuge schilderte später: „In dem Moment war ich überzeugt: Die Nazis schlagen die Jugendlichen tot". Obwohl zwei Streifenbeamt_innen mit Dienstwaffe in der Nähe waren, und auch ein ziviler Kleintransporter der Bereitschaftspolizei eines anderen Bundeslandes zeitweise hinter der Neonazi-Gruppe herfuhr, griffen die Beamt_innen nicht ein. Erst fünf Minuten später näherte sich eine, die ganze Zeit zuschauende Beamtin, den zurückgelassenen Schwerverletzten, welche stark an den Köpfen bluteten, teils ausgeschlagene Zähne, Gehirnerschütterungen und innere Blutungen davontrugen. „Es ist völlig unverständlich, wie es möglich sein konnte, dass an einem solchen Tag bis zu 100 Neonazis aus einem Spektrum, das ankündigte, 'Wut und Zorn auf die Straße zu tragen', unbegleitet durch die Stadt laufen können. „Vollkommen fassungslos macht jedoch die anschließende Entscheidung, die Neonazis weiter durch die Stadt ziehen zu lassen und ihnen somit die Teilnahme am Neonazi-Aufmarsch zu ermöglichen, ohne dass es zu Identitätsfeststellungen, erkennungsdienstlichen Behandlungen oder einer anderweitigen Dokumentation der Täter kam, um eine Strafverfolgung zu ermöglichen", erklärte ein Sprecher des Bündnises „Zivilcourage und Menschenrechte". Eine kaum vorhandene Polizeibegleitung des Neonazi-Aufmarsches hatte weitere Attacken, u.a. Würfe von Flaschen aus dem Aufmarsch auf Gegendemonstrant_innen und Journalist_innen, zur Folge. Mehrere Personen wurden getroffen und verletzt. Als der Aufmarsch zum Stehen kam weil eine friedliche Sitzblockade den Weg versperrte, erfolgten weitere Gewalttaten und Ausbrüchen auf Seite der Neonazis. Steine, Flaschen und Pyrotechnik wurden geworfen, mit Stangen auf umstehende Personen eingeschlagen. Vor allem ein Block im Stil der „Autonomen Nationalisten" zeigte ein hoch aggressives Verhalten. Daran waren vor allem Neonazis aus Thüringen, Brandenburg, Hessen und Bayern beteiligt. Die Neonazis brachen mit ca. 200 Personen aus und versuchten, Gegendemonstrant_innen auch über angrenzende Wohngebiete zu erreichen und zu attackieren. In einem Fall erlitt eine junge Antifaschistin Kopfverletzungen. Eine Durchsage der Polizei an die Neonazis lautete „Bleibt doch hier. Wir werden hier eine Lösung für euer Anliegen finden", während zeitgleich mehrere Beamt_innen auf der Straße genauso wie Journalist_innen und andere Menschen wegrannten, um sich vor den aggressiven Neonazis in Sicherheit zu bringen. Als der Aufmarsch den alternativen Treffpunkt „Klubhaus der Jugend" erreichte, gab es erneute Angriffe. So wurden Flaschen und Steine auf Gegendemonstrant_innen geworfen, eine junge Frau erlitt dadurch Verletzungen im Bereich des Brustkorbes und musste mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht werden. Auf der Rückfahrt stiegen bayerische Neonazis am Bahnhof Hallstadt aus und marschierten spontan und ohne Polizeibegleitung durch die Stadt. •



Paul Rzehaczek ❶ beim Angriff in Weimar

BKA hebt rechtsterroristische „Oldschool Society" aus.

Am 6. Mai 2015 ließ das Bundeskriminalamt zehn Anwesen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und vor allem Sachsen durchsuchen. Die Razzien richteten sich gegen neun Mitglieder der bisher kaum bekannten Gruppe „Oldschool Society" (OSS). Die vier mutmaßlichen RädelsführerInnen Andreas H., Markus W., Olaf O. und Denise Vanessa G. wurden verhaftet und sitzen in Untersuchungshaft. Ermittelt wird wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und der möglichen Planung von Sprengstoffanschlägen. Die Behörden gehen davon aus, dass die Mitglieder der OSS „innerhalb Deutschlands in kleineren Gruppierungen Anschläge auf namhafte Salafisten, Moscheen und Asylbewerberunterkünfte" planten und dafür bereits „Sprengmittel" bereit hielten. Tatsächlich wurden bei Markus W. im sächsischen Borna Pyrotechnik „mit erheblicher Sprengkraft" und „fertige Sprengsätze" gefunden.

Laut Informationen von leipzig.antifa.de sei die Gruppierung seit August 2014 aufgebaut worden, ein Gründungstreffen mit etwa einem Dutzend Beteiligten fand zwei Monate später statt. Zunächst beschränkte OSS ihre Aktivitäten auf die Verbreitung rassistischer, neonazistischer Propaganda auf Facebook. Öffentlich in Erscheinung trat die Gruppierung beim Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) am 26. Oktober 2014 in Köln sowie beim Aufmarsch der Partei „Die Rechte" am 28. März 2015 in Dortmund. Darüber hinaus hatte OSS zur Teilnahme an den extrem rechten „Legida"-Märschen in Leipzig aufgerufen. Tatsächlich lag der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in Sachsen.

Die Macher, vor allem „Präsident" Andreas H. und „Vizepräsident" Markus W. verfügen über langjährige Kader-Erfahrungen. W. war langjähriges Mitglied der 2012 verbotenen „Kameradschaft Aachener Land" sowie Teil des kameradschaftseigenen „Ordnerdienstes". Im Jahr 2009 kandidierte er für die Dürener NPD. Nach seinem Umzug nach Sachsen schloss sich W. der kurzlebigen Neonazigruppe „Kameradschaft und Loyalität" (K.u.L.) an, die in Borna aktiv war. Während die Facebook-Präsenzen der OSS von nur geringem Intellekt zeugten, waren die Aufbauleistungen hinter den Kulissen beachtlich: Gemeinsame Treffen fanden trotz weiter Entfernungen statt und auch der Aufbau einer klandestinen Kommunikationsstruktur gelang.

Sollte sich der Verdacht gegen die OSS erhärten, wäre sie die erste bekanntgewordene, rechte Terrorgruppierung in Deutschland seit der Selbstenttarnung des NSU. Und wieder gibt es starke Bezüge zu Sachsen. Dass im jüngst vom Sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz vorgelegten Bericht für das Jahr 2014 jeglicher Hinweis auf die OSS fehlt überrascht mittlerweile niemanden mehr.

Weitere Infos:
www.inventati.org/leipzig/?p=3648

Lebensgefährlicher Messerangriff von HoGeSa-Anhängern in Wuppertal

Am 11. April 2015 wurde ein Antifaschist mit türkischem Migrationshintergrund auf der Straße vor dem Autonomen Zentrum (AZ) Wuppertal von mehreren Tätern angegriffen und mit zahlreichen Messerstichen in den Rücken lebensgefährlich verletzt. Vorher hatten die drei Männer mit HoGeSa-Sprüchen AZ-Besucher_innen bedroht. Nach dem Messerangriff flohen die Männer. Einer der Täter, der wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen sowie Körperverletzung vorbestrafte Neonazi Patrick P., wurde noch in der Tatnacht von der Polizei aufgegriffen. Seit dem 13. April sitzt er als alleiniger Hauptbeschuldigter wegen versuchten Totschlags in Untersuchungshaft. Laut Staatsanwaltschaft sei er geständig. Patrick P. hat engen Kontakt zu Mario L. (Oberhausen), der zu den führenden HoGeSa-Anhängern in NRW gehört. Im Mai 2011 nahm Patrick P. zusammen mit Neonazis des „Freien Widerstands Oberhausen" an einem Aufmarsch in Enschede (NL) teil. Auf der Rückfahrt randalierte die Gruppe, so dass sie in Rheine in Polizeigewahrsam genommen wurde. Unter ihnen befand sich auch Neonazis vom „Freundeskreis Rade" sowie Daniel Borchert, der im Bundestagswahlkampf für die neonazistische Partei „Die Rechte" kandidierte und ein langjähriges aktives Mitglied der Wuppertaler Neonazistruktur ist. Der zweite Täter ist der Wuppertaler Thomas P.. Auf Bildern im sozialen Netzwerk Facebook zeigt er sich mit Mario L.. Thomas P. ist ebenfalls vorbestraft und verbüßte bereits eine sechs-monatige Haftstrafe. 2012 nahm er an einer PRO NRW-Demonstration gegen einen Moscheeneubau in Wuppertal teil. Er war außerdem unter den über 50 Personen aus dem HoGeSa-Spektrum, die sich am Abend des 18. Januars in Köln versammelt hatten, um die öffentliche Gedenkveranstaltung anlässlich des 14 Jahre zuvor verübten NSU-Bombenanschlags in der Probsteigasse anzugreifen. Die Gruppe wurde zirka kurz vor Erreichen der Probsteigasse zufällig entdeckt und von der Polizei eingekesselt. Die Polizei fand Pfefferspray, Quarzsandhandschuhe, einen Elektroschocker sowie allerlei Protektoren. Der dritte Täter des Messerangriffs gehört laut Polizei ebenfalls zur rechten Szene und ist polizeilich bereits in Erscheinung getreten. Gegen ihn und Thomas P. wird wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Beide befinden sich auf freiem Fuß. Antifaschist_innen und Zivilgesellschaft kritisierten wiederholt die Ermittlungsarbeit der Polizei. Nicht nur werde der neonazistische und rassistische Hintergrund des gezielten Angriffs relativiert oder gar geleugnet. Es seien außerdem Freund_innen und Ersthelfer_innen des Betroffenen als Beschuldigte vorgeladen worden und dies sogar noch Wochen nach der Festnahme des geständigen Täters. •

Weitere Infos: www.az-wuppertal.de

TITEL

Mit der AfD erhielt das rechte Wutbürgertum erstmals seit Jahrzehnten eine parteipolitische Artikulationsform, die über den offen neofaschistischen Rand hinausreicht und auch besonders denen ein politisches Angebot unterbreitet, die nicht mit diesen Kreisen identifiziert werden wollen. Damit besetzte die Partei zunächst erfolgreich die seit der Sarrazin-Debatte sichtbar gewordene, rechtspopulistische Repräsentationslücke: Unter der Chiffre „Mut zur Wahrheit" machte sie rassistische Ressentiments breitenwirksam artikulationsfähig und ebnete damit zugleich den Weg für die PEGIDA-Straßenproteste. Nach ihrer Inkubationsphase stehen nun Partei und Bewegung am Scheideweg.

Politische Repräsentanz des rechten Wutbürgertums

ALEXANDER HÄUSLER



Eine rechte Alternative?

Mit den Wahlerfolgen der AfD eröffneten sich neue Möglichkeiten für rechte Forderungen nach einer Nationalisierung des Politischen: So steht die Partei nach der Einschätzung von Dieter Stein, Chefredakteur der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit, für eine seit Jahrzehnten einmalige Chance, dem neurechten metapolitischen Wirken eine realpolitische Handlungsoption zu verleihen. Aus diesem Grund ist die JF schon seit geraumer Zeit zu einer Art informellem Parteiorgan der AFD mutiert. In der Tat weisen die Wahlkampfthemen der AfD Übereinstimmungen mit den Themensetzungen des europäischen Rechtspopulismus auf: Die EU, Einwanderung, die Muslime, eine angeblich vorherrschende, linke ‚politische Korrektheit' und die Pluralisierung kultureller und geschlechtsspezifischer Lebensformen. In vielen europäischen Ländern dienen diese Themen zur Mobilisierung von Kampagnen und stellen einen breitenwirksamen Anknüpfungspunkt für nationalistische und rassistische Politikansätze dar. So zeigte die von der „Schweizerischen Volkspartei" (SVP) im Februar 2014 erfolgreich durchgeführte Volksinitiative gegen Masseneinwanderung die Wirkungsmächtigkeit rassistischer Kampagnen gegen Einwanderer. Die AfD erklärte diese in ihrem Europawahlkampf für vorbildlich und kündigte an, vergleichbares auch hierzulande anstreben zu wollen. Nicht bloß Partei, sondern zugleich „Bürgerbewegung" wollte die AfD laut Bekundungen ihres Bundessprechers Bernd Lucke werden. Bislang war es in Deutschland Parteien rechts der Union nicht gelungen, solche Kampagnen breitenwirksam zu inszenieren. Trotz regelmäßig hoher Zustimmungsraten in Umfragen zu nationalistischen, rassistischen und autoritaristischen Einstellungen scheuten sich breitere Bevölkerungskreise, einer Partei vom rechten Rand ihre Stimme zu ge-

ben. Aufgrund der NS-Geschichte besteht in den bürgerlichen Mittelschichten eine weit verbreitete Scheu davor, mit einer offen agierenden, extremen Rechten in Verbindung gebracht zu werden. Zudem gab es hierzulande bislang kein vergleichbar „respektables Angebot" wie in anderen westeuropäischen Ländern. Die bisherigen populistischen Versuche von rechts sind bislang an internen Querelen gescheitert. Die Schill-Partei war eine temporäre Erscheinung, vergleichbar mit Versuchen wie „Bürger in Wut" oder „Die Freiheit" und den PRO-Parteien. Unter Schönhuber gab es bei „Die Republikaner" zwar eine deutliche rechtspopulistische Option mit temporärer Sogwirkung, aber auch diese Partei ist seit geraumer Zeit auf dem Sinkflug. Zwar ist die AfD insofern keine grundsätzlich neue Partei, weil mit dem „Bund freier Bürger" (BFB) als erster rechter Anti-Euro-Partei schon eine Vorläuferpartei existierte, die neben inhaltlichen zugleich auch personelle Schnittmengen zur AfD aufwies. Doch im Unterschied zum erfolglosen BFB konnte die AfD deshalb erfolgreich eine politische Leerstelle besetzen, weil im Kontext der europäischen Krise die Parolen von der angeblichen Alternativlosigkeit der Euro-Rettungspolitik ein Vakuum politischer Repräsentation breitenwirksam sichtbar gemacht haben. Zudem ist die AfD entgegen der allgemeinen Wahrnehmung keine bloße Ein-Thema-Partei, die sich nur in der Eurofrage von anderen Parteien zu unterscheiden versucht: Aus Sicht ihrer Wählerschaft kann sie hinsichtlich der Wahlanalysen von Infratest Dimap zur Europawahl 2014 genauso als Anti-Zuwanderungs-Partei angesehen werden. Laut Dimap erklärten 40 Prozent der AfD-Wähler, der wichtigste Punkt für ihre Wahlentscheidung sei das Zuwanderungsthema gewesen. Neben Angehörigen des wirtschaftlichen Establishments bot die Partei auch politisch heimatlos gewordenen Nationalkonservativen sowie neurechten Kräften und früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien ein neues parteipolitisches Dach.

Politische Häutungen

Die AfD droht aktuell an sich selber zu scheitern. Zwar hat sie einen beispiellosen Erfolgsweg hinter sich, aber sie ist nicht gewählt worden auf Grund ihrer organisatorischen Stärke. Denn eigentlich ist sie geprägt von massiven internen Querelen, und erfährt ihre Zustimmung vielmehr als politisches Ventil für angestaute Wut auf gesellschaftliche Pluralisierungsprozesse und politische Repräsentationslücken. Die AfD musste bislang noch nicht zeigen, dass sie überhaupt realpolitisch handlungsfähig ist. Im Kontext der Erfolge bei den ostdeutschen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg erfuhr der nationalkonservativ-neurechte Flügel der AfD einen deutlichen Machtzugewinn. Damit einher stieg die innerparteiliche Unzufriedenheit mit dem Alleinvertretungsanspruch von Bundessprecher Lucke in der AfD-Führungsspitze. Eine Zuspitzung dieser Unzufriedenheit zeigte sich in Reaktionen auf die Forderungen von AfD-Bundevorstandsmitglied Hans-Olaf Henkel nach parteilicher Distanz zu PEGIDA. „Wir sollten uns tunlichst von dieser Bewegung fernhalten", warnte Henkel seine Parteikollegen. Diese Forderung stieß innerparteilich auf erheblichen Widerstand, ohne dass es jedoch bislang zu einer inhaltlichen Aussprache und Klärung gekommen ist. Auf dem Bremer Parteitag Ende Januar 2015 wurde das Thema weitestgehend ausgespart. Dafür bekräftigte Lucke dort seinen Anspruch auf alleinige Parteiführung, über die auf dem kommenden Bundesparteitag abgestimmt werden soll. In der Folge kam es statt einer innerparteilichen Aussprache zu einer weiteren Verhärtung der Fronten: So initiierten der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke und der AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, mit der Erfurter Resolution einen Appell, in dem sie für innerparteiliche Unterstützung gegen den Kurs von Lucke und die PEGIDA-Distanzierung von Henkel warben. So wird in der Resolution bemängelt, dass die AfD „Mitglieder verprellt und verstoßen (hätte), deren Profil unverzichtbar ist" und dass die Partei „sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten und in vorauseilendem Gehorsam sogar distanziert (hätte), obwohl sich tausende AfD-Mitglieder als Mitdemonstranten oder Sympathisanten an diesen Aufbrüchen beteiligen". Gefordert wird, dass die AfD sich „als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands" verstehen solle. Daraufhin initiierten die Lucke-Unterstützer in der Partei die sogenannte Deutschland-Resolution. Darin wird den Initiatoren und Unterstützern der Erfurter Resolution vorgeworfen, „eine AfD der flachen Parolen und der schrillen Töne" zu wollen. Jenseits dieser konfrontativen Zuspitzungen verfolgte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Frauke Petry eine weitere Strategie zur politischen Neuaufstellung der AfD: Während Lucke aus dem fernen EU-Parlament die Partei nach seinen Vorstellungen zu formen versuchte, reiste Petry durch die Landesverbände und stilisierte sich geschickt als parteiinterne Integrationsfigur zwischen den beiden Polen. Gemeinsam mit dem NRW-Landesvorsitzenden Markus Pretzell mobilisierte sie ihre Unterstützung für den ursprünglich im Juni geplanten Delegiertenparteitag der AfD in Kassel, wo es zu grundlegenden Entscheidungen über das Führungspersonal und den weiteren politischen Kurs kommen sollte. Der bislang unangefochtenen Führungsfigur Lucke ist diese Rolle durch Petry streitig gemacht worden. Durch einen als Verzweiflungsakt zu deutenden „Weckruf" manövrierte sich Lucke zudem selbst in eine Minderheitenposition. Somit stellt eine neue „Petry-AfD" die wahrscheinlichste Konsequenz dieses aktuell zermürbenden innerparteilichen Zustandes dar. Damit würde sich die AfD als deutlich neurechte Partei entpuppen – eine wohl eher erfolgversprechende Alternative zur zunehmend innerparteilich isolierteren Lucke-Fraktion.

Sollte die AfD diesen neurechten Häutungsprozess machtpolitisch bewältigen und öffentlich vermitteln können, würde dies eine Verlagerung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten von rechten Einflussmöglichkeiten bewirken und antifaschistische Politik vor neue Herausforderungen stellen. •

Gemeinsam mit Rainer Roeser hat Alexander Häusler über die AfD das Buch „Die rechten „Mut"-Bürger" verfasst, welches im VSA-Verlag erschienen ist. Siehe Seite 56.



Mit den im Mai 2014 stattgefundenen Kommunalwahlen in zehn Bundesländern und den darauf folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst schickte die AfD rund 500 MandatsträgerInnen in die Gremien. Zuletzt erlangte die AfD Mandate bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg (Februar) und Bremen (Mai) und entsendete damit 8 (HH) bzw. 4 (HB) Abgeordnete in die Bürgerschaften. Während die Streitigkeiten auf der Führungsebene der Partei immer wieder mediale Erwähnung finden, wird die parlamentarische Praxis, jenseits einzelner Skandale, nur selten beleuchtet. Dieser Leerstelle soll mit dem folgenden Artikel begegnet werden. Der Blick auf die Arbeit der Landesverbände und der MandatsträgerInnen der AfD in Sachsen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Sachsen-Anhalt verdeutlicht auf lokaler Ebene den Rechtsruck, den die Partei nicht zuletzt aufgrund des erfolgreichen Einzugs der rechtsgerichteten Parteiflügel in die Landtage vollzogen hat.

Rechtsruck

Die AfD in den Landtagen und kommunalen Gremien

Sachsen — Flirt mit PEGIDA und flächendeckende Eröffnung von Bürgerbüros

Mit einem Paukenschlag war die sächsische AfD Ende August 2014 in den Sächsischen Landtag und damit erstmals in ein Landesparlament eingezogen. Die erzielten 9,7 Prozent der Zweitstimmen lagen deutlich über den Prognosen. Jene rund 160.000 WählerInnen, die sich für die Rechtspartei entschieden haben, sind der stabile Sockel, den die Partei im Freistaat anzusprechen vermag. Mit ihren nunmehr 14 Abgeordneten im Landtag ist die AfD-Fraktion immerhin so stark wie vormals die ausgeschiedene FDP, bildet nun als zweitkleinste Fraktion (vor den Grünen) sogleich die zweitstärkste Oppositionskraft (nach der LINKEN). Im Gegensatz zu Teilen der Brandenburger AfD-Fraktion haben die 14 sächsischen Abgeordneten keine (ultra-)rechte Vergangenheit, sondern rekrutieren sich aus den etablierten bürgerlichen Parteien.

Doch die nominelle Bedeutung verblasst in den Niederungen des Politikbetriebs: Von der AfD kommen die mit Abstand wenigsten parlamentarischen Anfragen und Initiativen. Sie sind inhaltlich kaum profiliert und thematisieren vor allem Polizei und Sicherheit auf der einen, das Asylrecht (und dessen Einschränkung) auf der anderen Seite. Von der zwischenzeitlich immensen Medienaufmerksamkeit, die dem Flirt mit PEGIDA geschuldet war, ist nichts übrig geblieben: Ob es darum ging, in Sachsen den Volksentscheid auf Bundesebene (!) einzuführen, oder eine Kampagne gegen „Linksextremismus" zu lancieren — das populistische Pulver verpuffte so schnell, wie es verschossen wurde. Stiller, womöglich aber auch effektiver, sind die Bemühungen um eine örtliche Verankerung der Partei. Zur Kommunalwahl im Mai 2014 hatte die AfD immerhin 46 Mandate in den Kreistagen und 34 weitere in den Stadt- und Gemeinderäten errungen. In fast allen Landkreisen sind mittlerweile Bürgerbüros eröffnet worden. Was akut fehlt, sind politische Achtungserfolge vor Ort. Denn die Zeiten, in denen der Partei neue Mitglieder (aktuell: 800 bis 900) in Scharen zulaufen und Stimmen aus dem Nichts zufallen, sind vorbei.

Die Bedeutung des vergleichsweise kleinen, sächsischen Landesverbandes liegt denn auch weniger in ihrer äußeren Beliebtheit oder dem institutionellen Erfolg, als der Stellung im innerparteilichen Ringen um Programmpositionen und Führungsposten. Für die Rechtsausleger in der Partei ist die Landesvorsitzende Frauke Petry die Wunschoption, und zwar nicht mehr neben, sondern statt Bernd Lucke. So ist Petry von außen weniger angreifbar als ihr polterndes thüringisches Pendant Björn Höcke. Die anfangs durchaus torpedierte Sächsin hat es auch vermocht, ihre Stellung in den eigenen Reihen zu konsolidieren. Ein abweichender, gar „liberaler" Flügel ist schlicht unauffindbar.

Davon hatte bereits das Programm zur Landtagswahl gezeugt, dass nach Law-and-Ordner-Masche gestrickt war und das lange zurückgestellte Thema „Islam" wieder auf die Parteiagenda setzte. Das ist kein Wunder, handelt es sich bei den organisierten Lucke-GegnerInnen in und im Umfeld der „Patriotischen Plattform" — wichtiges Scharnier nach Rechtsaußen — doch hauptsächlich um sächsische AfD-AnhängerInnen. Sie sehen die Rolle ihrer Partei in der einer „Fundamentalopposition". Und in der Tat: Die politischen Attacken der Landtagsfraktion gehen zumeist gar nicht in Richtung der Regierung, sondern sind gegen Rot und Grün gewendet. Zumindest in dieser Hinsicht ist die AfD in der Tat eine „Alternative" — beispielsweise zur NPD.

Brandenburg — „Schutz der Mark Brandenburg vor linksextremer Gewalt, Salafisten und Flüchtlingskindern"

Bereits bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 erreichte die AfD den Einzug von insgesamt 82 VertreterInnen in die Kreistage, kreisfreien Städte und Gemeindevertretungen. Im Herbst folgte mit 12,2 Prozent der Einzug von zehn Abgeordneten in den Landtag. Wie schon in den Wahlkampfwochen 2014 setzt die AfD dort auf die Themen Zuwanderung, Asyl und Sicherheit. Mehr als die Hälfte der über 50 Anfragen widmen sich diesen Komplexen. Die Fraktion ist ganz auf die Positionen von Landeschef Alexander Gauland eingeschworen. Im bundesweiten Richtungsstreit argumentiert Gauland seit Monaten gegen den als zu liberal empfundenen Kurs von Bernd Lucke. Die AfD, so Gauland, sollte keine professorale Partei sein, sondern eine „Partei der kleinen Leute". Schließlich sei der Wahlerfolg in Brandenburg nur zustande gekommen, weil man sich vom Eurothema eher fern gehalten, und sich stattdessen der tatsächlichen „Sorgen" der Menschen angenommen habe. Als da wären: Flüchtlingsströme, neue Asylunterkünfte, Grenzkriminalität und Personalabbau bei der Landespolizei. So weiter also nun auch im Landtag. Die Bedrohung der Mark Brandenburg durch linksextreme Gewalt, durch Salafisten oder durch Flüchtlingskinder in Grundschulhorteinrichtungen wurden von der AfD-Fraktion im Landtag per Anfragen aufs landespolitische Tableau gehoben.

Im bundesweiten Richtungsstreit mischte Gauland auch durch seine Stellungnahmen für die rassistischen PEGIDA-Aufmärsche in Dresden mit. Die parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Bessin ergriff ebenfalls Partei für PEGIDA. Die anderen Brandenburger Abgeordneten tragen diesen Kurs mit. Die Fraktion ist gespickt mit Personen, die eine politische Vergangenheit im Rechtsaußenmilieu haben. Etwa Andreas Kalbitz (Witikobund, Republikaner), Rainer van Raemdonck (Die Freiheit), Sven Schröder (Pro Deutschland), Thomas Jung (Die Freiheit), Andreas Galau (Republikaner) oder Steffen Königer (Bund Freier Bürger). Die Brandenburg-AfD veröffentlichte auch ein Papier zu Asyl und Einwanderung. Tenor: Es gäbe seit Jahrzehnten ein Staatsversagen, eine millionenfache, völlig ungesteuerte Einwanderung, die endlich kontrolliert werden müsse. Asylrecht sei bei politischer Verfolgung zu gewähren, diese läge aber tatsächlich kaum vor. Der Abgeordnete Königer fabulierte von minderjährigen Flüchtlingen, die ein Instrument der „Bandenkriminalität" seien. In einem Interview betonte Gauland wiederum, dass man eine Einwanderung von Menschen verhindern sollte, denen „unsere kulturellen Tradition völlig fremd sind". Er explizierte auch, wen er damit meinte: Die für ihn besonders problematische „kulturelle Tradition ist im Nahen Osten zu Hause".

Während die Brandenburger AfD die PEGIDA-Proteste umarmte, hielt sie sich von den Brandenburger Ablegern betont fern.



Zu den Aufmärschen der „Brandenburger für Meinungsfreiheit und Mitbestimmung" gab es kaum öffentliche Äußerungen. Einzelne AfDler hielt das nicht davon ab, bei den vom Landeschef der „Republikaner" initiierten und maßgeblich von Neonazis frequentierten Demos mitzulaufen. AfDler Norman Wollenzien etwa präsentierte ein selbstgemaltes Pappschild mit der Aufschrift: „Antirassismus, Weltoffenheit, Vielfalt sind Kennwörter für weißen Genozid — Europa den Europäern".

Auf dem Landesparteitag in Pritzwalk im April 2014 kramte Gauland für seine Rede in der Zitatekiste und verkündete preußisch-zackig: „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD." Mit ähnlichen Worten hatte Kaiser Wilhelm II. anno 1914 den Reichstag auf den Weltkrieg eingeschworen: „Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Deutsche." Gauland weiter: „Wir sind für diejenigen da, die nicht ohne gefragt zu werden Asylbewerberheime in der Nachbarschaft wollen." Die Basis dankte es und bestätigte Gauland mit 89 Prozent der Stimmen als Landesvorsitzenden. Kein Thema auf dem Parteitag waren hingegen die kurz zuvor erfolgten Abtritte der Funktionäre Lothar Wellmann (Potsdam) und Winfried Dreger (Märkisch-Oderland), die den weiter gehenden Rechtskurs nicht mittragen wollten. Wellmann hatte seinen Austritt mit der „nationalistisch-völkischen Ausrichtung" der Partei begründet. Neu in den Landesvorstand wurden unter anderem der Polizist Wilko Möller (Frankfurt/Oder) und der Lehrer Klaus-Peter Kulack (Bernau) gewählt. In Frankfurt/Oder holte die AfD mit dem Thema „Grenzkriminalität" eines der brandenburgweit besten Ergebnisse. Möllers interne Beschwerde, dass dieser Erfolg zu wenig Anerkennung innerhalb des Landesverbandes erhalten habe, hat nun offenbar gefruchtet. Der Bernauer Kulack trat zuvor für „Die Unabhängigen Bernau" und die „Freien Wähler Brandenburg" an, die für ihre rechten Positionen und Akteure bekannt geworden sind.

Nordrhein-Westfalen — Richtungsstreitigkeiten und Spaltungsvorwürfe

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 25. Mai 2014 erreichte die AfD im Landesdurchschnitt 2,6 Prozent. In den Kreistagen und kreisfreien Städten konnte die Partei damit 89 Mandate gewinnen. Zudem erlangte die AfD 47 Sitze in den Räten kreisangehöriger Städte und Gemeinden sowie 55 Mandate in Bezirksvertretungen. Ihren besten Wert erzielte sie in der Stadt Mettmann mit 7,9 Prozent. Obgleich die Kommunalwahlen in NRW für die Partei somit keineswegs zu einem rauschenden Triumph avancierten, bleibt gleichwohl festzuhalten, dass sich die AfD im bevölkerungsreichsten Bundesland deutlich vor der „Bürgerbewegung PRO NRW", der NPD und den „Republikanern" als stärkste politische Kraft rechts von der Union etablieren konnte. Die kommunalpolitische Bilanz der selbsternannten „Alternative" ein Jahr nach den Wahlen kann indessen nur als desaströs bezeichnet werden. Zahllose Querelen, Ausschlussverfahren und Abspaltungen prägten das Bild der Partei in den vergangenen Monaten. Insofern ist es kaum verwunderlich, dass eine spezifische kommunalpolitische Praxis der AfD in den Räten und Kreistagen bislang kaum feststellbar ist.

Die parteiinternen Konfliktlinien entzündeten sich vor allem am offenkundig unge-

klärten, nicht zuletzt vielfach distanzlosen Verhältnis zum (extrem) rechten Spektrum. In Duisburg, Bochum und Gelsenkirchen paktierten MandatsträgerInnen der AfD im Sommer 2014 bei Abstimmungen in den Ratssitzungen augenscheinlich mit den VertreterInnen von „PRO NRW“ und der NPD, um sich gegenseitig zu Sitzen in städtischen Aufsichtsräten und weiteren kommunalen Gremien zu verhelfen. Dieses Abstimmungsverhalten widersprach freilich den vollmundigen Beteuerungen des AfD-Landesvorstands, der noch unmittelbar nach der Wahl behauptet hatte, dass es „keine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien oder Wählergemeinschaften geben (werde), egal ob von rechts oder links.“ Auch der dem nationalkonservativen Flügel der AfD zuzurechnende Landesvorsitzende Marcus Pretzell dementierte taktische Absprachen und Kooperationen mit dem ultra-rechten Spektrum. Markus Beisicht, Vorsitzender von „PRO NRW“ verkündete hingegen, dass „es in Gelsenkirchen, Duisburg und anderen Städten vor Gremienwahlen gezielte Absprachen zwischen unseren Ratsmitgliedern und Ratsmitgliedern der AfD gegeben“ habe. Aufgrund der Abstimmungsaffäre trat Holger Lücht, bis dahin Fraktionsvorsitzender der AfD im Rat der Stadt Duisburg im Oktober 2014 schließlich von seinem Amt zurück und sitzt nun als Fraktionsloser im Rat. In ruhigeres Fahrwasser geriet die nunmehr nur noch aus zwei MandatsträgerInnen bestehende AfD-Gruppe im Stadtrat freilich nicht, liefert sie sich doch vor dem Duisburger Amtsgericht eine juristische Auseinandersetzung mit ihrem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden um den Verbleib eines Laptops und eines Druckers.

Im nur wenige Kilometer entfernten Essen hat sich die ursprünglich ebenfalls dreiköpfige AfD-Ratsfraktion Ende März 2015 vollständig aufgelöst, nachdem Ratsherr Jochen Backes der Partei den Rücken gekehrt hatte. Der Grund: Backes wollte einen „Rechtsruck in der Essener AfD“ festgestellt haben, nachdem Stefan Keuter zum Vorsitzenden des Stadtverbandes gewählt worden war. Keuter wiederum hatte mehrfach als Redner an den Duisburger PEGIDA-Demonstrationen teilgenommen, weshalb ihm Backes den „Schulterschluss mit Rechtsextremisten“ attestierte. Bereits einige Monate zuvor war Marco Trauten aus der Fraktion ausgeschieden. Gegen den Ratsherren, der mit der Forderung nach einem „sofortigen Verbot der Antifa und aller anderen linksextremen Organisationen in NRW“ den Kommunalwahlkampf bestritten hatte, war vom Landesvorstand wegen der Veruntreuung von Parteigeldern und einer unsäglichen rhetorischen Entgleisung, in der Trauten die AfD mit den im Nationalsozialismus verfolgten JüdInnen verglichen hatte, ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden.



Doch auch in anderen Räten und Kreistagen zeigen sich Erosionserscheinungen bei der AfD. Durch Austritte aufgrund von Richtungsstreitigkeiten und gegenseitigen Spaltungsvorwürfen hat die Partei im März 2015 etwa in Siegen ihren Fraktionsstatus ebenso verloren, wie im Kreistag von Siegen-Wittgenstein. Im Rat der Stadt Münster wiederum zerbrach die aus zwei Mandatsträgern bestehende AfD-Gruppe bereits im September 2014. Nach einer „wirren Vorstellung“ (Westfälische Nachrichten) in einer Ratssitzung, in der er den Bau von Kindergärten als „Angriff auf die Verfassung“ bezeichnet hatte, war AfD-Ratsherr Richard Mol auch für die eigene Partei offenkundig nicht mehr tragbar und fristet nunmehr als Parteiloser ein Schattendasein im Rat. Doch auch der verbliebene AfD-Ratsherr scheint mit den Mühen der Kommunalpolitik überfordert zu sein. Seine bisherige Bilanz fällt dementsprechend ernüchternd aus. Anfragen und Anträge hat er bislang nicht gestellt, seine Wortmeldungen beschränken sich im Wesentlichen auf Polemiken gegen die Unterbringung von Geflüchteten.

Gleichwohl kann diese Haltung als charakteristisch für die kommunalpolitischen Aktivitäten der AfD in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens gelten, die wesentlich durch interne Querelen, Inkompetenz, aber auch immer wieder durch rechtspopulistische Rhetorik gekennzeichnet sind — etwa dann, wenn Christian Blex, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Kreistag von Warendorf, den Antrag stellt, künftig bei Kreistagssitzungen die Europaflagge aus dem Saal zu entfernen oder in einer Haushaltsdebatte gegen „Denk- und Sprechverbote durch grüne Gutmenschen und Gutmenschinnen“ wettert, denen er eine „ökoreligiöse Ideologie“ unterstellt. Polemisiert wird freilich auch gegen Geflüchtete und die vermeintlichen Gefahren durch „Linksextremismus“.

Thüringen — „Fraktion des gesunden Menschenverstands“

Zu den Kommunalwahlen im Mai 2014 war die „Alternative für Deutschland“ in Thüringen zunächst nur in Erfurt und dem Weimarer Land angetreten, wo sie mit jeweils zwei Mandaten einzog. Am 14. September 2014 schaffte sie mit 10,6 Prozent den Ein-



AfD-Mitglieder im Europäischen Parlament: Hans-Olaf Henkel (links) und Beatrix von Storch (rechts).

zug in den Thüringer Landtag. Elf Abgeordnete zogen ein und offenbarten von Anbeginn an rechtspopulistische und teils offen nationalistische Positionen. Äußerungen wie: „Wir werden die Herrschaft der politischen Korrektheit brechen" oder: „Diese Partei wird zu einer blauen Bewegung werden, zu einer blauen Bewegung, die unser gesamtes Vaterland in eine bessere Zukunft führen wird", gehörten zum Sprachgebrauch des Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke, der mit Interviews in rechten und ultra-rechten Publikationen wie „Sezession", „ZUERST!", „Blaue Narzisse" etc. vertreten war.

Durch die Interviews zeigte sich, dass Höcke bereits über mehrere Jahre an rechte Kreise angebunden ist und beispielsweise an Veranstaltungen des „Instituts für Staatspolitik" (IfS), der „Denkfabrik" der „Neuen Rechten" teilnahm. Am 15. März 2015 wurde die „Erfurter Resolution", eine maßgeblich von Björn Höcke initiierte Positionierung des rechtsoffenen Flügels in der AfD veröffentlicht, die von knapp 2000 Mitgliedern der Partei unterzeichnet wurde, u.a. auch von acht der elf Abgeordneten im Thüringer Landtag. Der Richtungsstreit innerhalb der AfD eskalierte in Thüringen. Kritik an den drei Nicht-Unterzeichnern Siegfried Gentele, Oskar Helmerich und Jens Krumpe wurde laut. Im April 2015 wurde Siegfried Gentele nach offen geäußerter Kritik an Björn Höcke aus der Fraktion ausgeschlossen. Wenige Wochen später, im Mai 2015, verließen Oskar Helmerich und Jens Krumpe die AfD-Fraktion, nachdem zuvor bereits öffentlichkeitswirksam Strafmaßnahmen gegen sie verhängt worden waren. Zurück bleiben acht Abgeordnete mit eindeutigen Rechtsaußen-Positionen, die sich selber als „Fraktion des gesunden Menschenverstandes" verstehen.

Neben Björn Höcke gehört dazu Stephan Brandner, Anwalt aus Gera und Vorsitzender des Justizausschusses. Brandners Immunität wurde aufgehoben, um Ermittlungen gegen ihn wegen der angezeigten Veröffentlichung eines privaten Sex-Videos, welches ohne Einwilligung der Frau auf ein Bezahlportal gestellt wurde, einzuleiten.

Weiterhin zur Fraktion zählen Thomas Rudy, der bei einem Hakenkreuz-Foto auf Facebook einen „Like" setzte, „LEGIDA-Fan" Olaf Kießling und der Abgeordnete Jörg Henke, sowie Corinna Herold und Wiebke Muhsal, die zum Jahrestag der Reichspogromnacht im November 2014 auf einer Demonstration gegen eine rot-rot-grüne Regierungsbildung brennende Fackeln trugen. Als letzte Person wäre noch Fraktionsgeschäftsführer Stefan Möller zu nennen, dem laut „Thüringer Allgemeine" fraktionsintern vorgeworfen wurde, seinen AfD-Kollegen Oskar Helmerich gezielt gedemütigt zu haben. Letztlich zeigt sich anhand der noch verbliebenen Abgeordneten der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, dass die „Alternative für Deutschland" ein neues Forum für Kräfte des rechtskonservativen, rechtsoffenen bis hin zum Rechtsaußen Spektrum bildet. Dafür sorgt nicht zuletzt auch Björn Höcke, welcher nicht nur NPD-nahe Positionen vertrat, sondern auch als Bekannter des Neonazi-Kaders Thorsten Heise gilt. NPD-Mitgliedern stellte er eine Art „Höcke-Persilschein" aus, indem er bezweifelte, dass NPD-Mitglieder per se „extremistisch", also neonazistisch seien.

Sachsen-Anhalt — Interne Querelen und Kooperation mit der „Neuen Rechten"

Die gut zwei Jahre seit Gründung des AfD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt im April 2013 sind auf allen Ebenen vor allem durch parteiinterne Querelen, Rück- und Austritte sowie Skandale geprägt. Inhaltliche, politische Arbeit zeigt die offiziell flächendeckend organisierte Partei dagegen bisher kaum. Der erste Landesvorsitzende, Michael Heendorf (Magdeburg), trat schon im Dezember 2013 zurück. Der frühere PDS- und CDU-Stadtrat gehörte zum Sprecherrat der im Herbst 2012 als AfD-Vorläufer gegründeten „Wahlalternative 2013" um Bernd Lucke. Heute betreibt er mit dem früheren AfD-Landesvorständler Martin Renner (NRW) den rechten Nachrichten-Blog „Derfflinger", der wohlwollend über die Jahrestagung der extrem rechten „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) berichtete. Neuer Landesvorsitzender wurde Arndt Klapproth (Dessau). Es folgten Auseinandersetzungen, die die AfD bis heute lähmen, so etwa in Dessau-Roßlau. Hier existieren ein Stadt- und ein Kreisverband, die sich gegenseitig nicht anerkennen. Vorwürfe wie Spendenbetrug oder die willkürliche Nicht-/Anerkennung von Mitgliedern stehen im Raum. Klapproth wurde als Landeschef abgesägt, und nach einer Interimsperiode unter Tobias Rausch (Staßfurt/Salzland) im Juni 2014 durch André Poggenburg (Stößen/Burgenlandkreis) ersetzt. Der im Machtgerangel unterlegene, „gemäßigte" Flügel beklagt Intrigen und rechtswidrige Methoden seitens des neuen Landesvorstandes. Poggenburg und Co hätten — „inquisitorisch" assistiert durch die sächsische AfD-Fraktionschefin Frauke Petry — eine „Parteireinigung" betrieben.

Auch im Kommunalwahlkampf 2014 machte die Partei vor allem durch Skandale von sich reden. So waren einige der Kandidierenden zuvor kriminell und/oder neonazistisch aufgefallen (AIB online berichtete). Trotzdem brachte es die AfD bei den Kommunalwahlen 2014 auf 16 Sitze auf Kreisebene und weitere 34 in den Gemeinden und Ortschaften. Die frisch gewählten Fraktionen in Halle und Magdeburg zerfielen nach wenigen Wochen, die in Dessau-Roßlau ist weitgehend inaktiv. Nennenswerte, kommunalpolitische Aktivitäten sind bis auf Ausnahmen in Staßfurt oder Zeitz nur im Landkreis Anhalt-Bitterfeld zu verzeichnen. Im Altkreis Bitterfeld ist die AfD flächende-



Der rechte Flügel der AfD beim AfD-Gründungsparteitag in Berlin: Frauke Petry (links), Konrad Adam (mitte) und Alexander Gauland (rechts).

ckend in den Gemeinderäten vertreten und versucht sich als Vertreterin der (deutschen) Bevölkerung zu gerieren. Dabei kommt ihr entgegen, dass sie wie eine normale Partei behandelt wird. Das zeigt sich auch in den verschiedenen Fraktionsbildungen mit AfD-Beteiligung im Bundesland: von Freien Wählergemeinschaften und Einzelbewerber_innen über die von ehemaligen „Offensive D"-Leuten gegründete „Allianz der Bürger" (AdB), die „STATT-Partei" und die CDU bis hin zu über die offene Liste der LINKEN Gewählte.

Derweil reißt die Kette äußerst rechter Vorfälle nicht ab. Im Herbst 2014 kam es zu antisemitischen Ausfällen von Jobst von Harlessem (Magdeburg) und Dirk Hoffmann (Wittenberg). Aktuell thematisieren Antifaschist_innen die teilweise Zusammenarbeit von Reichsbürgern und AfD-lern in Bitterfeld. Als die Lokalzeitung jüngst die Stadtratsfraktionschefs zur dortigen neonazistischen Gewaltwelle interviewte, durfte sich Daniel Roi für die AfD trotzdem über „Extremisten von links" auslassen.

Spätestens seit der Mitte März von Poggenburg und Björn Höcke initiierten „Erfurter Erklärung" des „Flügels" ist klar, dass sich der Landesverband ganz rechts verortet. Schon im Februar wurde bekannt, dass mit Ellen Kositza und Götz Kubitschek (beide Schnellroda) zwei wichtige VertreterInnen der „Neuen Rechten" die AfD-Mitgliedschaft beantragt hatten.

Der Bundesvorstand widersprach dem Beitritt und erkannte die schon erhaltenen Mitgliedsausweise wieder ab, was Anlass der „Flügel"-Gründung gewesen sein soll. Höcke und Kubitschek sollen sich laut einem Bericht von „blick nach rechts" seit längerem kennen. Zuletzt berichtete „Frontal 21" über die Aussagen eines Ex-AfD-Funktionärs, dass die thüringische AfD-Fraktion bei einem Arbeitstreffen bei Kubitschek über Zuschüsse zu dessen Verlag Antaios beraten hätte, was Kubitschek bestreitet. Kositza war im April beim Landesparteitag als Rednerin geladen und soll anscheinend bei der Erstellung des Landeswahlprogramms helfen.

Zuletzt sah sich Poggenburg Vorwürfen ausgesetzt, er hätte der laut Parteibeschluss unzulässigen Mitgliedschaft eines ehemaligen DVU-Landtagsabgeordneten nicht widersprochen. Mirko Mokrys AfD-Engagement war im März von „Der rechte Rand" und im Mai durch den MDR problematisiert worden. Rücktrittsforderungen bekam Poggenburg u.a. vom Harzer Kreisvorsitzenden Michael Möller zu hören, der allerdings selbst zu den Unterzeichnern der Erfurter Erklärung gehört. Der Landesverband Baden-Württemberg beantragte die Amtsenthebung.

Bei den Landtagswahlen im März 2016 will die Partei mit aktuell gerade einmal 300 Mitgliedern an die Erfolge in den Nachbarländern anknüpfen. Angesichts des eher desolaten Zustands und der rasanten Entwicklungen im Bund erscheint dies derzeit eher fraglich. •

TITEL

Seit der Gründung der AfD hat sich einiges in der Partei getan. Aktuell tobt ein Machtkampf zwischen den drei Flügeln, dessen Ausgang zum jetzigen Zeitpunkt völlig offen ist. Dabei geht es neben inhaltlichen und persönlichen Fragen auch um die strategische Ausrichtung der Partei. Speziell in der Frage, welche Klassen und Klassenfraktionen angesprochen werden sollen, herrscht Uneinigkeit zwischen den Flügeln.

Kleinbürgertum oder kleiner Mann?

Im aktuellen Führungsstreit geht es auch um die Frage, wer Kernklientel der AfD ist.

SEBASTIAN FRIEDRICH

Die AfD war einst angetreten, um das reaktionäre Kleinbürgertum zu einen. Man gab sich moderat wertkonservativ und vertrat ein nationalneoliberales Wirtschaftsprogramm. Mit Erfolg. Wahlanalysen zu den Bundestagswahlen 2013, den Wahlen zum Europaparlament im Mai 2014 sowie den im Sommer 2014 stattgefundenen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen, dass genau diese Klientel angesprochen wurde: Männlich, unter 45 Jahre, (Fach-)Arbeiter oder selbstständig und sich der Mittelschicht zugehörig fühlend. Außerdem verdiente der ursprüngliche typische AfD-Wähler überdurchschnittlich gut und war eher vermögend. Darauf deuten verschiedene Studien hin.

Laut einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Universität Leipzig, die zwischen Februar und April 2014 stattfand, befinden sich unter den Wähler_innen der AfD nur sehr wenige mit niedrigem Einkommen. Lediglich 3,9 Prozent der AfD-Wähler_innen haben ein Haushaltseinkommen von unter 1.000 EUR. Einen niedrigeren Wert hat nur die FDP vorzuweisen (2,8 Prozent). Einer Auswertung des Forsa-Instituts kurz nach den Europawahlen zufolge kommen die Anhänger_innen der AfD überwiegend aus der Mittelschicht (53 Prozent) und der Oberschicht (26 Prozent). Mehr als die Hälfte der Anhänger_innen (55 Prozent) hat Abitur und 44 Prozent verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 3.000 EUR. Was das Vermögen angeht, gibt es kaum verlässliche Daten. Lediglich die Mitteilung des kommissarischen Vorstands des Landesamtes für Statistik Berlin-Brandenburg ist hier aufschlussreich. Demnach schnitt die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg vor allem in Gebieten mit „einer höheren Eigentümerquote" besser ab. In Gebieten „mit vielen SGB II-Empfängern" war die AfD weniger erfolgreich, so das Landesamt. Es waren also eher nicht die Deklassierten, die sich zur AfD hingezogen fühlten.

Außerdem erhielt die AfD vor allem zu Beginn Unterstützung von Teilen der Wirtschaft, insbesondere von denjenigen Unternehmen, die auf lokale und regionale Absatzmärkte setzen. Sie sind nicht exportorientiert und fürchten die europäische Integration wegen einer Intensivierung des Wettbewerbs, der sich negativ auf sie auswirken könnte. Eine Studie von Frederic Heine und Thomas Sablowski, die 2013 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt wurde, zeigt diese Verbindung eindrücklich auf. Heine und Sablowski untersuchten Pressemitteilungen und Positionspapiere von Wirtschaftsverbänden zur Regierungspolitik während der Legislaturperiode von Schwarz-Gelb.

Sie arbeiteten heraus, dass alle Wirtschaftsverbände mehr oder weniger d'accord waren mit der Regierungspolitik. Alle bis auf einen Verband: der Verband der Familienunternehmer, der sich als Einziger während der Euro-Krise grundsätzlich gegen die Euro-Rettungspolitik stellte. Er unterstützte außerdem die Klage gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus vor dem Bundesverfassungsgericht und forderte den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone. Insgesamt sprach sich der Verband gegen wirtschaftspolitische Europäisierung aus und bediente sich laut der Studie einer rechtspopulistischen Rhetorik. Heine und Sablowski kommen zum dem Schluss, dass die nationalkonservativen und neoliberalen Kräfte in dem Verband in der AfD ihren parteipolitischen Ausdruck gefunden haben.

Sie sollten Recht behalten. Praktisch wurde die Unterstützung des Verbands kurz vor der Europawahl Anfang Mai 2014. Beim „Tag der Familienunternehmer" in Dresden war Bernd Lucke Hauptredner, erst später durften Christian Lindner und Günther Öt-



Frauke Petry: Eine Integrationsfigur zwischen rechtem und neoliberalem Flügel?

tinger ran. Der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Albrecht von der Hagen, sprach davon, dass viele Fragen der AfD auch Fragen des Verbands seien.

Rechtsentwicklung der AfD

Die Partei entwickelte sich zunehmend nach rechts. Heute tut Lucke so, als sei er ein Vorkämpfer gegen die Rechtsentwicklung. Das Gegenteil ist der Fall. Er war es, der um die Bundestagswahl herum die Partei strategisch nach rechts ausgerichtet hat. Knapp zwei Monate vor der Bundestagswahl schrieb Lucke an seine Vorstandskollegen Alexander Gauland und Konrad Adam eine aufschlussreiche Mail, deren Wortlaut das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" zum Teil veröffentlichte. Gegenüber seinen heutigen erbitterten Kontrahenten forderte er einen Tabubruch, um den bis dahin schleppend laufenden Wahlkampf ein wenig in Fahrt zu bringen. So schlug er vor, Thilo Sarrazin zu vereinnahmen. Das könne viel Aufmerksamkeit, Kritik der linken Presse und viel Zuspruch in der Bevölkerung einbringen. Laut der AfD-Aussteigerin Michaela Merz wurde von einigen Kräften der Partei offen darüber nachgedacht, „die Partei in Richtung einer konservativ bis rechtspopulistischen Strömung und der Sarrazin-Klientel zu öffnen". So habe Lucke angeregt, Sarrazin während einer Wahlkampfveranstaltung einen Buchpreis der AfD zu verleihen, was allerdings insbesondere durch die liberalen Kräfte innerhalb des Bundesvorstands der Partei verhindert worden sei. Rückblickend schreibt Merz Lucke bei der Öffnung nach rechts eine Schlüsselrolle zu: „Er ist maßgeblich für die spätere Entwicklung verantwortlich, da er die Partei bewusst dem rechten und rechtspopulistischen Rand geöffnet hat."

Im weiteren Verlauf hat sich die Zusammensetzung der AfD nachhaltig verändert. Die rechten Flügel wurden in der Folge immer mächtiger. Sie konzentrierten sich auf die Wahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern, denn dort hatte die AfD bei den Bundestags- und Europawahlen ihre stärksten Ergebnisse geholt, und dort waren die Landesverbände deutlich rechtslastig. In allen drei Bundesländern zog die AfD mit herausragenden Ergebnissen — in Thüringen und Brandenburg sogar zweistellig — in die Landtage ein. Die Erfolge bestätigten die programmatische Erweiterung nach rechts und lösten harte Flügelkämpfe um die inhaltliche und personelle Zukunft der Partei aus, in deren Folge fast alle Liberalkonservativen die Partei verließen. Spätestens hier fand der aktuelle Führungsstreit in der AfD ihren Ausgangspunkt.

Soziale Basis zerbrochen

Die AfD war in ihrer Gründung vor allem deshalb gefährlich, weil sie das Zeug hatte, National-Neoliberale und Rechtskonservative zu verbinden und dadurch ein rechtes Hegemonieprojekt zu etablieren. Die Basis des Projekts war die reaktionäre Mittelklasse, das Kleinbürgertum. Dieses scheint der Partei zunehmend den Rücken zu kehren — und sich wieder mehr in Richtung FDP zu bewegen. Während vor einem Jahr führende Fraktionen des mächtigen Verbands der Familienunternehmer im Zuge der Europawahl 2014 die AfD unterstützten, herrscht heute weitgehend Funkstille zwischen dem Verband und der AfD. Ende April 2015 fanden die Familienunternehmer-Tage in Berlin statt, bei denen neben Gauck auch Vertreter_innen aus FDP, SPD, den Unionsparteien und den Grünen auf Podien sprachen. Die AfD suchte man vergeblich. Die Entwicklung kommt einigen in der Partei gelegen. Gauland, der im Verlauf der vergangenen zwei Jahre immer weiter nach rechts rückte, äußerte im April in einem Interview im Handelsblatt: „Man sollte auch nicht den Fehler machen und auf Stimmen des Bürgertums und früherer FDP-Anhänger setzen. Wir sind eine Partei der kleinen Leute. Damit meine ich auch Leute, die eben kein Asylbewerberheim neben sich haben wollen. Die damit verbundenen Ängste und Sorgen sollten wir ernst nehmen und aufgreifen, dann werden wir auch gewählt." •

Sebastian Friedrich ist Publizist. Im Januar 2015 erschien beim Berliner Verlag bertz + fischer sein Buch „Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland"

TITEL

Um es vorweg zu sagen – Antifeminismus ist ein sehr breiter und nicht besonders trennscharfer Begriff für eine Vielzahl von Phänomenen, von ultra-konservativer Familienpolitik bis zu Morddrohungen gegen Feminist*innen. Besser wäre es, in der Analyse zunächst einmal zu unterscheiden zwischen antifeministischen Aspekten, also solchen, die sich gegen die Errungenschaften des Feminismus als politischer Bewegung richten, sowie reiner Misogynie, also Frauenhass, und Sexismus, also Zuschreibung bestimmter Eigenschaften und Diskriminierung aufgrund des (biologischen) Geschlechts. Homo- und Transphobie sind weitere Ressentiments, die oft unter Antifeminismus gefasst werden. All das kommt bei der AfD vor, aber erfunden hat sie nichts davon.

Antifeminismus rund um die AfD

Eine unappetitliche Internationale

FORSCHUNGSNETZWERK FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS

Die AfD kann sich hier in einem international aktiven, sehr weiten Feld von Bewegungen, Parteien, Internetaktivisten, religiösen Gruppen etc. bewegen und von dort Inspirationen beziehen. Innerhalb der antifeministischen Themenfelder der AfD werden so Anschlussstellen zu ultra- und nationalliberalen, ultrakonservativen und offen rassistischen Milieus geschaffen. Die Themen, um die es geht, sind neben der Familienpolitik der Kampf gegen „Genderismus" (damit sind das gleichstellungspolitische Prinzip des gender mainstreaming, aber auch allgemein geschlechtersensible Strategien gemeint) und gegen „Frühsexualisierung", was sich vor allem in Kämpfen um Lehrpläne ausdrückt sowie der Versuch, reproduktive Rechte und selbstbestimmte Sexualität und Verhütung einzuschränken. Bei keinem dieser Themen herrscht in der AfD völlige Einigkeit, und es sind jeweils sowohl Männer als auch Frauen als treibende Kräfte erkennbar.

Ein relativ niedrigschwelliger Einstieg in die antifeministische Themenpalette ist die Forderung nach „Wahlfreiheit" — sie greift das Faktum auf, dass in vielen Familien beide Lohnarbeit nachgehen, und problematisiert diese Unfreiheit. Die Ursache hierfür wird jedoch nicht in der ökonomischen Lage oder als freie Entscheidung der Partner*innen angesehen, sondern als Ergebnis eines imaginierten „Staatsfeminismus". Jeglicher staatliche Versuch, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, wird somit als Zwang zur Doppelbelastung umgedeutet, und damit werde den Frauen die Möglichkeit genommen, sich für eine Rolle als Mutter und Hausfrau zu entscheiden. Die positive Betonung der Mutterrolle ist ein wichtiger Bestandteil auch konservativer Strategien — wie die von der CDU eingeführte sogenannte „Herdprämie" gezeigt hat. Die AfD geht in ihrem Programm aber noch deutlich weiter, neben Familiensplitting und Familiendarlehen (eine Idee der NPD) wird eine Sozialversicherungspflicht für Erziehende gefordert, um die Sozialbeitragsausfälle für Erziehungsarbeit leistende Eltern auszugleichen. Und noch weiter geht die sogenannte Kinderrente: Bei dieser Idee soll das Kindergeld nur eine Zahlung für Kinder sein, die mensch als Erwachsene dann zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr zurückzahlen soll. Die an den Staat zurückzuzahlende Summe wird allerdings pro jeweils selbstproduziertem Kind verringert.

Diese Maßnahmen beinhalten eine starke staatliche Steuerung eines bestimmten Familienkonzeptes, nämlich der Versorgerehe. An anderen Stellen wird staatliche Steuerung jedoch vehement abgelehnt, nämlich dann, wenn es um Gleichstellungsmaßnahmen geht. Die „Quotenfrauen" sind ein besonderes Hassobjekt sowohl der AfD als auch der Jungen Alternative, die eine Kampagne „#bockaufleistung statt #bockaufquote" nennt, um anzudeuten, dass Quotierung primär unfähige Frauen in Führungspositionen bringen würde, während der derzeitige Männerüberhang ausschließlich auf deren Leistung beruhe. Hier trifft sich die AfD mit diversen liberalen und auch konservativen Positionen, die es ablehnen, Männerdomänen genau da aufzulösen, wo es wehtut, nämlich an finanziell und machtpolitisch einflussreichen Stellen.

Die Weigerung, männliche Privilegien aufzugeben oder auch nur zuzugeben, dass diese existieren, vereint die meisten der antifeministischen Maßnahmenvorschläge, und sie bietet der AfD ein Feld, in dem eine breite Bewegung von Antifeminist*innen und Männerrechtlern* mit der Partei sympathisiert. Ein übliches Argument dabei ist, die Gleichberechtigung sei bereits zu weit gegangen, und mittlerweile seien Männer und Jungen die Verlierer — im Bildungssystem, im Berufsleben und was Status und Anerkennung betrifft. Hier ist einerseits das

international aktive Feld der „angry white men" anschlussfähig, andererseits aber auch Menschen, die reale Missstände wieder einmal auf den „Staatsfeminismus" schieben wollen: Das schlechtere Abschneiden von Jungen in der Schule und die Tatsache, dass das Patriarchat auch für Männer Nachteile schafft, die in der idealisierten Rolle vom starken Mann und Familienvater angelegt sind. Männer sind etwa öfter Opfer von Gewaltverbrechen und sind schlechter darin, sich um ihre Gesundheitsvorsorge zu kümmern. Wenn sie psychische Probleme haben oder Opfer von Gewalt in Beziehungen werden, gibt es weniger geschlechtsspezifische Hilfsangebote für sie. In Sorgerechtsstreitigkeiten wird oft zugunsten der Mütter entschieden.

All das schieben sogenannte Maskulinisten (oder Maskulisten, ein Begriff, der sich mittlerweile im wissenschaftlichen Bereich durchsetzt, um das Phänomen von der progressiven Männerbewegung der 1970er und 1980er Jahre abzugrenzen und anzudeuten, dass es hier nicht um eine Spiegelung von Feminismus geht) auf eine Art feministische Weltverschwörung. Die daraus erwachsenden realpolitischen Forderungen drehen sich vor allem ums Geld: Streichung der Förderung für Frauenhäuser und Frauennotrufe, aber auch der Genderforschung an den Universitäten — hier ist es in den letzten Monaten zu massiven persönlichen Angriffen gegen einzelne Wissenschaftler*innen und ganze Lehrstühle (Vgl. AIB Nr. 104: „Antifeministische Allianzen") gekommen.

Die Strategie, weiße Männer als Opfer des Feminismus und Modernisierungsverlierer hinzustellen, ist ebenso unappetitlich wie effektiv und anschlussfähig. Sie vereint Argumentationsfiguren wie „das muss man doch noch sagen dürfen" und „Männer und Frauen sind eben unterschiedlich" und auch gar „Vergewaltigungsvorwürfe werden nur vorgebracht, um Männern zu schaden". Sogar die Benutzung von inklusiver Sprache wird als nicht hinzunehmende Einschränkung der persönlichen Freiheit und allgemein als Angriff auf den westlichen Wertekanon verstanden — hier öffnet sich das weite Feld der Kämpfe gegen „politische Korrektheit" und für das Recht auf den eigenen Rassismus und Sexismus.



Die AfD Mecklenburg-Schwerin präsentierte sich auf ihrer Homepage mit Anti-Gender-Positionen.

All das ist nicht neu. Von der christlichen Rechten in den USA und ihrem Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche, über Soligruppen für Julian Assange bis hin zu frustrierten Internet-Trollen vereinen antifeministische Themen und Argumentationen höchst unterschiedliche politische Felder — allerdings sind auch die meisten europäischen rechtspopulistischen Parteien ähnlich wie die AfD daran interessiert, dieses Wähler*innenpotential zu bedienen. Das gesamte Themenfeld bietet die Chance, ein klassisches Dilemma rechtspopulistischer Parteien zu überwinden: Die Vereinigung von elitär-bildungsbürgerlichen Positionen mit bildungsbenachteiligten, oft prekären Stammtischmilieus in einem Gefühl des Untergangs des Abendlandes. Die AfD greift also bestehende antifeministische Thesen auf und macht daraus realpolitische Forderungen. Daneben geht es beim Antifeminismus aber auch um Deutungsmacht — die negative Besetzung von Begriffen wie Gender und Feminismus. Bei der AfD und anderswo funktioniert Antifeminismus ganz ohne Feminismus, wie die Internationalität der Bewegung zeigt — völlig unabhängig davon, welche Rahmenbedingungen Staaten für Familien- und Gleichstellungspolitik vorgeben, werden sie immer als Staatsfeminismus und Ausdruck einer männerfeindlichen Verschwörung wahrgenommen. Das heißt jedoch nicht, dass sich die feministische und antifaschistische Bewegung nicht mit den Argumenten auseinandersetzen muss — Feminismus beinhaltet das großartige Versprechen, alle Geschlechter vom Patriarchat zu befreien, und das muss auch weiterhin verfolgt werden. •

NS-SZENE

Wer über neonazistische militante Neonazis in Deutschland recherchiert, kommt an „Combat 18“ nicht vorbei. „Combat 18“ (C18) kann als „Kampfeinheit 18“ bzw. „Kampfeinheit Adolf Hitler“[1] übersetzt werden und dient als Identifikationsinstanz für militante deutsche Neonazis.

Das Label „Combat 18“

C18 international

„Combat 18“ soll Anfang der 1990er Jahre ursprünglich von dem Amerikaner Harold Covington (Seattle) in England gegründet worden sein. Als Anführer trat Paul Sargent in Erscheinung, der in der Szene unter seinem Spitznamen „Charlie“ bekannt war. C18 galt Anfang der 1990er Jahre als eine Gruppe von Hooligan-Schlägern im Umfeld der British National Party (BNP). Später entwickelte sich C18 zu dem von dem Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour“ (B&H) getragenen und protegierten Label für den militanten Untergrundkampf. Anfang 2000 veröffentlichte der Norweger Erik Blücher (auch Tor Erik Nilsen), eine Führungsfigur von B&H Scandinavia, die entsprechende Konzeptions-Schrift „The Way Forward“ („Der Weg Vorwärts“). Diese muss als eine Art B&H-Manifest des bewaffneten Kampfes angesehen werden. Blücher bezeichnet hier „Combat 18“ als „Armee von Blood & Honour“ und als „bewaffneter Arm der Blood & Honour-Bewegung“ und fordert dazu auf: „Die Zeit des Geredes ist wirklich vorbei. Wir haben ein Stadium erreicht, in der jegliche Form der Aktion der Inaktivität vorzuziehen ist.“[2] „Combat 18“ in England gab u.a. die Publikationen „International Redwatch Issue“ bzw. „Redwatch“ und „Target“ heraus, in denen Daten und Fotos von Antifaschist_innen veröffentlicht wurden. In einigen Fällen kam es zu Anschlägen gegen die Betroffenen.[3] Anfang 1995 fanden wegen einer solchen Broschüre mit Bombenbauanleitungen und Mordaufrufen bei Sargent und dem C18 Aktivisten William „Will“ Browning Hausdurchsuchungen statt.[4] „Combat 18“ finanzierte sich vorwiegend aus dem RechtsRock-Musikgeschäft und galt als Organisator bzw. Nutznießer zahlreicher RechtsRock-Konzerte aus dem Netzwerk von „Blood & Honour“. „Combat 18“ versuchte mit allen Mitteln, die Kontrolle über die internationale „Blood & Honour“ Szene zu erhalten.

Militante Konflikte

Der absolute Führungsanspruch von C18 führte zu einer Reihe gewalttätiger Konflikte zwischen C18 und anderen Neonazis. Es gab offenbar einen Flügel der „Musikszene“ und einen Flügel der „politischen Aktivisten“ im RechtsRock-Milieu. William Browning konterte mit Kritik aus der Musik-Szene: „C18 erwartet von Leuten, dass sie politisch sind und sich engagieren (...) Wir brauchen diesen Abschaum nicht, der den wahren Aktivisten sowieso nur in den Rücken fällt.“[5] 1997 wurden sieben dänische Neonazis wegen versuchter Briefbombenanschläge auf britische Adressaten in Dänemark und Schweden verhaftet. Zu den Verhafteten zählte auch der dänische Neonazi Thomas Derry Nakaba, der bei seiner Festnahme ei-



nen Polizisten anschoss. Eine der abgefangenen Briefbomben war an den englischen C18-Kritiker Brad Hollanby von der RechtsRock-Band Squadron gerichtet. Die anderen Briefbomben sollten an die Anti-Faschistische-Aktion in London und eine mit einem schwarzen Sportler verheiratete Fernsehmoderatorin gesendet werden. Nakaba sagte vor Gericht aus, auf Befehl von „Combat 18" gehandelt zu haben. Den Sprengstoff für die Briefbomben und eine Adressat_innenliste seien ihm von William Browning übergeben worden. Im September 1997 wurden Nakaba und seine Komplizen Michael Volder und Nicky Steensgaard wegen der Beteiligung an der Versendung von Briefbomben zu Haftstrafen verurteilt. Nach Informationen der Zeitschrift Searchlight soll die Polizei den Hinweis für die Briefbomben über Paul Sargent bekommen haben.[6] Der schwedische Neonazi Niclas Loefdahl wurde im August 1997 als ein weiterer neonazistischer Briefbomben-Absender verhaftet. Die schwedischen Behörden hielten ihn für den Versender einer im Mai 1997 im Göteborger Postamt explodierten Briefbombe, die an ein Mitglied der konkurrierenden Neonazi-Gruppe Nordland adressiert war. Loefdahl soll auch eine Briefbombe mit C18-Absender an die schwedische Justizministerin verschickt haben. Loefdahl berichtete später, er sei bis zu seiner Verhaftung Anführer des schwedischen Ablegers von „Combat 18" gewesen. Nach den gescheiterten Briefbomben-Aktionen von Nakaba zerstritten sich die C18-Führer Sargent und Browning über Geld und die Frage, ob C18 „halb-legal" oder doch „terroristisch" sein sollte. Anfang 1998 wurde Paul Sargent in England zusammen mit seinem Komplizen Martin Cross wegen dem Mord an Chris Castle zu lebenslanger Haft verurteilt. Chris Castle galt als ein Unterstützer von Will Browning und war in eine tödliche Falle gelockt worden, als er u.a. eine „Blood & Honour"-Mitgliedsliste eintauschen wollte. Anschließend ging es mit C18 in England kontinuierlich bergab.[7]

Spurensuche in Deutschland

1997 planten einige Neonazis aus Königswusterhausen, Oranienburg, Limbach-Oberfrohna und dem Sauerland die Herausgabe einer deutschen C 18-Untergrundzeitung. Doch im selben Jahr erreichten die Konflikte des englischen C18 auch Deutschland und spalteten die C18-Unterstützer-Szene. Etwa seit der Jahrtausendwende gab es einige Gruppen und Personen in Deutschland, die sich selbst als „Combat 18" verstanden, szeneintern als „Combat 18" wahrgenommen wurden oder „Combat 18"-Propaganda verbreiteten. Es war vor allem auch die RechtsRock-Führungsfigur und Verfassungsschutz-Spitzel Carsten Szczepanski (Brandenburg), der „Combat 18" in der deutschen Neonazi-Szene bekannt machte. Szczepanski nutze zeitweilig ein C18-Postfach in England für den Vertrieb seiner Zeitschrift „United Skins".



Links: Paul „Charlie" Sargent im „Combat 18" Shirt bei einem Rudolf Heß March 1995 in Roskilde (Dänemark).

Oben: William „Will" Browning mit Stange und Stein bei dem selben Aufmarsch.

Britische „Combat 18"-Aktivisten besuchten Ende der 1990er Jahre den fränkischen Raum in Deutschland. Ihre hauptsächlichen Ansprechpartner dort waren der RechtsRock-Musiker und B&H-Funktionär Bernd P. („Pernod") im Bamberger Raum und Matthias G. in Schwabach. Der Kreis um „Blood & Honour Franken" und die RechtsRock Band „Hate Society" von Bernd P. galten seitdem als „Combat 18"-Exponenten in Deutschland.

Der führende Neonazi-Funktionär Thorsten H. (Northeim/Frettenrode) wurde zeitweilig szene-intern ebenfalls als „Combat 18" Kontakt angesehen, da er über gute Verbindungen zu dem englischen C18-Funktionär William Browning verfügt haben soll. Auch der schwedische B&H-Aussteiger Kim Fredriksson nahm Thorsten H. als deutsche Kontaktperson aus dem B&H/C18-Milieu wahr.[8]

Das Zellen-Prinzip

Die „Blood & Honour"-Zeitschrift „Totenkopf Magazin" schrieb 2002 in dem Artikel „Der politische Soldat": „Combat 18 arbeitet nach der Methode des führungslosen Widerstandes, das bedeutet das die einzelnen Zellen oder Personen sich nicht kennen und unabhängig voneinander arbeiten und keiner zentralen Führungsstelle Bericht erstatten. Es darf nicht die Struktur einer Befehlskette entstehen, denn es könnte ein Glied dieser Kette schwach sein und somit die ganze Organisation schwächen. Allerdings weist auch dieses Konzept Fehler auf, in der Praxis ist es sehr schwer, ganz allein zu arbeiten — unsere Hoffnungen setzen wir daher auf semi-autonome Arbeit. Es muss bei einzelnen Aktionen kooperiert werden, weil die eine Zelle vielleicht etwas, weis oder besorgen kann was die andere nicht kann — das heißt im Klartext das eine Person jeder Zelle eine andere Person aus einer anderen Zelle ken-



Robin Schmiemann (rechts) und der heutige „Die Rechte" Funktionär Dietrich Surmann (links) am 3. September 2005 bei einem Neonazi-Aufmarsch in Dortmund.

Foto: Lotta — Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

nen sollte und die Zellen sich einander ergänzen sollten [...]". (Fehler im Original)

Dieses Zellen-Prinzip dürfte der Versuch gewesen sein, dem Wirr-Warr der verschiedenen C18-Cliquen eine Struktur zu verpassen. Einige Hinweise auf C18-Cliquen wurden mittlerweile bekannt: In Halle griffen zwischen 1998 und 2000 Neonazis einer C18-Gruppierung, die aus dem regionalen B&H-Spektrum entstanden war, linke Projekte an. In Thüringen traten zeitweilig ein Dutzend Neonazis um Sven B. aus Suhl innerhalb der Szene als „autorisierte" Gruppe „Combat 18 Thüringen" auf. Mit der Zeitschrift „The Stormer" versuchte sich 2002 kurzzeitig sogar ein deutsches Blatt für offensive C18-Propaganda zu etablieren. Sicherheitsbehörden machten die kaum bekannten Neonazis Markus L. und Michael Sch. für das Heft verantwortlich, das über ein Postfach in Plauen (Westsachsen) verbreitet wurde. In Berlin trat 2001 eine Gruppe um Paul Stuart B. und Sebastian Dahl mit dem Label „Combat 18 Berlin" in Erscheinung und bedrohte politische Gegner und Polizeibeamte. Die Gruppe soll nach Einschätzung des Berliner LKA Sprengstoffanschläge gegen türkische und jüdische Einrichtungen geplant haben. Bei Paul Stuart B. fand die Polizei im Sommer 2002 u.a. Bombenbauanleitungen und Unterlagen, die mit „Zentralrat der Juden + Friedhöfe und Gedenkstätten/Adressen" bezeichnet waren. Sebastian Dahl wurde später wegen versuchten Mordes an Antifaschist_innen zu einer Haftstrafe verurteilt.[9] Die „Kameradschaft Pinneberg" um Klemens O. und Marco H. trat ab etwa 2002 auch als „Combat 18 Pinneberg" auf.[10] Bereits 2001 beschlagnahmten Polizisten bei deren Aktivisten Markus N. eine detaillierte Feindes-Liste. Bei der anschließenden Durchsuchung seiner Wohnung fand sich ein Brief des zu der Zeit inhaftierten Klemens O., in dem dieser daran erinnert, die Gruppe „solle auf die körperliche Fitness achten, so das der C18-Weg nicht zum Scheitern verurteilt ist".[11] Die weiteren Aktivitäten der Gruppe bestanden u.a. in Schutzgelderpressungen gegen Neonazi-Versände, die unautorisiert „Blood & Honour"-Symbolik im Angebot hatten. Der Neonazi Alexander H. aus Schleswig Holstein wurde wegen der Schändung eines antifaschistischen Denkmals in Neustadt im Jahre 2003 angeklagt. Dabei legte er ein aufgeschlitztes Ferkel auf ein Denkmal für KZ-Häftlinge und beschmierte das Denkmal mit einem C18-Schriftzug. „Combat 18 Deutschland" brüstete sich anschließend mit der Tat. In Backnang (bei Stuttgart) bedrohte 2003 eine Neonazi-Clique um Stefan Thomas D. Polizeibeamte unter dem Label C18. Bei Hausdurchsuchungen gegen die mutmaßlichen Urheber der Drohungen fand die Polizei Bombenbauanleitungen, bereits gebaute Rohrbombenteile sowie Munition. Der Gruppierung wurde auch ein versuchter Brandanschlag auf ein Wohnheim von Geflüchteten zugerechnet.

Dortmund als C18 Hot Spot

Teile der „Kameradschaft Dortmund" um Marko Gottschalk und Carsten J. tätowierten sich „Combat 18"-Schriftzüge und traten szene-intern als „Combat 18" auf. Ein führender Aktivist der Hammerskins in Deutschland schrieb im Juli 2011 an seine „Brüder" der Hammerskin Nation (HSN) über einen gelösten Konflikt zwischen Hammerskins und „Combat 18": „Das andere Gespräch fand zwischen mir und den deutschen Combat 18 Leuten statt. Wie unlängst [...] beschlossen wurde, hat sich die deutsche Grundeinstellung zum C18 (zumindest dem deutschen Flügel) gewandelt. Von einer passiven aber ablehnenden Haltung sind wir zu einer neutralen Haltung übergegangen. [...] Das Gespräch wurde mir von Gottschalk und einigen Streetfighting Crew Leuten ‚gedrückt', da die Jungs parallel zu uns zur selben Erkenntnis gekommen sind. [...]"[12] Durch diese öffentlich gewordene Rundmail wurde deutlich, dass es offenbar bis 2011 eine „Combat 18"-Struktur in Deutschland gab. Die Dortmunder C18-Gruppe dürfte sich demnach aus den Kreisen der „Streetfighting Crew" und der „Oidoxie Jungs" rekrutiert haben. Die Neonazi-Band „Oidoxie" wurde 1995 vom Dortmunder Marko Gottschalk gegründet.[13] Die „Oidoxie Streetfighting-Crew" entstand ab 2003 aus Teilen der Kameradschaft Dortmund bzw. aus dem „Oidoxie-Saalschutz" und ist der Security-Kreis der RechtsRock-Band „Oidoxie". Mittlerweile gibt es auch eigene Ableger dieser Crew in Kassel und in Schweden. „Oidoxie" und die mit ihr eng verbundene Neonazi-Band „Weisse Wölfe" (Sauerland) machten in ihren Songs kein Geheimnis aus ihrer Nähe zu C 18. Von „Oidoxie" stammt der Song „Terrormachine Combat 18" und die Band Weisse Wölfe textete: „You know what I mean, hail, hail, hail the terrormachine, hail, hail, hail Combat 18"

Ab 2006 entwickelte sich aus dem Milieu der „Oidoxie Streetfighting Crew" ein Personenkreis, der „Combat 18" angeblich noch konkreter umsetzen wollte. Als deren

Mitglieder wurden unter anderem Marko Gottschalk, der Dortmunder Robin Schmiemann und der „Blood & Honour"-Konzert-Organisator Sebastian Seemann aus Lünen benannt. In der Gruppe kursierten zeitweilig auch Schusswaffen, die von belgischen Neonazis von „Blood & Honour Vlaanderen" beschafft worden sein sollen.[14]

Bekannt wurden zwei Personen aus der Gruppe jedoch durch kriminelle Taten im Drogenbereich. Sebastian Seemann, der heute Sebastian W. heißt, geriet im Jahr 2007 in den Fokus der Bielefelder Polizei, die im Zuge eines Drogen-Deals ermittelte. Diese musste bei seiner Überwachung feststellen, dass Seemann als V-Mann für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz arbeitete.[15] Der in die Drogen-Geschäfte verwickelte Robin Schmiemann wurde von Sebastian Seemann gedrängt, Schulden bei ihm durch einen Supermarkt-Überfall im Februar 2007 in Dortmund zu begleichen. Dabei wurde ein 60-jähriger Kunde migrantischer Herkunft durch Schüsse schwer verletzt.[16]

C18 Deutschland?

In Deutschland war „Combat 18" bisher eher als ein gemeinsames Label statt als eine bundesweite, einheitliche Organisation oder eine längerfristig verbindliche Struktur wahrnehmbar. Offenbar bedienten sich unterschiedliche Neonazi-Gruppierungen zu unterschiedlichen Zeiten des Labels „Combat 18", um zum Teil unterschiedliche Ziele zu verfolgen. Einige verstanden C18 als eine politische Idee und als militantes Konzept und versuchten, „Combat 18" als bewaffneten Arm der „Blood & Honour"-Struktur zu etablieren. Andere wollten unter dem Namen die lukrativen RechtsRock-Geschäfte kontrollieren, und manche brauchten einfach nur einen „gefährlichen" Namen im kriminellen Milieu. Die verschiedenen C18-Gruppen standen teilweise in direkter Konkurrenz zueinander bzw. machten sich gegenseitig das Recht streitig, sich „Combat 18" zu nennen. Es konnte sich nie eine Gruppierung so weit durchsetzen, dass sie Kraft ihrer Autorität oder Authentizität darüber hätte bestimmen können, wer sich des Namens bedienen darf.

Auch der schwedische B&H-Aussteiger Kim Fredriksson beschreibt C18 gegenüber dem Antifaschistischen Infoblatt (AIB) als eine Art Label für militante Aktionen der (schwedischen) „Blood & Honour"-Szene. Formale Mitgliedschaften habe es dabei nicht gegeben. Mit den Worten „Wir waren Blood & Honour, also waren wir auch Combat 18" fasste er zusammen, dass der Name „Combat 18" für „Blood & Honour"-AktivistInnen quasi frei verfügbar war.

Die Meinungen über die Exklusivität des C18-Labels gingen dabei manchmal auseinander. Ende der 1990er Jahre gab es Berichte über entsprechende Konflikte. Demnach habe der „Blood & Honour"-Funktionär Bernd P. in seinem politischen Bekanntenkreis „Combat 18"-Bekleidung verkauft. Einigen seiner KundInnen soll diese dann in Nürnberg von den Neonazis Christian W.[17] und Christian K. wieder abgenommen worden sein. Die TrägerInnen sollen nach deren Ansicht nicht berechtigt gewesen sein C18-Schriftzüge zu tragen. Christian K. soll laut Berichten aus Neonazi-Kreisen ab 2000 für einige Zeit eine größere „Combat 18"-Gruppe im Raum Nürnberg angeführt haben.

NSU & „Combat 18"?

Der englische „Combat 18"-Aussteiger Darren Wells berichtete vor einigen Jahren: „Zum Jahresende 1998 schlug jemand vor, dass ich nach Deutschland reisen sollte, um dort ein paar Bomben zu bauen und sie abzuschicken".[18] Das Vorhaben wurde zwar nicht umgesetzt, doch zeigen die Überlegungen, dass Deutschland als potentielles Aktionsgebiet von Combat 18 angesehen wurde.

So verwundert es kaum, dass es einige Berührungspunkte zwischen C18-AnhängerInnen und den Personen aus dem „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) bzw. dem NSU-Umfeld gab.

Im Jahr 2013 wurde ein Briefkontakt zwischen dem wegen des beschriebenen Supermarktüberfalls inhaftierten „Combat 18"-Anhänger Robin Schmiemann (Dortmund) und der im NSU-Prozess angeklagten Beate Zschäpe bekannt. Alleine im März 2013 schickte Beate Zschäpe drei bis zu 26 Seiten lange Briefe an Robin Schmiemann.

Die Chemnitzerin Mandy Struck, die die NSU-Mitglieder Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos seit 1998 mit Papieren und Wohnungen unterstützte, wohnte ab 2001 einige Jahre in Nürnberg. Hier war sie unter anderem mit dem besagten Christian W. liiert, der in Nürnberg als Anhänger von „Combat 18" wahrgenommen wurde.

Ab 2003 begannen sich Neonazis aus dem „Blood & Honour"-Nachfolge-Label „Division 28"[19] an dem alten Konflikt „Geschäfte oder Untergrund?" zu zerstreiten. Es entstanden zwei entsprechenden Flügel anhand der Trennungslinie „Real-B&H" oder „Combat 18". Die Exponenten des „Combat 18"-Flügels waren Mitglieder aus Nürnberg und Thüringen. Zu den Thüringern zählte auch Ronny L. aus Weimar. Ronny L. war ein früherer Bekannter des späteren NSU-Trios und ihrer UnterstützerInnen aus Jena. Als in den 1990er Jahren in der Nähe von Jena eine Kreuzverbrennung im Stile des Ku-Klux-Klan durchgeführt wurde, nahm Ronny L. zusammen mit Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Ralf Wohlleben und Holger Gerlach daran teil.

Auch wenn der NSU nicht das Label „Combat 18" für sich nutzte, war der NSU Bestandteil eines Netzes von Neonazi-AktivistInnen, die eines verband: Das Selbstbild der „politischen Soldaten", die sich in der Pflicht sahen, den „nationalen Kampf" auch militant bis terroristisch zu führen. Das Netzwerk „Blood & Honour" und das von ihm protegierte Konzept des „Leaderless Resistance" durch „Combat 18" spielte darin eine wesentliche Rolle. •

1 A und H sind die Buchstaben Nummer 1 und Nummer 8 im Alphabet. **2** Vgl. „Keine Köpfe, keine Strukturen, kein Konzept?", AIB 93 / 4.2011 **3** Vgl. „Redwatch", AIB 73 / 4.2006. **4** Vgl. Nick Lowles: „Goldesel des White Powers" in „White Noise, rat/UNRAST Verlag, Hamburg/Münster 2000. **5** Ebd. **6** Ebd. **7** Vgl. „Ein Mythos zerbricht ..." in AIB Nr. 63 / 2.2004. **8** Gesprach der AutorInnen mit Kim Fredriksson, Februar 2015 **9** Vgl. „Unter den Augen der Polizei" AIB Nr, 68 / 4.2005. **10** Vgl. „Combat 18 in Pinneberg" in AIB Nr. 61 / 3.2003. **11** Vgl. Online-Artikel „Ermittlungen gegen Combat 18 Pinneberg" auf www.antifainfoblatt.de **12** Michael Weiss/ nsu-watch.info „Der NSU im Netz von Blood & Honour und Combat 18 - Gesamtversion" **13** Vgl. „Alltag in NRW", AIB 60 / 2.2003 **14** Vgl. David Schraven: „Dortmunder Nazis: Combat 18-Zelle versorgte sich mit Waffen", in DerWesten, 15. Mai 2012. **15** Vgl. „Kokain und Waffen vom V-Mann", AIB 77 / 4.2007 **16** Vgl. Stephan Rauch: „Stets zu Diensten", Lotta, Nr. 46, Winter 2011 **17** Christian W. war 2001 der Lebensgefährte der Chemnitzer NSU-Unterstützerin Mandy Struck. **18** „Combat 18" inside!, Antifaschistisches Infoblatt Nr. 54, 2001 **19** Die 28 steht für die Buchstaben Nummer 2 und Nummer 8 im Alphabet: B&H

NS-SZENE

Drei Jahre nach dem Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) und mehr als sieben Jahre nach dem Mord an der Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter in Heilbronn setzte der baden-württembergische Landtag im November 2014 einen Untersuchungsausschuss ein. Dort standen zunächst nicht die Schüsse auf der Theresienwiese im Fokus, sondern ein weiterer rätselhafter Fall: Der Tod eines jungen Zeugen aus der rechten Szene.

Möglicher NSU-Zeuge?

Der ungeklärte Tod von Florian H.

SVEN ULLENBRUCH

Mit der „Spur 5086“ fing alles an. Im November 2011 tauchte der Name Florian H. erstmals in den Akten des Landeskriminalamts zum mutmaßlichen NSU-Mord an Michèle Kiesewetter auf.

Der junge Neonazi kenne die Täter, meldete eine Hinweisgeberin. Doch als ihn Beamt_innen am 17. Januar 2012 im Elternhaus in Eppingen zur Vernehmung abholten, schlug Florian H. andere Töne an. Er habe lediglich gehört, dass in der rechten Szene mit der Tat geprahlt werde. Im gleichen Atemzug nannte H. eine bis dahin unbekannte Neonazigruppe: Die Kameradschaft „Neoschutzstaffel“ (NSS) habe sich in Öhringen mit dem NSU getroffen. Ein Zusammenkommen der „beiden radikalsten Gruppierungen Deutschlands“, keine 30 Kilometer von Heilbronn entfernt. Die Fahnen der Organisationen hätten nebeneinander gehangen, etwa 50 Leute seien im Raum gewesen.

Die Polizei glaubte ihm nicht. „Die Geschichte war offensichtlich erfunden“, sagte die Kriminaloberkommissarin Julia M. im März vor dem Untersuchungsausschuss im Stuttgarter Landtag. Trotzdem hatte sie sich auf die Suche nach dem Ort des ominösen Treffens gemacht. Fündig wurde sie im Öhringer „Haus der Jugend“. Dort sah es genau so aus wie auf einer Skizze, die Florian H. angefertigt hatte. Der Eppinger erkannte den Raum sofort wieder, verwickelte sich aber wohl in Widersprüche. Letztlich blieb unklar, was sich im Jugendhaus abgespielt hat.

Florian H. kann dazu nichts mehr sagen. Am Morgen des 16. September 2013 starb er in seinem Auto an der Zufahrt eines Campingplatzes am Cannstatter Wasen in Stuttgart — acht Stunden bevor ihn das LKA noch einmal befragen wollte.[1] Aus dem Obduktionsbericht geht hervor, dass der 21-Jährige bei lebendigem Leib verbrannte. Die Rechtsmediziner stießen in H.s Lunge auf viel Ruß — ein Zeichen dafür, dass er während des Brandes atmete. Der Mann hatte außerdem einen Cocktail mehrerer Medikamente im Blut, darunter Psychopharmaka und eine tödliche Dosis des Herzmittels Metoprolol. Ein tragischer Suizid, waren sich Staatsanwaltschaft und Polizei einig. Florian H. habe sich mit Benzin übergossen und dann angezündet. Nach einer kriminaltechnischen Untersuchung wurde der ausgebrannte Peugeot noch am Nachmittag des Todestages zur Verschrottung frei gegeben. Hätte die Familie des Verstorbenen das Fahrzeugwrack nicht eigenhändig bei der Stuttgarter Polizeidirektion auf einen Anhänger geladen und abtransportiert, wäre vom wichtigsten Beweismittel nichts übrig geblieben. Die Polizei verzichtete auch darauf, H.s Zimmer zu durchsuchen oder Computer- und Handydaten auszuwerten. Solche Maßnahmen seien ohne Anfangsverdacht auf Fremdverschulden nicht möglich, lautete die Erklärung.

Im März 2015 führte die Arbeit der Stuttgarter Ermittler zum Eklat: Die Familie von Florian H. übergab dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses in Stuttgart Gegenstände aus dem verbrannten Kleinwagen, die von den Kriminalbeamten am Tatort nicht beachtet worden waren, darunter der Zündschlüssel, eine Luftpistole und ein Feuerzeug. Ein Laptop hatte die Kriminaltechnik zwar aus dem Wagen geborgen, aber ohne Untersuchung in den Brandschutt zurückgelegt.

Warum der Fall von den Behörden so schnell abgehandelt wurde, ist unklar. Denn schon kurz nach dem Brand wurde die Stuttgarter Polizei vom Staatsschutz darüber informiert, dass es sich bei dem Toten um einen Zeugen im NSU-Verfahren handelte. Auch mit der beim LKA angesiedelten Neonazi-Aussteigerinitiative „BIG Rex“ stand Florian H. in Kontakt. Nur einen Monat vor seinem Tod, im August 2013, hatte er sich zuletzt mit deren Mitarbeiter_innen getroffen. Außerdem berichteten Freund_innen und die Familie der Polizei, dass sich Florian H. von der rechten Szene massiv bedroht fühlte.

Mittlerweile laufen gegen drei Ermittler Disziplinarverfahren, eine „Innenrevision“ der Polizei beschäftigt sich mit den „Pannen“ bei der Aufklärung des Falles. Als wäre der nicht schon mysteriös genug, verstarb Ende März 2015 Florian H.s Ex-Freundin Melisa M. im Alter von 20 Jahren. Von ihr hatte sich H. offenbar in der Nacht vor seinem Tod per Handy-Nachricht getrennt. Laut einem ersten Obduktionsergebnis starb M. an einer Lungenembolie in Folge eines Motocross-Unfalls.

Melisa M. hatte bereits am 2. März 2015 nichtöffentlich vor dem Ausschuss ausge-





Foto: C. Ritter

Links: Florian H. präsentierte sich mit Freunden und „Nazionalist"-T-Shirt im „Harmonie"-Stadtgarten in Heilbronn.

Oben: Florian H. (mitte) als Teilnehmer eines Neonazi-Aufmarsches am 1. Mai 2011 in Heilbronn.

sagt. Schnell machte die Nachricht von der „dritten toten NSU-Zeugin" die Runde. Bereits im April 2014 war der ehemalige V-Mann Thomas Richter „Corelli" — laut Obduktionsbericht — an einer unbemerkten Diabetes-Erkrankung verstorben.

Anders als dieser gehörten Melisa M. und Florian H. aber nicht zum Kern der militanten Neonaziszene, aus der sich das NSU-Netzwerk speiste. Die beiden kannten sich vom gemeinsamen Schulbesuch in Bretten (Landkreis Karlsruhe). Politische Kontakte knüpfte Florian H. vor allem in Heilbronn. Dort näherte er sich 2010 als 17-Jähriger der rechten Szene an.

Er fand Anschluss in einem subkulturellen Milieu, das stark mit der örtlichen Drogen- und Trinkerszene verwoben war. Als Treffpunkte dienten der Stadtgarten an der „Harmonie" und umliegende Kneipen.

Innerhalb der Clique wurde mit verschiedenen Gruppennamen hantiert. Einer rief die „Kameradschaft Deutsche Einheit" (KDE) aus, ein anderer warb für ein „Schutzregiment" (SR). Auch von jener NSS, von der Florian H. später dem LKA erzählte, war die Rede. Mathias K. („Matze") aus Neuenstein will Mitglied der Organisation gewesen sein. In der ersten Jahreshälfte 2011 zeigte sich Mathias K. vermummt auf Facebook-Bildern und registrierte sich als Kunde beim neonazistischen „Versand der Bewegung". Vor dem Untersuchungsausschuss erzählte Mathias K. eine wilde Geschichte. Auf einem Neonaziaufmarsch in Dresden 2011 sei er Mitglied der bundesweiten NSS geworden — per Unterschrift auf einem Formular. Später habe er Florian H. als Mitglied geworben, aber nichts mehr von der Gruppe gehört.

Von Mathias K. führt die Spur ausgerechnet ins „Haus der Jugend" nach Öhringen, wo laut Florian H. das Treffen zwischen NSS und NSU stattgefunden haben soll. Mathias K.s Vater arbeitet dort als Sozialarbeiter. Belastbare Hinweise auf Kontakte zwischen den jungen Neonazis aus Heilbronn und dem NSU gibt es aber nicht. Auch, ob hinter dem NSS-Label eine handlungsfähige konspirative Struktur steckte, ist mehr als fraglich. Im Kontext einer rechten Großdemonstration am 1. Mai 2011 versuchte die rechte Szene Heilbronns allerdings tatsächlich, sich neu aufzustellen. Damals marschierten rund 800 Neonazis des „Nationalen und sozialen Aktionsbündnisses" durch die Neckarstadt. Auch Florian H. nahm teil und wurde von der Polizei vorübergehend in Gewahrsam genommen, weil er Quarzhandschuhe mit sich führte. Im April 2011 war im Stil der „Autonomen Nationalisten" eine „Aktionsgruppe Heilbronn" (AG Heilbronn) aufgetaucht. Mehrere Personen aus Florian H.s Umfeld waren Mitglied der AG, zum Beispiel Christian S. und Kevin Dennis-Peter U., beide mehrfach vorbestrafte Neonazis. Unterstützung kam auch aus anderen Regionen: Bei einer nachträglichen „Gründungsveranstaltung" der AG Heilbronn am 11. Juni 2011 waren Vertreter des „Karlsruher Netzwerks", des NPD-Landesverbandes und der frühere Vorsitzende der „Partei National Orientierter Schweizer" Sektion in Basel Philippe Eglin anwesend. Ebenfalls Mitglied der „Aktionsgruppe": Kai Ulrich S. aus Ilsfeld. Gegen ihn ermittelt das LKA, weil er der „Standarte Württemberg" Waffen besorgt haben soll. Gegen die Neonazi-Vereinigung ging die Polizei im Juli 2011 mit 21 Hausdurchsuchungen vor. Laut Ermittlern wollte sie „Ausländer aus Deutschland vertreiben, auch mit Waffengewalt". Florian H. blieb in der Heilbronner Szene eine Randfigur. Was er mitbekam oder wem er nacheiferte, bleibt ungeklärt. Die Arbeit der Ermittlungsbehörden hat auch in diesem Teil des NSU-Komplex bisher mehr Fragen als Antworten hinterlassen. •

1 Vgl. AIB Nr. 101: „Ein toter Zeuge"

NS-SZENE

„...die Antifa ist unser Feind, die Antideutschen sind unsere Feinde, diejenigen die unser Land verkaufen und jeden Tag verraten, das sind unsere Feinde, wacht endlich auf sonst ist es zu spät." Statements wie diese bestätigen einmal mehr das rechte Weltbild, welches die Bremer Band „Kategorie C - Hungrige Wölfe" (kurz „KC") noch vor Jahren versucht hatte unter dem Mantel des unpolitischen Fußballrocks zu verstecken. Mit ihrer neuen CD „Falsch gelebt", einer gleichnamigen Tour und allein acht beworbenen Konzerten bis Mai 2015 bleibt die Band um Hannes Ostendorf, Stefan Behrens, Julian und Florian Keil sowie Marcel Achtstätter ein umtriebiger Player im RechtsRock-Milieu.

„Kategorie C" – auch 2015 wird rechts gerockt

Auf den ersten Blick sind es scheinbar unverfängliche Songs über Gewalt im Fußball, mit denen sich die Band seit 18 Jahren einen Namen macht. Der wiederkehrende Tenor — „Wir" schlagen uns, „Wir" gewinnen, „Wir" verlieren — fördert das Gemeinschaftsgefühl zwischen Band und ZuhörerInnen. Eine eigene Security sowie ein Fanclub bestärken diese Zugehörigkeit.[1] Teil des Kults ist aber auch: „Wir sind deutsch".



Oben: Die Band „Kategorie C" ist ein umtriebiger Player im RechtsRock-Milieu.
Rechts: Konzert von „Kategorie C" im Oktober 2014 in Slowenien.

Zwischen biederen Gasthöfen und „Blood & Honour"

Damit der Kult funktioniert sind Konzerte als Erlebniswelt unabdingbar. Die Durchführung dieser wird aber immer schwieriger, denn der öffentliche Druck nimmt seit Jahren zu.

In Deutschland wird auf Veranstaltungsorte gesetzt, deren Eigentümer selbst der rechten Szene angehören, wie etwa am 9. Mai 2015 im thüringischen Kloster-Veßra. Tommy Frenck, Kader der rechten lokalen Partei „Bündnis Zukunft Hildburghausen", etablierte diesen Ort, den Gasthof „Goldener Löwe", als Garant für durchführbare Konzerte. Neben Frencks Gasthof machen rechte Immobilien wie die „Erlebsnisscheune" in Kirchheim oder die „Kammwegklause" in Erfurt gerade Thüringen zu einem Konzert-Paradies. Trotz behördlicher Auflagen ist solch ein Rahmen der komfortabelste, doch nicht in jedem Bundesland auffindbar. Unter einem Vorwand angemietete Hallen, oftmals im Grenzgebiet zu Frankreich oder den Niederlanden, sind beliebt, um „KC"-Konzerte durchzuführen, doch können sie kurzfristig vom Vermieter storniert werden, wenn eine antifaschistische Aufklärung stattfindet. Allein 2015 konnten so drei von fünf bis April beworbene Auftritte verhindert werden.[2]

Dass aber auch die VeranstalterInnen Einfluss auf den Verlauf von Konzerten haben, zeigt das Beispiel Schweiz. Schon zwei Mal versuchte „KC" im letzten halben Jahr dort ein Konzert zu geben. Ihr Scheitern an den Schweizer Behörden am 14. März diesen Jahres lässt sich mit dem Hintergrund des Veranstalters erklären. Jonas Schneeberger, dessen Kontaktadresse auf den Flyern stand, ist Mitglied der „Legion Werwolf". Diese neonazistische Bruderschaft ist nicht nur eng mit „Blood & Honour", sondern auch mit der norddeutschen „Weiße Wölfe Terrorcrew" (WWT) verbunden, deren „Sektion Helvetia" Schneeberger und Sébastien Nußbaumer gründeten. Nußbaumer, 2012 auf der Flucht nach Norddeutschland verhaftet, gilt als einer der Drahtzieher der rechts-militanten Organisation „Werwolf Kommando".[3]

Dass „KC" immer wieder in solchen Strukturen aufspielt, ist lange bekannt, denn außerhalb Deutschlands ist es allen voran das „Blood & Honour"-Netzwerk, kurz „B&H", zu denen „KC" Verbindungen hat. 2011 waren sie zu Gast bei „Lyon Dissident", einem Ableger der französischen „B&H-Division

Lugdunum". Im gleichen Jahr traten sie im Rahmen ihrer Tour im griechischen Trikala im „Skinhouse Hellas" der „Hellas Skins", 2012 zusammen mit der rechten schwedischen Sängerin „Saga" in Budapest auf und im selben Jahr mit zwei NS-Hardcore-Bands in Kiew. Veranstaltet wurde letzteres Konzert von der Kampfsportmarke „Sva-Stone", dem ukrainischen Pendant zum russischen Label „White Rex". Diese luden die Band wiederum 2014 gemeinsam mit „B&H Hexagone" zu einer Kampfsport-Gala ins französische Lyon ein. Erwähnenswert ist auch ihr Auftritt 2014 in Norditalien zusammen mit italienischen und griechischen Bands auf einer Veranstaltung der „Veneto Fronte Skinheads", dem italienischen Arm von „B&H".

Den bisher krönenden Höhepunkt ihrer Historie in „B&H"-Gefilden markiert das Konzert in Slowenien am 25. Oktober 2014. Ausgerichtet von der „Crew 28" spielten sie vor rund 400 ZuschauerInnen in einer Lagerhalle, deren Dekoration von Bannern verschiedenster „B&H -Divisionen" und Hakenkreuzen nur so strotzte. Vor Neonazis aus ganz Europa spielten sie gemeinsam mit dem „B&H"-Urgestein „Brutal Attack" und den schwedischen „Pitbull Farm", mit denen sich „KC" auch regelmäßig die Bühne in Deutschland und Schweden teilte.

Leitwolf Ostendorf

„KC"s Umtriebe und Beständigkeit innerhalb der Szene dürfte durch Sänger Hannes Ostendorf erklärbar sein. Seit Anfang der 1990er Jahre ist er Teil der Bremer „B&H"-Vorzeigeband „Nahkampf", deren Songs auf Samplern wie „Blood & Honour Vol. 3" vertreten sind. Erschienen war dieser 1998, ein Jahr nach Gründung von „KC". 2001 veröffentlichte der Rechtsrock-Versand der NPD „Pühses Liste" eine Split-CD von „Nahkampf" mit der russischen Band „Kolovrat" (dt. Hakenkreuz). Jens Pühse, verantwortlich für den Versand, war in den 1990ern Kader der „Nationalistischen Front", gemeinsam mit Henrik Ostendorf, dem älteren Bruder von Hannes (siehe AIB Nr. 76 „Drei Söhne Bremens").

Henrik Ostendorf, zusammen mit Bruder Hannes aktiver Hooligan der „Standarte Bremen", war in den 2000ern nicht nur an der Durchführung von „B&H"-nahen Konzerten beteiligt, sondern seit 2009 zwischenzeitlich Geschäftsführer des „Deutsche Stimme-Verlag", welcher wiederum „Pühses Liste" beheimatete. Im Moment vertreibt Henrik das Heft „Ein Fähnlein", in dem NS-Kriegsverbrechern gehuldigt wird.

Sei es durch Henriks braune Geschäfte oder durch Kontakte aus dem Stadion — denn auch Pühse war bis 2011 Mitglied beim SV Werder Bremen — Hannes hatte nicht nur die Voraussetzungen, um das Projekt „Nahkampf" mit umzusetzen, er schuf auch den Rahmen für Konzerte von „KC". Zwar bestreitet er seine Mitarbeit bei „Nahkampf", doch spätestens Fotos vom verhinderten NPD-Bayerntag im Mai 2014 in Scheinfeld dürften arg an der Glaubhaftigkeit dieser Aussage zweifeln lassen. Zu sehen sind er und „KC"-Gitarrist Stefan „Ernie" Behrens, sichtlich geknickt im Gespräch mit Bereitschaftspolizisten am Rande der Veranstaltung, auf der neben anderen bekannten Rechtsrock-Bands auch „Nahkampf" hätte spielen sollen.[4]

Fußball bleibt Fußball?

Selbst wenn man Ostendorfs Aktivitäten außerhalb von „KC" außer Acht lassen würde, können auch die Auftritte im Fußball-Spektrum den unpolitischen Habitus nicht bekräftigen.

Es ist ein „Who-is-Who" der rechten Kurven, betrachtet man diese: „Westwall Aachen", „Rotfront Kaiserslautern", „Borussenfront Dortmund", „Blue Caps Leipzig". Auch zum 5-jährigen Bestehen der „Legion Germania" 2014, einem Zusammenschluss rechter Hooligans des BFC Dynamo, Lazio Rom und LOK Leipzig, war ein Konzert mit „KC" in Berlin geplant. Und prompt, um dieser Geselligkeit Nachdruck zu verleihen, präsentierte sich „KC" mit einem Banner der „Legion" bei einem ihrer folgenden Konzerte im schottischen Bathgate. Was bleibt dann vom unpolitischen Mythos der Band übrig? Eigentlich nichts. Und das weiß auch ihr Publikum.

Andreas „Kalle" Kraul, Kader und neben Hannes Ostendorf Redner der „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa), verdeutlichte dies mehr als vielleicht gewollt, in dem er auf der Demonstration am 26. Oktober letzten Jahres in Köln die Band mit den Worten ankündigte: „...wir haben hier ein paar junge Männer, die haben die Nacht durchgemacht, sind 1.500 km gefahren, um bei uns zu


Foto: Screenshot von facebook.com

sein...". 1.500 km, welche die Band zurücklegen musste, um vom „B&H"-Konzert in Slowenien nach Köln zu reisen.

Soundtrack für Pogrome?

„Kategorie C" ist und bleibt ein Bindeglied zwischen all den rechten Spektren. Gefeiert von Hooligans wegen ihrer authentischen Rolle und beliebt bei Neonazis wegen ihrer Aktivität innerhalb der Szene, darf „KC" als einmalig im RechtsRock-Bereich angesehen werden. Sie kleiden ein weitreichendes Spektrum musikalisch ein und verbreiten eine rechte Stimmung, deren Resultate sichtbar werden: die unsäglichen Demonstrationen von PEGIDA, HoGeSa & Co., Attacken auf Flüchtlingsheime und Gewalt gegen Antifaschist_innen.

Wie lang wird es wohl dauern, bis in etwaigen Prozessen gegen rassistische Täter der Satz auftaucht: „Bevor wir los zogen, um Flüchtlinge anzugreifen, putschten wir uns mit Liedern von ‚Kategorie C' auf..."?

Um dem entgegenzuwirken muss eine breite öffentliche Sensibilisierung durch antifaschistische Gruppen stattfinden, die zum Ziel hat, den unpolitischen Mythos von „KC", am Stammtisch und im Stadion, gänzlich zu zerstören. •

1 Fanclub „RückKendeCkung" **2** 21. Januar in Duisburg-Marxloh, 21. März in Ostfriesland, 18. April bei Fribourg/Schweiz **3** Siehe info.antifa.ch **4** antifa-bremen.org: „Nahkampf fährt ab"

NS-SZENE

Neonazi-Überfall in Ballstädt aufgeklärt?

KAI BUDLER

15 Monate nach dem brutalen Überfall von Neonazis in Ballstädt im Landkreis Gotha (Thüringen) hat die Staatsanwaltschaft Erfurt nun eine Anklage wegen Körperverletzung gegen 15 Neonazis erhoben. Bei der Gewaltattacke hatten bis zu 20 vermummte Neonazis am 9. Februar 2014 in Ballstädt eine Feier der Kirmes-Gesellschaft gestürmt, zehn Menschen teils schwer verletzt und in den Räumen erheblichen Sachschaden angerichtet.[1] Die LKA-Ermittlergruppe „Zentrale Ermittlungen und Strukturaufklärung — rechts" (ZESAR) hatte daraufhin 17 Verdächtige ermittelt und knapp 200 Spuren ausgewertet. Eine Woche nach dem Überfall waren vier Männer und eine Frau festgenommen worden, der einschlägig vorbestrafte Thomas Wagner, Frontmann der Rechtsrock-Band „Sonderkommando Dirlewanger" (SKD), kam in Untersuchungshaft. Weil er gestand, an der Tat beteiligt gewesen zu sein, kam er im April 2014 wieder auf freien Fuß.

Erneutes Behördenversagen?

In dem Ort mit 700 Einwohner_innen ist die Angst geblieben. Daran hat auch die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises an die „Ballstädter Allianz gegen Rechts" für ihre Arbeit gegen Neonazis nichts geändert. Noch immer wartet man hier auf die juristische Aufarbeitung, und auch nach der Anklageerhebung ist der Prozessbeginn noch nicht in Sicht. Im Juli 2014 berichtete die parteilose Bürgermeisterin Erika Reisser über die Stimmung im Ort: „Es hat sich nichts geändert, die Angst steckt schon in den Leuten noch drinnen". Politiker_innen der Partei „DIE LINKE" kritisierten im Zusammenhang mit der Anklageerhebung zum Ballstädt-Überfall, dass in der Pressverlautbarung der Staatsanwaltschaft das in der rechten Gesinnung wurzelnde Motiv der Tat keine Erwähnung gefunden habe. Auch der Thüringer Verfassungsschutz geriet in diesem Fall wieder einmal unrühmlich in die Öffentlichkeit. Der Fernsehsender MDR hatte im Februar 2014 darüber berichtet, dass er die telefonische Verabredung zum brutalen Überfall von Ballstädt zwar abgehört, aber angeblich erst Tage danach ausgewertet habe.

Von Crawinkel nach Ballstädt

2013 war Thomas Wagner in die ehemalige Bäckerei („Gelbes Haus") in Ballstädt gezogen, die der Neonazi André K. mit Steffen Mäder aus dem Umfeld der Band „Sonderkommando Dirlewanger" (SKD) erworben hatte. Doch anders als ursprünglich geplant konnte Steffen Mäder dort nicht einziehen: Er wurde im Jahr zuvor in Österreich verhaftet und später wegen Beteiligung am extrem rechten, kriminellen Netzwerk „Objekt 21" zu knapp vier Jahren Haft verurteilt.[2] Die Rechtsrock-Band „Sonderkommando Dirlewanger" (SKD) war 2005 gegründet worden und benannte sich nach der SS-Sondereinheit Dirlewanger von Oskar Dirlewanger, die in großem Ausmaß Kriegsverbrechen beging. Auf den Covern ihrer Tonträger kokettiert SKD ungeniert mit dem Hakenkreuz. Die Band produzierte mehrere CDs und ist auf zahlreichen Split-CDs und Samplern vertreten. Dazu gehören auch Veröffentlichungen der im Jahr 2000 verbotenen „Division Deutschland" des Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour". Vor dem Umzug nach Ballstädt hatte die Neonazi-Band ihren Schwerpunkt in einem von Bandmitgliedern gekauften Haus im 30 Kilometer entfernten Crawinkel, das daraufhin zum Ort für Neonazi-Konzerte und -Feiern wurde. Die Bewohner und ihr Umfeld nannten sich „Hausgemeinschaft Jonastal" und wählten wohl nicht zufällig die Abkürzung „HJ". Die Gruppierung fiel seit 2012 immer wieder durch gewalttätige Aktionen auf: Vor einem linksalternativen Hausprojekt sollen Mitglieder eine „Kugelbombe" gezündet haben, für ein Foto unter dem Titel „NSU Reloaded" posierten sie mit Anscheinswaffen. So wundert es nicht, dass aus dem Umfeld dieser Kameradschaft der Großteil der Personen stammt, die verdächtigt werden, an dem Überfall in Ballstädt beteiligt gewesen zu sein. Dazu gehören die dritte Bewohnerin vom „Gelben Haus" in Ballstädt Christina H., die seit 2012 zum Umfeld des ehemaligen rechten Hausprojekts in Crawinkel zählte, und ihr Freund Tony St.. Der mindestens seit knapp zehn Jahren aktive Neonazi zählt seit langem zur Gothaer Kameradschaftsszene und zum Umfeld der „Hausgemeinschaft Jonastal". Durch die langjährigen Verbindungen zu SKD führen die Spuren des Überfalls auch in die Thüringer Rechtsrock-Szene wie zu dem Rechtsrock-Musiker Rocco B. sowie Mitgliedern der extrem rechten Bands „Skuld" und „Unbeliebte Jungs" oder „Volksverhetzer". Die Ermittlungen richten sich auch gegen die langjährige Neonazi-Aktivistin Ariane Sch., die der „Kameradschaft Jonastal" zugerechnet wird und nach der Verhaftung von Thomas Wagner ein Spendenkonto eingerichtet hat. Damit sollten offenbar Zahlungsschwierigkeiten bei





Foto: Haskala

Links: Thüringer Neonazis posierten unter dem Titel „NSU Reloaded" öffentlich mit Anschein-Waffen. In der oberen Reihe zeigten sich Thomas Wagner (1.v.l.) und Steffen Mäder (1.v.r.). In der unteren Reihe präsentierten sich Tony St. (2.v.r.) und Rocco B. (2.v.l.).

Rechts: Das Neonazi-Hausprojekt in Crawinkel forderte auf einem Transparent die Freilassung des NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben („Wolle").

der Abzahlung des Hauskredites aufgefangen und die Beschuldigten während des laufenden Verfahrens finanziell unterstützt werden. Im Visier der Ermittler steht auch Marcus R., der seit 2005 durch Straf- und Gewalttaten von sich reden macht und als Model für das Neonazi-Mode-Label „Ansgar Aryan" posierte.

Ungebremster Neonazi-Aktionismus

Die regionalen Neonazis sind in ihrem Aktionismus trotz der drohenden Verfahren weiter ungebremst, wie spätestens die Ereignisse in Ballstädt Anfang Dezember 2014 zeigten. Dort entpuppte sich eine „private Weihnachtsfeier" in der alten Bäckerei als illegales Neonazi-Treffen mit knapp 100 Teilnehmenden aus mehreren Bundesländern. Inzwischen wird das „Gelbe Haus" auch als Sitz des Labels „Frontschwein Records" mit seinem Geschäftsführer Thomas Wagner genannt. Über die Mailadresse des Labels können Karten für Rechtsrock-Konzerte im knapp 50 km entfernten Kirchheim bezogen werden. Die dortige „Erlebnisscheune" ist einer der zentralen und zeitweise der meist frequentierte Veranstaltungsort der extremen Rechten im Freistaat Thüringen. Dort begann drei Wochen nach dem Neonazi-Treffen in Ballstädt die von Wagner initiierte Rechtsrock-Konzertreihe „Rock am Kreuz" mit fünf angekündigten Bands. Bei der zweiten Auflage im April 2015 traten u.a. „Die Lunikoff Verschwörung" des ehemaligen „Landser"-Sängers Michael Regener auf sowie die Rechtsrockband „Radikahl", deren „Hakenkreuz-Lied" sich in der Szene großer Beliebtheit erfreut. Darin heißt es: „Hängt dem Adolf Hitler den Nobelpreis um, hisst die rote Fahne mit dem Hakenkreuz".

Politischer Umgang vor Ort gesucht

Die Antifa Suhl/Zella-Mehlis formulierte anlässlich einer „Demonstration gegen Naziterror und alltäglichen Rassismus in Gotha" den antifaschistischen Anspruch „(...) die Nazis nicht bloß aus Ballstädt, Crawinkel und Kirchheim ins nächste Kaff zu verjagen, sondern ihnen die Bedingungen ihrer Existenz zu entziehen — wohlgemerkt, nicht in der Weise, sie zu töten, sondern den Prozess, der Einzelne zu Nazis werden lässt, aufzuhalten." Ihr Aufruf lautete: „Organisiert euch in antifaschistischen Initiativen, vernetzt euch mit anderen, bildet euch und andere." Für ihren Ort Ballstädt wünscht sich Bürgermeisterin Reisser eine Normalisierung des Alltagslebens, dafür aber brauche es einen Schlussstrich und zunächst einmal eine Anklage. Die liegt jetzt zwar vor, nachdem alle der etwa 30 Rechtsanwält_innen Akteneinsicht erhalten haben. Doch selbst wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kommen sollte, weckt ein Vergleichsfall im nahen Erfurt schlimme Befürchtungen. Zwei Jahre nach einem Überfall auf die Besucher_innen einer Kunstausstellung mit mehreren Verletzten mussten sich vor Gericht sieben Personen u.a. wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung, Widerstand und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten. Doch nach der langen Zeitspanne wurde nur gegen den Hauptangeklagten eine Haftstrafe verhängt, drei Angeklagte erhielten Bewährungsstrafen, zwei Personen wurden freigesprochen. Gegen einen weiteren angeklagten Neonazi war das Verfahren schon vor der Urteilsverkündung eingestellt worden. Die meist gehörte Aussage im Gerichtssaal lautete zwei Jahre nach dem Überfall: „Ich weiß es nicht mehr, ich kann mich nicht erinnern". •

1 AIB Nr. 102: „Neonazi-Überfall in Thüringen" **2** AIB Nr. 98: „Objekt 21. Neonazistische trifft organisierte Kriminalitat"

BRAUNZONE

Weihnachten 2009 starb das Mädchen Sighild B. im Alter von nur vier Jahren an multiplem Organversagen in Folge von Überzuckerung. Ihre Eltern Baldur B. und Antje B. mussten sich fünf Jahre später vor dem Landgericht Hannover verantworten, weil sie dem Kind Insulin in lebensnotwendigen Dosen vorenthielten. Sie wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Zuvor hatten der 32-jährige Vater und seine vier Jahre jüngere Ehefrau ärztliche Kontrollbesuche verweigert und sich laut Zeugenaussagen lieber mit den dubiosen Behandlungsmethoden der „Germanischen Neuen Medizin" (GNM) des antisemitischen Verschwörungstheoretikers Ryke Geerd Hamer beschäftigt.

Die „Germanische Neue Medizin"

Zum Tod von Sighild B.

Davon war allerdings in der „Homestory" unter dem Titel: „Ein Kind stirbt" in der extrem rechten Zeitschrift „ZUERST! — Deutsches Nachrichtenmagazin" wenige Monate später nichts zu lesen. Das Kind sei „ohne erkennbaren Grund" und „still und ohne Schmerzen" gestorben. Erwähnt wurde nur, dass Sighild B. auf der „Ahnenstätte Hilligenloh" nahe Bremen beerdigt werden sollte, einem Friedhof, der jahrelang den antisemitischen und völkisch-religiösen „Ludendorffern" zugeordnet wurde. An der Beisetzung nahm Augenzeugenberichten zufolge auch der NPD-Fraktionschef Udo Pastörs aus Mecklenburg-Vorpommern teil.

Eine völkische Familiengeschichte

Die Eltern von Sighild B. bewegten sich von Geburt an in der rechten, vor allem völkisch geprägten Szene. Antje B.'s Vater, Holger J. aus Wildeshausen gilt als Führungsfigur der rassistischen und völkisch-religiösen „Artgemeinschaft — Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung". Baldur B. und seine elf Geschwister wuchsen im sächsischen Wasserschloss Noschkowitz auf, nachdem ihr Vater Raimund B., ein bekannter Revisionist, Österreich verlassen hatte. Zuvor war Raimund B. Schatzmeister der später verbotenen „Nationaldemokratischen Partei" in Österreich und Schlussredner beim Holocaust-Leugner-Kongress „Wahrheit macht frei" 1990 in München. In dem noch immer existenten



Förderverein des Schlosses Noschkowitz stehen auch bekannte rechte Namen auf der Mitgliederliste. So der rechte Verleger Roland Bohlinger, der jetzige baden-württembergische NPD-Vorsitzende Alexander Neidlein sowie Marc Müller vom Neonazi-Verein „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". Die Kinder der Familie B. wurden zu den Lagern der neonazistischen „Wiking-Jugend" (WJ) geschickt. Baldur B. und Antje B. gaben vor Gericht an, sich als Jugendliche „beim Tanzen" kennengelernt zu haben. Die junge Frau wurde schwanger und das Paar kam zunächst bei Baldur B.'s Schwiegereltern in Wildeshausen unter. Es besuchte einige Treffen der „Artgemeinschaft" in Ilfeld und nahm an einem „Arbeitseinsatz" auf dem damaligen Neonazi-Treffpunkt „Heisenhof" in Dörverden teil. 2007, zwei Jahre vor Sighild B.'s Tod, erhielten sie die Diagnose der schweren Diabetes für ihr Kind.

Die Mutter besuchte dann laut Zeugen einen Personenkreis in Uelzen in der Lüneburger Heide, der sich mit der „Germanischen Neuen Medizin" (GNM) von Ryke Geerd Hamer beschäftigte. Vor Gericht relativierte Antje B. diese Anhängerschaft, wo sie behauptete, sie habe dort nur eine Freundin, die Tochter der führenden Neonazi-Funktionärin Edda Schmidt, besuchen wollen.

„Germanische Neue Medizin"

Mehrere Zeugen vertraten im Prozess die Meinung, die Eltern hätten nach und nach das Insulin reduziert. Der Onkel des Mädchens belastete seinen Bruder und die Schwägerin schwer. Vor allem Antje B. habe Rat bei der „Germanischen Neuen Medizin" gesucht. Der deutsche Arzt Hamer darf aufgrund seiner fragwürdigen Behandlungsmethoden seit 1986 nicht mehr in der Bundesrepublik praktizieren. Seine Botschaft: Alle Krankheiten beruhen auf inneren Konflikten, löse man diese, verschwinde auch die Krankheit. Die Schulmedizin schade dem Heilungsprozess oft.

Nebenher fallen diverse Hamer-AnhängerInnen als AntisemitInnen auf. In seinen



Ryke Geerd Hamer propagiert eine dubiose „Germanische Neue Medizin".

Büchern findet sich Verschwörungsideologie wie diese: „Unsere treugläubigen Gutdenk-Menschen [werden] von einer jüdischen Regierung wie die Lämmer in den Schlachthof zum Schächten dirigiert." Antje B. besorgte sich Bücher der GNM, der Uelzener Personenkreis lud einen der bekanntesten Vertreter der Hamerschen Lehre, Helmut Pilhar, ein. Der behauptet, die schulmedizinische Chemotherapie sei eine Erfindung der Juden, wie das NDR-Magazin „Panorama 3" berichtete. Hamer selbst hatte erklärt: „Wir Nichtjuden werden gezwungen, weiterhin die jüdische Schulmedizin zu praktizieren. [...] 15 Millionen Eurer Mitbürger aus Eurem Volke sind in den letzten 20 Jahren [durch diese] umgebracht worden."[1] Antje B. soll mit Ryke Geerd Hamer telefoniert haben, der habe dem Kind einen „Wasserkonflikt" bescheinigt. Hamer riet ihr anscheinend nicht vom Insulin ab, forderte sie aber auf, den Sturz ins Wasser als Schockerlebnis wahrzunehmen und zu behandeln. Hamer musste sich in der Vergangenheit immer wieder vor Gerichten verantworten, weil er Patient_innen in akute Lebensgefahr gebracht haben soll.

Völkische Siedlergemeinschaft

Die Familie B. verfügte über diverse politische Kontakte. Vom Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke bis hin ins völkische Siedlernetzwerk zwischen Koppelow und Lalendorf in Mecklenburg.[2] Nach dem Tod von Sighild B. gründeten sie eine Siedlergemeinschaft in der Wedemark in Sachsen-Anhalt.

2010 war die inzwischen fünfköpfige Familie von Niedersachsen nach Sachsen-Anhalt umgezogen. Rund 60 Hektar wollte Baldur B. nun gemeinsam mit einem seiner Brüder bewirtschaften. Es wurden Firmen und eine Stiftung namens „Lebenshilfe" gegründet und der Versuch gestartet, über Zwangsversteigerungen und Humusgewinnung Geld zu erwirtschaften. Außerdem wurden weitere (rechte) SiedlerInnen angeworben. Im Prozess in Hannover erweckten die jungen Eltern 2014 den Eindruck, der Diabetes-Diagnose nicht die benötigte Aufmerksamkeit gegeben zu haben. Das kleine Mädchen sei immer „genügsam und lieb" gewesen. Die Mutter Antje B. räumte schließlich ein, wegen einer Erkrankung am Tag vor Heiligabend 2009 im Bett gelegen zu haben und nicht an das Insulin gedacht zu haben. Auch ihr Ehemann hatte keine Erinnerung daran, ob er Sighild B.'s Werte routinemäßig gemessen habe. Überhaupt schien er nur wenig über die lebensbedrohlichen Folgen für seine Tochter gewusst zu haben. In vielen völkischen Familien gilt laut Berichten von Szene-Insidern noch heute die Devise, den Nachwuchs möglichst abzuhärten und die Kinder viel sich selbst zu überlassen. Womöglich traf dies auch auf die Familie B. zu. Aufmerksame Ärzt_innen des Klinikums Braunschweig hatten nach der Diagnose 2007 zunächst noch das Jugendamt benachrichtigt. Eine Ärztin berichtete im Zeugenstand, die Eltern hätten etwas von einer „Rohkost"-Therapie erzählt, die Schulmedizin offensichtlich abgelehnt. Das Landgericht Hannover konnte den Eltern nicht eindeutig nachweisen, zu wenig Insulin verabreicht zu haben, daher blieb es bei einer Bewährungsstrafe wegen fahrlässiger Tötung.

Antisemitische Verschwörungstheorien

Laut NDR meldete sich nach dem Urteil Ryke Geerd Hamer zu Wort. Mit dem Tod des Mädchens wolle er nichts zu tun haben, für ihn könne nur eine „vorsätzliche Logen-Tötung mit Hilfe eines Todes-Chips" in Frage kommen. Auch bei anderen verstorbenen Patient_innen der GNM war behauptet worden, in der Behandlung im Krankenhaus hätten diese unbemerkt einen Chip implantiert bekommen, so dass man sie „punktgenau ausknipsen konnte".[3] Hinter der Aussage zu Sighild B.'s Tod stehen u.a. antisemitische Verschwörungsideologien der GNM. So behauptete Hamer in einem anderen Zusammenhang, „jüdische Logen" würden gegen seine GNM vorgehen. „In Deutschland kriegt kein Jude Chemo" ist eine weitere seiner Behauptungen. Denn durch die Kanülen bei der Chemotherapie werden Hamers Aussagen nach besagte „Chips" eingepflanzt, die mit „Giftkammern" versehen seien, die per Satellit ausgelöst werden könnten, um Patient_innen gezielt zu töten.[4]

Man ist geneigt die dubiosen GNM-"Theorien" als wirre Spinnereien abzutun, jedoch werden sie in manchen Kreisen durchaus ernst genommen werden. Wenn völkische Kreise in manchen Regionen unkontrolliert wirken, können sie hier zu einer realen Bedrohung werden. •

1 Dr. Ryke Geerd Hamer: Germanische Neue Medizin-Teil 2. In: Forum der Neuen Medizin. Dr. Ryke Geerd Hamer, 18. September 2003 **2** Vgl. AIB Nr. 75: „Von Okobauern und Artamanen" **3** Krebstod einer Zwölfjährigen. "Wunderheiler" versprach Hilfe – und Susanne starb doch. Augsburger Allgemeine, 20. Januar 2010 **4** Report Munchen: Todesfalle Germanische Neue Medizin. ARD, 18. Januar 2010

EX-JUGOSLAWIEN

„Wir wollen eine andere Art des Denkens förden“

Interview mit der Redaktion des linken Magazin „Margina“

Seit wann gibt es „Margina“ und aus welcher Motivation und politischen Situation heraus habt ihr euch entschieden, ein antifaschistisches Magazin zu publizieren?
Mit „Margina“ haben wir Mitte 2013 begonnen und bisher vier Ausgaben herausgebracht. Das Heft erscheint zweimal pro Jahr. Die Idee einer Zeitschrift gab es unter uns, die schon länger in unterschiedlichen Projekten aktiv waren, seit einiger Zeit. Zuvor hatten wir immer wieder verschiedene einzelne Publikationen zu Themen wie Geschichtsrevisionismus, antifaschistisches Erbe oder Perspektiven linksradikaler Organisierung im ehemaligen Jugoslawien usw. gemacht. „Margina“ ist allerdings nicht nur ein antifaschistisches Magazin, sondern behandelt auch viele andere Themen.

Was sind eure thematischen Schwerpunkte?
„Margina“ ist ein Magazin, dass sich mit kritischer Theorie, Philosophie, Geschichte, alternativer Kultur und Jugendsubkulturen beschäftigt.

Wer sind die Herausgeber_innen und wie seid ihr organisiert? Ein Redaktionskollektiv? Eine Antifagruppe? Ein Verein? Angegliedert an eine Partei?
Wir sind als Herausgeber in der Gruppe „Alternative Kulturorganisation“ (AKO) organisiert und bringen die Zeitung darüber heraus. Die AKO ist eine Gruppe, die seit einem Jahrzehnt besteht und sich mit den selben Themen beschäftigt, wie „Margina“. Im Laufe der Jahre haben wir uns mit Fragen wie der Klerikalisierung des Landes, Geschichtsrevisionismus und der extremen Rechten in Serbien bzw. im ehemaligen Jugoslawien, Sozialtheorie und verschiedenen Aspekten der Jugendarbeit befasst. In dem Rahmen haben wir eine Vielzahl von Projekten, Konferenzen, Workshops und Seminaren organisiert. Natürlich prägte uns von Anfang an ein linkes, antifaschistisches Weltbild und die Ablehnung des rechten und nationalistischen, geistigen Klimas, das alle Aspekte der serbischen Gesellschaft der letzten 25 Jahre durchzieht. Alle Mitwirkenden der „Margina“ sind eng mit der lokalen antifaschistischen Bewegung verbunden. Was politische Parteien in Serbien angeht, haben wir keinerlei Nähe zu irgendeiner davon. Kurz gesagt, „Margina“ wird nur von den Menschen, der Redaktion und Mitarbeiter_innen und gelegentlichen Autor_innen, veröffentlicht. Die Finanzierung erfolgt über die AKO, die für das Magazin Projektmittel beim Ministerium für Jugend und Sport der Autonomen Provinz Vojvodina (nördliche Region von Serbien) beantragt hat.

An welche Zielgruppe wendet ihr euch und was ist die geografische Reichweite des Blattes?
Das Magazin ist grundsätzlich thematisch so ausgerichtet, dass es einen sehr weiten und spektrenübergreifenden Teil der Bevölkerung ansprechen soll, der bereits irgendeine Form von progressiver, linker politischer Ansicht vertritt oder solchen Ideen zumindest nahesteht. Die einzelnen Ausgaben beinhalten immer wieder auch Artikel, die sich an ein eher akademisches Publikum richten, das sich zum Beispiel mit Sozialwissenschaften beschäftigte, aber auch politische Aktivist_innen und junge Menschen aus Subkulturen (insbesondere die Punk-Szene) sind Teil unserer Zielgruppe.

Die Region des ehemaligen Jugoslawiens ist, trotz aller bisherigen Bemühungen der Nationalisten, ein gemeinsamer Kulturraum aufgrund der gemeinsamen Sprache. Deswegen können wir in all diesen Ländern nicht nur verstanden werden, sondern haben uns das Ziel gesetzt, alle Menschen, die links orientiert sind oder solchen Ideen nahestehen, hier in der Region zu erreichen. Auch weil es einen chronischen Mangel an alternativen Medien im Raum des ehemaligen Jugoslawien gibt.

Steht ihr vor besonderen Problemen aufgrund der Zersplitterung der Region und dem starken Nationalismus in den jugoslawischen Nachfolgestaaten?
Auf uns als Redaktion hat Nationalismus keinerlei Einfluss, abgesehen von der Tatsache, dass er ständiger Gegenstand unserer Kritik ist. Durch die Arbeit an dem Magazin versuchen wir, mehr Menschen aus den anderen post-jugoslawischen Staaten, die wir aus der lokalen Aktivist_innen-Szene kennen, zusammenzuführen und die Verbindungen zwischen den freidenkenden Menschen in der Region zu stärken. Wir sind der Meinung, dass der Kampf gegen Nationalismus einer der wichtigsten in unserer Gesellschaft ist. Der Nationalismus ist



immernoch die Wurzel allen Übels in der Balkanregion.

***Margina* heißt übersetzt Rand und Grenze. Warum habt ihr euch für diesen Namen entschieden?**

Die Geschichte zu unserem Namen ist ähnlich wie die von vielen Punkbands, die ihren ersten Gig planen aber noch keinen Namen haben und sich bis kurz vor dem Auftritt darüber den Kopf zerbrechen. So war es auch bei uns.

Wir glauben, es ist der geeigneteste Name für die inhaltlichen Positionen, die wir unter den aktuellen lokalen und globalen sozioökonomischen Umständen in unserem Heft vertreten. Denn in der heutigen Gesellschaft ist jeder, der auf die Stärkung der extremen Rechten, auf die Ursachen der globalen Wirtschaftskrise und die großen Unterschiede bei der materiellen Verteilung unter den Menschen hinweist, an den Rand gedrängt. Jeder, der die vielen Fragwürdigkeiten der modernen Welt einer kritischen Überprüfung unterzieht, ist an den Rand gedrängt. Deshalb wollen wir mit dem Magazin eine andere Art des Denkens fördern, anders als die dominante, d.h. die offizielle Form, aber ohne falsche Illusionen hinsichtlich unseres Versuchs.

Ist das Projekt international mit anderen linken Medien oder auch Aktivist_innen vernetzt? Bzw. haltet ihr einen kontinuierlichen Austausch mit internationalen Projekten wie dem AIB für sinnvoll? Wie könnte der aussehen?

Ja, es gibt eine Kooperation mit Aktivist_innen und Autor_innen aus unserer Region, und auch aus anderen Teilen Europas. Einige von ihnen sind regelmäßige Autor_innen in der „Margina". Ein konstanter Austausch oder eine Kooperation mit ähnlichen Magazinen im Ausland existiert derzeit nicht. Aber wir sehen natürlich, dass solche Formen der Kooperation von beiderseitigem Nutzen sind.

Trotz der heutigen globalisierten Welt, hat jede Gesellschaft ihre eigenen lokalen Besonderheiten. Das Wissen darum ist notwendig für ein besseres Verständnis der Prozesse und gesellschaftlichen Konflikte. Die Strategien des antifaschistischen Kampfes und der Kampf für soziale Gerechtigkeit hängen sehr stark von diesen lokalen Besonderheiten ab. Aus unserer Erfahrung können Strategien oft nicht eins zu eins von einer Gesellschaft zur anderen übertragen werden. Was in Deutschland funktioniert, geht nicht unbedingt in Serbien, und umgekehrt. Wir denken, dass Zeitungen wie die unseren neben einem Austausch von Artikeln über lokale Probleme, auch weitergehend zusammenarbeiten könnten, indem wir Dialoge über breitere theoretische und ideologische Themen öffnen, die notwendiger denn je für eine globale Linke sind.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Glück!

Macht eure fantastische Arbeit weiter!

Kontakt: marginacasopis@gmail.com

GESELLSCHAFT

In einem neuen Berliner Modellprojekt sollen salafistische Jugendliche „deradikalisiert" werden. An der Umsetzung beteiligt sind ein Verfechter des Konzepts der akzeptierenden Jugendarbeit mit Neonazis, ein früherer Neonazi und das Landesamt für Verfassungsschutz.

Extremismusexperten an der Front gegen „jihad-salafistische" Jugendliche

Fast wöchentlich veröffentlichen die Verfassungsschutzbehörden aktuelle Zahlen über die Anzahl der Menschen, die nach Syrien oder Irak reisen, um den Islamischen Staat (IS) zu unterstützen. Die offizielle Statistik der „foreign fighters" aus Deutschland gilt darüber hinaus als stichhaltiger Anhaltspunkt für eine zunehmende salafistische Radikalisierung und Fanatisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Sicherheitsbehörden sind alarmiert: Für sie stellen die Jugendlichen nicht nur in den Zielländern ihrer Reise, sondern auch in der Bundesrepublik eine zunehmende, womöglich terroristische Gefahr dar.

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der das Landesamt für Verfassungsschutz untergeordnet ist, hat im April 2015 ein neues Deradikalisierungsprojekt gestartet, um der gewaltbereiten Salafisten-Szene Berlins mit sozialpädagogischen Angeboten zu begegnen. Mit der Durchführung des Projekts ist der zivilgesellschaftliche Trägerverein „Violence Prevention Network" (VPN) beauftragt, der dafür bis 2019 insgesamt etwa eine halbe Million Euro erhält. In Zusammenarbeit mit Berliner Polizei und Verfassungsschutz soll VPN auf „jihad-salafistische" Jugendliche und junge Erwachsene einwirken, um bei „Rückkehrern" und „bereits radikalisierten Personen Distanzierungs- und Deradikalisierungsprozesse von jihad-salafistischem Gedankengut einzuleiten und eine Demobilisierung" ihrer Gewaltbereichtschaft zu erreichen. Laut Innensenator Frank Henkel (CDU) erhoffe man sich langfristig, „die jungen Menschen auf den richtigen Weg bringen" zu können, um so die Gefahr terroristischer Anschläge im In- und Ausland zu mindern.[1]

Der Deradikalisierungsansatz — inhaltsleer und im Kern antidemokratisch

Mit dem Programm erfährt der Ansatz der Deradikalisierung in Berlin eine erhebliche Aufwertung. Deradikalisierung gilt seit spätestens 2012 als neue Wunderformel zwischen Prävention und Repression hinsichtlich der Frage, wie Jugendsozialarbeit und politische Bildung im Kontext von „Extremismus" und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgesetzt werden können.[2] Im Kern geht es dem Deradikalisierungsansatz darum, bei den anvisierten Zielgruppen einen prozesshaften Identitätswechsel zu bewirken — von einer „radikalen" hin zu einer nicht-kriminellen, „moderaten" und daher „demokratischen" Identität. Es ist ein defizitorientierter Ansatz, der sich in Deutschland aus der Arbeit mit ideologisch gefestigten, organisierten und/oder gewaltstraffälligen Personen entwickelt hat. Als Vorreiterin gilt das Neonaziausstiegsprogramm EXIT. Problematisch ist der Deradikalisierungsbegriff hinsichtlich seiner inhaltlichen Leere. Als Feindbild gelten pauschal eine radikale Haltung und sich daraus ableitende Handlungen. Ein konkreter Sachbezug ist in den pädagogischen Konzepten meist nicht auszumachen. Während sich Wissenschaft und pädagogische Praxis momentan vor allem auf Neonazis und IslamistInnen fokussieren, ließe sich mit dem Begriff theoretisch auch jede soziale Gruppe bekämpfen, die eine „an die Wurzel gehende" Vision einer gerechteren Gesellschaft vertritt- nicht zuletzt durch die begriffliche Gleichsetzung mit Ideen und Handlungsweisen von islamistisch oder neonazistisch motivierten TerroristInnen. Es kann deshalb nicht verwundern, dass der Deradikalisierungsansatz in erster Linie von Institutionen der „Inneren Sicherheit" vorangetrieben, durch staatsnahe Wissenschaftler_innen theoretisch untermauert und von herrschaftsunkritischen, staatlich geförderten, zivilgesellschaftlichen Initiativen aufgegriffen und umgesetzt wird.

Extremismusexperten quod erat demonstrandum

Das „Violence Prevention Network" (VPN) ist eine solche Initiative, die seit Jahren das Vertrauen der Berliner Sicherheitsbehörden genießt. Vertrauen von höchster Ebene wird auch Peter Steger entgegengebracht,[3] der das Deradikalisierungsprojekt als Berater begleitet. Steger hat langjährige Erfahrungen mit „radikalisierten" Jugendlichen in Berlin gesammelt. Im Bezirk Lichtenberg eröffnete er 1991 den „SportJugendClub 276", in dem er jahrelang den sozialpädagogischen Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit mit Neonazis und rechten Hooligans aus Ost-Berlin verfolgte. Neben politischen



Foto: Screenshot von facebook.com

Das ehemalige Mitglied der Berliner Neonazi-Band „Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T.) Alexander Brammann tritt mittlerweile öffentlich als Deradikalisierungs-Experte auf.

Diskussionsrunden zu Themen wie „Deutsche Geschichte und ihre Helden", Exkursionen zum Raketengelände Peenemünde oder zum ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald — hier erschienen seine Neonazis in Uniform und Springerstiefeln[4] — bot Steger seinen Schützlingen auch die eigenverantwortliche Nutzung von Freizeit-, Fitness- und Sporträumen. Den Vorwurf, Neonazis hätten Kampfsporttrainings und paramilitärische Übungen in einer vom SportJugendClub genutzten Turnhalle abgehalten, konnte Steger nie glaubhaft ausräumen. Berliner Antifagruppen wiesen mehrmals darauf hin, dass nicht nur „rechtsorientierte" Jugendliche, sondern ideologisch gefestigte Neonazis beispielsweise aus den Strukturen der „Kameradschaft Tor", der „Berliner Alternative Süd-Ost" (BASO) sowie deren Nachfolgestruktur der „Freien Kräfte Berlin" in einer Sporthalle des Jugendclubs ein- und ausgingen. Einige Dauergäste des SportJugendClubs waren wiederholt an Angriffen gegen MigrantInnen, Linke und zivilgesellschaftlich Engagierte beteiligt. Die Neonazis nutzten den Club auch als Kulisse für ein Foto, auf dem sie mit einem Transparent zu einem ihrer Aufmärsche mobilisierten. Stegers Versuche, in Diskussionen „auf die Unlogik vieler ihrer Argumente und politischen Ansichten hinzuweisen"[5] scheinen wenig geholfen zu haben — noch heute spielen einige der von ihm begleiteten Jugendlichen eine aktive Rolle in der Berliner Neonaziszene. Das kann kaum überraschen, galt der Ansatz akzeptierender Jugendarbeit im Umgang mit Neonazis doch bereits Mitte der 1990er Jahre als gescheitert.

Pädagogische Unterstützung erhält Steger von Alexander Brammann (Spitzname: „Neffe"). Brammann wurde als Mitglied der neonazistischen Band „Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T. bzw. X.x.X.) bekannt, für die er nach eigenen Angaben die meisten Texte schrieb. D.S.T. war 1994 gegründet worden und als Teil des Hammerskins-Netzwerks jahrelang nicht nur in der recht kleinen Rechtsrock-Szene Berlins etabliert, sondern regelmäßig auf Neonazikonzerten im In- und Ausland anzutreffen. Sämtliche Veröffentlichungen von D.S.T. sind geprägt von aggressiv rassistischen, den nationalsozialistischen Völkermord leugnenden und vor allem antisemitischen Inhalten. Die CD-Cover der Band waren stets mit Hakenkreuzen und Sig-Runen versehen. Ermittlungen gegen die Band führten zu mehreren Hausdurchsuchungen, bei denen bei Brammann CDs und T-Shirts von D.S.T., eine Hakenkreuzfahne, Aufkleber mit Hakenkreuzen und Bilder von NS-Größen gefunden wurden. 2009 verurteilte ihn das Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung, Verbreitens von Propaganda und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu zehn Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung. Zwei Jahre später erfolgte eine Bewährungsstrafe im Zusammenhang mit D.S.T. in Höhe von einem Jahr und drei Monaten.[6] Infolge der Verurteilung verlor Brammann nicht nur seine Beamtenstelle beim Berliner Bezirksamt Mitte, er zog sich auch aus den Aktivitäten der noch heute existierenden Band und schließlich vollständig aus der Neonaziszene zurück. 2012 bewarb er sich auf eine Verwaltungsstelle bei VPN und wurde dann, vermutlich auf Grund



Foto: Screenshot von facebook.com

Die Tonträger der Berliner Neonazi-Band „Deutsch, Stolz, Treue" (D.S.T.) verbreiten offensiv nationalsozialistische Inhalte.

seiner Biographie, als Coach für die Arbeit mit inhaftierten Neonazis angestellt. Laut Selbstauskunft liegen seine jetzigen Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Gewalt- und Extremismusprävention sowie allgemein im Feld der Deradikalisierung.[7] Brammanns Rückzug aus der Neonazi-Szene verlief langfristig und war offensichtlich zum Zeitpunkt seiner Anstellung beim VPN im Jahr 2013 noch nicht abgeschlossen.[8]

Über die unterstützende Rolle des Verfassungsschutzes und der Polizei im Projekt des VPN kann nur spekuliert werden. Angekündigt wird, dass beide in die Arbeit des VPN eingebunden werden und alle Beratungsfälle zwischen den Akteuren abgestimmt werden. Interessant zu erfahren wäre, wie genau der Informationsfluß zwischen dem zivilgesellschaftlichen Verein, der Geheimdienstbehörde und der Polizei verläuft. Liefert der VS eine direkte „Expertise" zum Phänomen des „Jihad-Salafismus" und greift so in die inhaltliche Ausgestaltung sozialer Arbeit ein? Oder hilft der VS dem Verein beim Erreichen der Zielgruppe durch Übermittlung von Kontaktdaten, übermittelt gar Personen direkt zum VPN? Oder ist es so, dass der Verein sicherheitsrelevante Erkenntnisse oder gar persönliche Informationen, die er aus der Arbeit mit der Zielgruppe erlangt hat, an die Sicherheitsbehörde weiterleitet? Egal wie, Geheimdienstbehörden haben weder in der Jugendsozialarbeit noch in der politischen Bildungsarbeit etwas zu suchen und sollten als undemokratische und intransparente Institutionen stets als Kooperationspartner abgelehnt werden. Aus fachlicher Sicht ist außerdem äußerst fraglich, wie eine zivilgesellschaftliche Organisation ein Vertrauensverhältnis mit ihren KlientInnen aufbauen will, wenn sie gleichzeitig als eine Art Vorfeldorganisation der Sicherheitsbehörden fungiert. So zumindest kann Innensenator Henkels Äußerung interpretiert werden wenn er verkündet, dass man sich „ganz bewusst für eine Kooperation mit einem zivilgesellschaftlichen Träger entschieden habe, um den Betroffenen und deren Umfeld den Zugang zum Angebot zu erleichtern und mögliche Hemmschwellen zu senken."

Pädagogische Arbeit mit der Zielgruppe — Eine Frage der Expertise!

Zugegeben: Religiösem Fanatismus und religiös-politisch motivierter Menschenfeindlichkeit muss im Bereich der Jugendsozialarbeit begegnet werden. Dafür braucht es menschenrechtsorientierte pädagogische und bildungspolitische Konzepte, an denen es noch immer akut mangelt. Es braucht eine kritische Auseinandersetzung mit Salafismus und seiner Anziehungskraft auf Jugendliche. Und sicherlich: Die Ansätze der Demobilisierung und der Entideologisierung im Bereich der Ausstiegsarbeit und der Arbeit mit Strafgefangenen haben ihre Berechtigung. Allerdings nur, wenn dafür adäquat ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen, ein geeigneter Rahmen in entsprechend ausgestatteten Einrichtungen vor-

handen ist und nicht zuletzt eine langfristig gestaltete Beziehungsarbeit möglich ist. Es ist jedoch ein Spiel mit dem Feuer, den gescheiterten Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit zur „Deradikalisierung" und Entideologisierung von Neonazis nun auf die Jugendarbeit mit salafistischen Jugendlichen zu übertragen und dabei auf Personen wie Steger und Brammann zu setzen, deren Fachexpertise angezweifelt werden kann. Hinweise auf bisherige Erfahrungen mit der Zielgruppe gibt es offensichtlich keine – öffentlich einsehbare Konzeptionen des Projekts ebenfalls nicht. Vielmehr macht es den Anschein, als ob hier wieder einmal die Extremismusklausel in Reinform zur Geltung kommt. Ihrer Logik folgend, gleichen sich Neonazis und Salafisten hinsichtlich der Kriterien „radikal" beziehungsweise „extremistisch" und „gewaltbereit". Beide Gruppen werden, wenn auch in unterschiedlichem Maße, vordergründig auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft als Gefahr für die „Innere Sicherheit" betrachtet. Die Ursachen und Gründe, die individuellen Motivationen und Rahmenbedingungen einer religiös-politischen „Radikalisierung" bleiben bei einer solchen Herangehensweise fachlich völlig unberücksichtigt. Spezifisches Wissen über die vielfältigen Strömungen im Islam, über die spezifischen Kulturen und Diskurse in der muslimischen Einwanderungsgesellschaft, Verständnis für die spezifischen, rassistischen Exklusionserfahrungen junger Muslime in Deutschland, besondere Sprachkenntnisse, Kontakt zu den Communities oder eine nachvollziehbare Auseinandersetzung mit den Motivationen junger Deutscher zu konvertieren, scheinen keine besonderen Einstellungskriterien für das VPN im Rahmen seines Deradikalisierungsprogramms zu sein. Vor allem dann nicht, wenn potentielle Angestellte auf Erfahrungen mit „gewaltbereiten Extremisten" verweisen können, erst kürzlich selbst eine Deradikalisierung erfahren haben oder besonders viel Ignoranz mitbringen.

Die verheerenden Auswirkungen der akzeptierenden Jugendarbeit mit Neonazis, die vor allem alle (potentiell) von neonazistischer Gewalt betroffenen Menschen nachhaltig zu spüren bekommen haben, mahnen dazu, nicht allzu leichtfertig und naiv im Bereich der Jugendsozialarbeit zu experimentieren. Mit Projekten wie dem des VPN wird niemandem geholfen, außer den Projektangestellten durch regelmäßige Lohnüberweisungen und dem VS für eine „gute" Außendarstellung. Wäre es da nicht viel sinnvoller, die vorhandenen Mittel den Beratungsstellen und Hilfsprojekten für Betroffene und Opfer gruppenbezogener Gewalt, Vertreibung und Folter zur Verfügung zu stellen? Die kämpfen nämlich nicht nur für das Überleben ihrer KlientInnen sondern viel zu oft auch um ihr eigenes, nicht nur in Deutschland. •

Auf einem „Promobild" des Berlin-Lichtenberger „SportJugendClub 276" posierten auch (damalige) bekannte AkteurInnen der Berliner Neonazi-Szene, teils mit Rechts-Rock-Band-T-Shirts.



Foto: Screenshot von tagesspiegel.de

1 Senatsverwaltung Inneres und Sport, Pressemitteilung vom 18.03.2015 2 Susanne Feustel: Von der „Glatzenpflege auf Staatskosten" zur Deradikalisierung als Konzept? In: Kulturbüro Sachsen e.V. – Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße. Zum anwaltschaftlichen Arbeiten mit menschenrechtsorientierten Jugendlichen im ländlichen Raum. 2014 3 Antwort auf Kleine Anfrage vom 07.04.2009, Berliner Angeordnetenhaus Drucksache 16 / 13 289 4 „Der Tagesspiegel" vom 02.03.2008: Mit Fußball gegen Gewalt und Rechtsradikalismus 5 Peter Herrmann: Glatzenpflege Nr. auf Staatskosten, http://www.sport-fuer-berlin.de/html/sjc_lichtenberg.html 6 Antifaschistisches Infoblatt 93/4.2001, 61/3.2003, 82/1.2009, 83/2.2009 7 www.coach-brammann.de 8 Interview mit Brammann: https://krautreporter.de/372--haha-schrei-nach-liebe

GESELLSCHAFT

Der Journalist David Schraven hat sich für den Comic „Weisse Wölfe" mit dem Zeichner Jan Fendt zusammengetan, um seine Rechercheergebnisse über die Verbindungen des NSU nach Dortmund und zu rechten Akteuren in ganz Europa einer breiten Zielgruppe zugänglich zu machen.

Weisse Wölfe

Eine grafische Reportage über rechten Terror

Der Comic „Weisse Wölfe" arbeitet mit drei Erzählsträngen, um die Zusammenhänge von rechtsterroristischem Morden, neonazistischer Ideologie und der individuellen Geschichte eines Neonazis sichtbar zu machen. Einerseits zeichnet sich Schraven selbst in seiner Recherche in die Geschichte ein, getrieben von der Frage, warum der NSU gerade in Dortmund Mehmet Kubaşik ermordete. Hierbei wird im Laufe des Buches klar, dass die zweite Erzählperspektive jene eines Mitglieds aus der Dortmunder Neonazi-Szene ist, genannt Albert S., der, wie sich herausstellt, zudem als Informant für den Verfassungsschutz arbeitet. Der dritte Strang wird durch unkommentierte Auszüge aus den fiktiven Turner-Diaries[1], welche RechtsterroristInnen weltweit als ideologische Vorlage für ihre menschenfeindlichen Angriffe und Morde nutzten, gebildet. Auf allen drei Ebenen spielt Authentizität eine wichtige Rolle. Die „Turner-Diaries" dienten nicht nur dem NSU als Vorlage für ihre rassistischen Morde. Auch die individuelle Geschichte von Albert S. basiert auf den Erzählungen eines Neonazis, den Schraven im Gefängnis traf und dessen Name der einzige ist, der verändert wurde, bei dem es sich jedoch um den Neonazi Sebastian Seemann aus Lünen handeln muss (Kokain und Waffen vom V-Mann, AIB 77). Besonders die Ebene, auf der Schraven seine Recherche darstellt, soll dem Comic seinen dokumentarischen Charakter verleihen.

Musik, Gewalt und Drogen

Hierbei nimmt die Geschichte des Informanten Albert S. den größten Stellenwert auf den 200 Seiten ein. Es wird sowohl darauf eingegangen, wie er über Musik und rassistische Auseinandersetzungen Zugang zu militanten Neonazinetzwerken fand, als auch auf seine Rolle in der Beschaffung von Waffen, der Organisation von Konzerten und der Planung von Anschlägen. Albert S. stellt sich dabei selbst als politisch aktivstes Mitglied seiner Kameradschaft dar, welche sich mehr über Saufen und Schlägereien untereinander definiert als über den von ihm benannten „Rassenkampf". Über Michael Berger (AIB # 77), der im Jahr 2000 drei PolizistInnen und dann sich selbst erschoss und von Neonazis deutschlandweit als Märtyrer „gefeiert" wurde, findet Albert S. Zugang zu „Blood & Honour"-Strukturen und „Combat 18". Hier zeigt sich auch die Verbindung zum Thüringer Heimatschutz und dem NSU. Im Buch wird dabei sehr deutlich beschrieben, wie die einzelnen Zellen organisiert und untereinander vernetzt sind, beispielsweise wenn es um die Beschaffung von Waffen geht. Konzerte und Aufmärsche haben hierbei eine zentrale Vernetzungsfunktion. So lernt Albert S. auch Marko Gottschalk, Sänger der Band „Oidoxie" und Mitglied der Band „Weisse Wölfe" kennen (AIB Nr. 68). Dieser ist eine der führenden Personen von „Combat 18" in Deutschland und verfügt über weitreichende Kontakte in Europa. Getragen von dem Gedanken der militanten Organisationen, entscheidet Albert S., sich in der französischen Fremdenlegion im Kampf an der Waffe ausbilden zu lassen. Über den belgischen Neonazi-Kader Joeri van der Plas, mit dem er gemeinsam Konzerte organisiert und eine Antwerpener „Combat 18"-Zelle aufmacht, findet er verstärkt Zugang zu Altnazis und Holocaustleugnern wie David Irving. Die Planung des Kampfes im Untergrund beinhaltete dabei sowohl das Training mit Mitgliedern der belgischen Armee als auch die Infiltrierung dieser, um einen Anschlag auf das belgische Parlament auszuführen. Nach einer Auseinandersetzung mit van der Plas reist Albert S. zurück nach Dortmund. Hier baut er sich eine Existenz als Kneipenbesitzer am Rande der Szene auf. Die Kneipe, die ein Anlaufpunkt für Rocker ist, ist Albert S.' Einstieg in den Kokain-Handel zusammen mit seinem Kameraden Robin Schmiemann (AIB # 105). Durch einen misslungenen Drogendeal gerät Schmiemann in Geldnot und überfällt einen Supermarkt, worauf er, wie sich nun herausstellt, von dem V-Mann Albert S. verraten und von der Polizei gestellt werden kann. Hier endet die Geschichte von Albert S. mit seiner eigenen Verhaftung.

Die Recherche

Problematisch erscheinen bei dieser Erzählweise nicht nur die unreflektierte Ästhetisierung von Neonazi-Propaganda, Gewalt und realen Akteuren, sondern auch die unklaren Motive, die zu Albert S. Involvierung in militante Neonazinetzwerken führt. An manchen Stellen fragt man sich, inwieweit die Darstellung von Sex, Gewalt und Nazi-Symboliken als Effekthascherei dient.

Eine klare Positionierung gegen rechten Terror bietet der Erzählstrang von Schraven. Aufgrund einer mangelnden Perspektive von Betroffenen ist dies im Buch die einzige kritische Auseinandersetzung mit der Darstellung der sonst unkommentierten Zusammenhänge zwischen Rechtsrockkonzerten, militanten Zellen und dem NSU. Schraven



verweist auf zentrale Akteure, Akten des Verfassungsschutzes und gesellschaftliche Reaktionen. So zitiert er beispielsweise den Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau, der negiert, dass Dortmund eine Nazi-Hochburg sei. Ergänzt werden die dargestellten Akten und Bilder durch einen dem Comic angehängten Text, der in Zusammenarbeit mit dem Journalisten Thomas Kuban („Blut muss fliessen", AIB # 98) entstanden ist und welcher die historische Entwicklung der militanten Neonaziszene in Europa und die wichtige Stellung von Musik hervorhebt. Das Autoren-Duo macht hierbei immer wieder deutlich, wie oft diese Problematik verschwiegen und weggeredet wurde und so auch die Morde des NSU überhaupt erst ermöglicht wurden. Die vorhandene Verbindung der bestehenden Zellen und so auch die Aufforderung zu weiteren Aktionen, als die die Morde des NSU zu sehen sind, wird verstärkt in den Fokus gerückt. Schraven verweist dabei auf die ideologische Relevanz der „Turner-Diaries" und widerspricht so der These von mordenden Einzeltätern. Im Verhältnis dazu kommt die Rolle von Albert S. als Informant für den Verfassungsschutz zu kurz. An dieser Stelle hätte betont werden können, dass sämtliche Aktivitäten von Albert S. bzw. Sebastian Seemann ab Dezember 2004 mit dem Wissen des Verfassungsschutz NRW geschahen.

Das Medium Comic ermöglicht durch seine Dualität von Schrift und Bild eine konträre Darstellung von Geschichten. Diese Möglichkeit ignoriert „Weiße Wölfe" leider gänzlich. Die von Albert S. erzählte Geschichte wird zwar immer wieder durch die Reflexionen des Journalisten und die „Turner Diaries" durchbrochen, aber es findet zwischen Bild und Text kein Bruch statt. Wir sehen genau das, was Albert S. erzählt, ohne dass seine Perspektive auf der bildlichen Ebene reflektiert worden wäre. Wenn die Bilder weniger aus der Perspektive des Neonazis gemalt oder sogar die Perspektive von Betroffenen aufgezeigt hätten, wäre die Abgrenzung zu dem von Albert S. Erzählten konstitutiv für den Comic. So besteht die Gefahr, dass die Geschichte und die Darstellung von Nazi-Symbolik, Gewalt und Sex auch als Identifizierungsgrundlage genutzt werden kann.

„Weiße Wölfe" versucht ein in der deutschen Öffentlichkeit wenig beleuchtetes Thema in den Fokus zu rücken und die europa – wenn nicht weltweite Vernetzung militanter Neonazis darzustellen. Die Komplexität der Thematik wird schlaglichtartig beleuchtet und muss in der weiteren Auseinandersetzung ergänzt werden. Für ein eher unerfahrenes Publikum bietet das Buch viele Ansatzpunkte zur weiteren Auseinandersetzung, viele Begriffe und Namen müssen gegebenenfalls nachgeschaut werden. Für Antifaschist_innen hält das Buch hingegen ein Detailreichtum bereit, das die zweijährige Recherche Schravens widerspiegelt und von Prozessakten und Fotos bis hin zu Aufklebern vieles aufgreift. •

1 Die „Turner Diaries" sind eine politische Dystopie, welche von William L. Pierce unter dem Pseudonym Andrew MacDonald 1978 veröffentlicht wurde und die angebliche Unausweichlichkeit der rassistischen und antisemitischen „Säuberung" der Gesellschaft, sowie die Übernahme von Regierungen propagiert. Die Turner-Diaries und der Aufruf zur Organisation in Zellen ist weltweit von Neonazis rezipiert und mörderisch umgesetzt worden. Das Oklahoma City Bombing, die Morde und Anschläge des Anders Breivik und des NSU sind hierbei können als Realisierung der Inhalte der „Turner Diaries" angesehen werden.

GESELLSCHAFT

„Antisemitismus im Deutungskampf", so lautet eine Stellungnahme des American Jewish Committee (AJC) angesichts einer Studie zum Thema Antisemitismus, die im Januar 2015 vom Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin veröffentlicht wurde. Der Grundtenor: Die Studie verharmlose die Bedrohung, die von Antisemitismus ausgeht. Gleichermaßen würde die antisemitismuskritische Arbeit zahlreicher NGOs sowie jüdischer Organisationen als einseitig pro-israelisch diskreditiert. Doch nicht nur in Berlin wird um die aktuelle Bedeutung von Antisemitismus debattiert.

Antisemitismus im Deutungskampf

„Antisemitismus als Problem und Symbol"

Das Berliner ZfA veröffentlichte seine Studie unter dem Titel „Antisemitismus als Problem und Symbol" in der Schriftenreihe der Berliner Landeskommission gegen Gewalt, die dem Innensenat unterstellt ist. Die Autoren der Studie, Michael Kohlstruck und Peter Ullrich, haben 29 Vertreter_innen nichtstaatlicher Organisationen, jüdischer Einrichtungen sowie Behörden, die sich mit der Thematik Antisemitismus in Berlin auseinandersetzen, befragt. Bei der Lektüre wird deutlich, dass es jedoch weniger um Antisemitismus, sondern vielmehr um die entsprechende Wahrnehmung und Deutung seitens der im Feld engagierten Akteure geht. Hier deutet sich schon an, was unter anderem vom AJC scharf kritisiert wurde: Durch den wissenschaftlichen Duktus schwingt im Subtext der Studie immer auch eine Portion Erhabenheit über die (subjektiven) Deutungen der befragten Akteure mit. Doch lässt sich ein Bedrohungsgefühl quantitativ belegen oder entkräften? Die Studie scheint dies nahe zu legen, etwa wenn hinsichtlich des Bedrohungsgefühls der jüdischen Interviewpartner_innen das Resümee gezogen wird, „emblematische Vorkommnisse" würden als „typisch" repräsentiert, während es an Beispielen für weitere vergleichbare Vorkommnisse mangele. Tatsächlich lässt sich so der Eindruck gewinnen, dass es den Autoren an Empathie fehlt.



Bereits im Titel wird eine Hauptaussage deutlich. Der Anti-Antisemitismus, so die Autoren, könne nicht abstrahiert werden von der Symbolik, die die Thematisierung von antisemitischen Phänomenen vor dem Hintergrund der Shoah in Deutschland einnehme. Kurz: Anti-Antisemitismus gehört heute zur Staatsräson und lasse sich als Symbol kaum unterschätzen. Dazu gehöre gleichermaßen die staatliche Rhetorik, gemäß der Deutschland immer an der Seite Israels steht. Soweit, so richtig.

Bei den befragten Akteuren sei vorrangig eine „entgrenzende Verwendung des Antisemitismuskonzeptes" festzustellen: Durch den hohen moralischen Begründungszusammenhang (Shoah) würden verschiedene antisemitische Phänomene zu „dem Antisemitismus" verdichtet und somit ein dringender Handlungsbedarf konstatiert. Gerade in der Bildungsarbeit mangele es Akteuren an einer eindeutigen Definition von Antisemitismus, die vielmehr implizit durch den moralischen Begründungszusammenhang Shoah ersetzt werde: „Mit einer gewissen beweispflichtentlasteten Unbekümmertheit scheint das Urteil „Antisemitismus" vergeben werden zu können." So sei eine Tendenz des „entdifferenzierenden Gebrauchs von Antisemitismus" festzustellen,

wodurch nicht zuletzt Grauzonen dethematisiert würden.

Antisemitische Umwegkommunikation

Die Forderung nach einer konkreteren Definition, die über die in der Bildungsarbeit verwendeten Arbeitsdefinitionen hinausgeht, erstaunt angesichts dessen, dass die Autoren in ihrer theoretischen Rahmung selbst eine „Kommunikationslatenz des Antisemitismus" konstatieren: Antisemitismus artikuliert sich in Deutschland gerade aufgrund der Shoah nicht mehr offen, sondern über eine Umwegkommunikation. Nur noch selten wird nach 1945 ganz offen gegen Juden gehetzt, sondern es werden vielmehr Chiffren (ZOG, Zionisten, Coca-Cola, Ostküste, Heuschrecken, FED...) verwendet. Gerade diese oft schwer zu ermittelnde Sicherheit, ob es sich dabei tatsächlich um eine Umwegkommunikation mit dem Ziel der Äußerung antisemitischer Sinngehalte handelt, sei laut den Autoren einer der Gründe, warum es immer wieder zu gesellschaftspolitischen Debatten zum Thema kommt. Daher sind Definitionen in der geforderten Eindeutigkeit eher schwer zu leisten. Nicht ohne Grund untersuchen Theoretiker wie Klaus Holz die semantische Konstruktion antisemitischer Denk- und Deutungsmuster.

Ziel antisemitismuskritischer Bildungsarbeit ist es daher auch, für die Anschlussfähigkeit bestimmter Denk- und Deutungsmuster an ein antisemitisches Weltbild zu sensibilisieren und die jeweiligen Ursachen für entsprechende Haltungen im Einzelfall zu analysieren, um diese anschließend bearbeiten zu können.

Und die Rechtsprechung?

Doch nicht nur in Berlin wird derzeit die Auseinandersetzung um die Definition von Antisemitismus verstärkt geführt. In den letzten Monaten ergingen unterschiedlichste Urteile zum Thema. Im November 2014 bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Mainz, dass auf einer Demonstration im Sommer 2014 gerufene Parolen wie „Tod, Tod, Israel" nicht als Volksverhetzung zu bewerten seien: „Kritik" an einem ausländischen Staat falle nicht unter den Straftatbestand der Volksverhetzung.

Zu einem anderen Ergebnis kam das Amtsgericht Essen in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil im Januar 2015. Die auf einer Demonstration angesichts des Gaza-Krieges im Sommer 2014 ausgerufene Parole „Tod und Hass den Zionisten" wurde vom Gericht als Volksverhetzung gewertet. Im Urteil heißt es: „Die Bezeichnung ‚Zionist' stellt aber auch im Sprachgebrauch des Antisemitismus ein Codewort für Juden dar. Dass der Angeklagte Juden meinte und nicht Zionisten im eigentlichen Sinne ergibt sich aus den Begleitumständen der umstrittenen Äußerung. Denn der Angeklagte nahm an einer zunächst friedlichen Demonstration anlässlich des aktuellen Nahostkonfliktes teil, bei der es im weiteren Verlauf zu antisemitischen Ausschreitungen kam. (...) Diese Begleitumstände stehen in keinem erkennbaren Zusammenhang mit einer zionistischen Bewegung oder zionistischen Zielen. Vielmehr bediente sich der Angeklagte eines antisemitistischen Codes für die jüdische Bevölkerung, um seiner Missbilligung der Vorgehensweise der israelischen Armee Nachdruck zu verleihen."

Antisemitismus? Ist abgeschafft.

Interessant ist nicht zuletzt das Urteil des Landgerichts München gegen Jutta Ditfurth, in dem das Gericht der Beklagten unter Androhung einer hohen Geldstrafe untersagte, Jürgen Elsässer als „glühenden Antisemiten" zu bezeichnen. Jutta Ditfurth hatte Jürgen Elsässer, auch aufgrund seiner politischen Aktivitäten im Rahmen der „Montagsmahnwachen", als „glühenden Antisemiten" bezeichnet, woraufhin dieser eine Unterlassungsklage angestrengt hat. In der mündlichen Urteilsbegründung argumentierte die Richterin: „Ein glühender Antisemit in Deutschland ist jemand, der mit Überzeugung sich antisemitisch äußert, mit einer Überzeugung, die das Dritte Reich nicht verurteilt und ist nicht losgelöst von 1933 bis 45 zu betrachten vor dem Hintergrund der Geschichte." Das Urteil ignoriert damit sämtliche Ergebnisse der Antisemitismusforschung der letzten Jahrzehnte, in denen immer wieder auf die Umwegkommunikation verwiesen wird. Die TAZ überschreibt in Reaktion auf das Urteil ihren Artikel daher mit: „Antisemitismus? Ist abgeschafft."

Staatliche Symbolpolitik gemeinsam dekonstruieren

Es ließen sich an dieser Stelle noch weitere Beispiele für den aktuellen Deutungskampf um Antisemitismus heranziehen. Traurig stimmt diese Entwicklung vor allem aber aus einer anderen Perspektive, die oft auch mit der problematischen Bezeichnung „Opferkonkurrenz" beschrieben wird. Gemeint ist, dass eine Ursache für antisemitische Äußerungen bei Menschen mit familiärem Bezug zum Nahen Osten darin zu suchen sei, dass die Erinnerung an die Shoah in Deutschland sehr dominant sei, während gleichzeitig eigene Diskriminierungserfahrungen zu wenig Anerkennung erfahren würden. Diese würden auf den Staat Israel projiziert, um so die erfahrene Ohnmacht „abladen" zu können. In der Auseinandersetzung geht es daher auch um die Frage, inwieweit der Rassismus in Deutschland als Generator von Antisemitismus begriffen werden kann.

Diese Polarisierung und Hierarchisierung ist nicht nur vor dem Hintergrund der staatlichen Aneignung und symbolischen Besetzung dieser Themen fatal. Initiativen und Akteure, die sich die Bekämpfung von Rassismus und/ oder Antisemitismus auf die Fahnen geschrieben haben, sollten sich verstärkt auf Gemeinsamkeiten berufen. Ein Beispiel: Eine Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses des Bundestages zum NSU findet ebenso schleppend bis gar nicht statt, wie die Umsetzung der durch die 1. Expertenkommission gegen Antisemitismus ausgesprochenen Empfehlungen. Hier gilt es anzusetzen und die vielfach symbolhaften Beteuerungen staatlicher Behörden im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus aufzuzeigen. Dass sowohl Betroffene von Rassismus als auch von Antisemitismus im Diskurs kaum zu hören sind, ist eine Gemeinsamkeit, die auch durch ein gemeinsames Vorgehen angegangen werden sollte. •

DISKUSSION

„Es gibt keine rechte Islamkritik."

KLAUS BLEES UND ROLAND RÖDER
VOM KOMPETENZZENTRUM ISLAMISMUS DER AKTION 3. WELT SAAR

Es gibt keine rechte Islamkritik. Islamkritik ist in ihrem Wesen emanzipatorisch und herrschaftskritisch. Das Wort „Kritik" ist abgeleitet vom griechischen „krinein" für „unterscheiden, urteilen". Kritik bedeutet die rationale Durchdringung von Sachverhalten, ist also ihrer Kernbedeutung nach Vor-Urteilen, nicht rational begründeten Scheinurteilen, entgegengesetzt und auf die Überwindung von Ressentiments ausgerichtet. Da, wo rechtspopulistische Bewegungen wie PEGIDA sich selbst als „islamkritisch" inszenieren, handelt es sich um Etikettenschwindel, der das Propagieren rassistischer und chauvinistischer Ressentiments rechtfertigen soll. Teil an dem Schwindel haben Medien ebenso wie kulturrelativistische oder antiimperialistische Linke, die diesen Sprachgebrauch übernehmen. Diese gegenaufklärerische Umdeutung des Kritikbegriffs ist weitgehend diskursbestimmend und prägend für die öffentliche Wahrnehmung von „Islamkritik" geworden. Wir halten es für geboten, nachhaltig in den Diskurs zu intervenieren, um diesem Orwellschen Neusprech entgegenzuwirken im Sinne einer Rückgewinnung der aufklärerischen Bedeutung des Begriffs.

Denn Religionskritik ist Herrschaftskritik, ist als materialistische Kritik kein plakatives Ablehnen von Religion, sondern Kritik der Zustände, welche religiöse Ideologien zu ihrer Rechtfertigung hervorbringen. Religion dient der Verbrämung unmenschlicher Zustände, um diese aushalten zu können, was Marx in seiner berühmten Formel vom „Opium des Volkes"[1] auf den Punkt gebracht hat. Sie dient ebenso der Legitimation von Unterdrückungsverhältnissen und der diese aufrecht erhaltenden Regeln als durch Gott oder sonstige „höhere Mächte" gegeben.

Kein Artenschutz für den Islam

Unter heutigen Bedingungen bedeutet Islamkritik die Analyse aktueller mit dem Islam gerechtfertigter Herrschaft, Unterdrückung und Verfolgung. Dies betrifft Scharia-Staaten wie den schiitisch-islamistischen Iran oder das sunnitisch-wahhabitische Saudi-Arabien, die jede politische und sowieso jede linke Opposition brutal unterdrücken, Schwule, „Ehebrecherinnen" und Atheisten ermorden, vom Antisemitismus, etwa den wiederholten iranischen Vernichtungsdrohungen gegen Israel, ganz zu schweigen. Es betrifft die Türkei, wo, vermittelt über die islamisch-konservative AKP-Regierung und über den starken Mann Erdogan, eine Re-Islamisierung stattfindet, verbunden mit der polizeistaatlichen Maßregelung linker und laizistischer Opposition, wie sie sich vor allem in der brutalen Niederschlagung der Gezi-Park-Bewegung zeigte. Es betrifft djihadistische Banden wie das Al Quaida-Netzwerk, den „Islamischen Staat", Boko Haram, die den Gaza-Streifen beherrschende Hamas und die vom Iran gestützte, in Syrien an der Seite der Assad-Truppen kämpfende Hisbollah. Die djihadistischen Netzwerke operieren in großen Teilen global, mit ihren bisher verheerendsten Anschlägen am 11. September 2001 in New York und Washington und, wie jüngst spektakulär in Paris, auch mit Mordaktionen in Europa. Sie rekrutieren ihren Nachwuchs nicht nur in den eigentlichen Kriegsgebieten und in islamisch dominierten Ländern, sondern ebenso in westlichen Staaten einschließlich Deutschlands. Unterstützer des islamistischen Terrors organisieren Demonstrationen, so im Sommer 2014 anlässlich des Gazakrieges, wo auch hierzulande muslimische Antisemiten, vereint mit Neonazis und einigen Linken, unter Rufen wie „Juden ins Gas" und „Kindermörder Israel" durch die Straßen zogen und proisraelische Demonstranten wiederholt physisch attackierten.

Es betrifft aber auch die konservativen, zum Teil fundamentalistischen Islamverbände, deren größter in Deutschland DITIB, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion ist, als Arm des reaktionären türkischen Staatsislam. So hieß es etwa auf der Website von DITIB Saar, für Musliminnen sei das Kopftuchtragen Pflicht und eine muslimische Frau dürfe keinen nichtmuslimischen Mann heiraten.[2] Die Leugnung des 1915 begonnenen Völkermords an den Armeniern gehört für DITIB gleichermaßen zur Agenda.

Unter dem Dach des Islam ist ein heterogenes Spektrum reaktionärer Ideologien vorzufinden, die nicht alle gleich zu behandeln sind und sich in ihren menschenfeindlichen Dimensionen zum Teil erheblich unterscheiden. Sie haben aber eines gemeinsam: Sie sind antiemanzipatorisch und gegenaufklärerisch. Politisch lassen sie sich als rechtskonservativ bis rechtsextrem einordnen. Darunter befinden sich Strömungen, die Volker Weiß im AIB 105 als „Isla-



mischen Faschismus" charakterisiert. Ob es Islamfaschismus „gibt" hängt davon ab, wie man „Faschismus" definiert, wie weit man den Faschismusbegriff fasst.[3] Weiß' konkrete Definition, nach der manche islamische Bewegungen die Kriterien für Faschismus erfüllen, beugt unseres Erachtens einem schlagwortartigen Gebrauch vor.

Linkes Tabu Islamkritik

Abu Ulis im AIB Nr. 106 vorgebrachten Einwände gegen die Verwendung des Begriffes „Islamischer Faschismus" sind zum Teil Scheinargumente. Denn sein Verweis auf Zuckermann zeigt lediglich, dass dieser eine andere, zudem apodiktisch vorgetragene Faschismusdefinition verwendet als Weiß und geht somit an der Sache vorbei. Wenn Abu Uli von „Nebeneffekten" spricht, so trifft er auch damit nicht die Sache selbst, und er bleibt eine Begründung schuldig, warum denn per se jede westliche Militärintervention abzulehnen ist, erst recht angesichts des Umstandes, dass us-geführte Luftangriffe auf IS-Stellungen in Rojava zum Zurückdrängen des IS beigetragen haben und von den kurdischen Selbstverteidigungskräften begrüßt wurden. Wenn er darauf verweist, die „Bilderwelt der ersten Kolonisator_innen" werde so heraufbeschworen, da diese ebenfalls beanspruchen, eine zivilisatorische Mission zu erfüllen, so deutet er völlig unhistorisch aus einer vordergründigen Analogie die heutige Realität.

Was kritisch zur islamischen Reaktion zu sagen ist, bezieht sich nicht auf liberale, progressive Muslime. Die islamische Reaktion zu kritisieren und die ihr zugrunde liegenden Strukturen zu bekämpfen ist für emanzipatorische Linke eine unverzichtbare Notwendigkeit. Befremdlich ist es nicht, wenn Linke den Islam kritisieren, sondern wenn sie es nicht tun.

Durch Islamkritik den Moslemhassern Wasser auf die Mühlen zu geben, ist eine unbegründete Befürchtung. Rechte Moslemfeinde verfolgen eine andere Agenda als Islamkritiker. Ihnen dient der Islam als Aufhänger für Kampagnen gegen Flüchtlinge und Migranten. Der flüchtlingsfeindliche Charakter wird an Begriffen wie „Scheinasylanten", „Asylbetrüger" oder „Wirtschaftsflüchtlinge" sichtbar. Moslemfeinde greifen zwar Versatzstücke der Islamkritik auf, prangern Frauenunterdrückung, Homophobie oder Antisemitismus in muslimischen Communities an, doch ist dies instrumentell. Im bekanntesten Blog der antimuslimischen Rechten, „Politically Incorrect", wendet man sich einerseits gegen muslimische Homophobie, während man andererseits häufig schwulenfeindliche Beiträge veröffentlich, wo dann die Homophobie nicht islamisch, sondern zum Beispiel christlich begründet wird. Ebenso gehören diejenigen ins Feindbild der Rechtspopulisten, die nicht den muslimischen, sondern (auch) den rechten Antisemitismus bekämpfen.

Ins Gedächtnis zu rufen ist auch, dass PEGIDA ursprünglich gegründet wurde gegen Unterstützer der PKK — also gegen diejenigen, die in Syrien mit die Hauptlast im Kampf gegen die Islamisten tragen.

PEGIDA und ihre Ableger waren zwar in den vergangenen Monaten medial sehr präsent — aber dabei werden leicht die zahlreichen, zum Teil sehr großen antiislamistischen Demonstrationen übersehen, die von bürgerlichen, liberalen bis linken und linksradikalen Kräften getragen wurden: Die Demonstrationen gegen den Terror der Hamas im Sommer 2014, die linken, von Kurden dominierten Demonstrationen zur Unterstützung des Widerstandes gegen den IS und ebenso diverse Großdemonstrationen gegen die Besuche Erdogans in Deutschland, zuletzt in Karlsruhe, die von überwiegend linken kurdisch- und türkischstämmigen AKP-Gegnern, vor allem der Alevitischen Gemeinde, organisiert wurden.

Eine emanzipatorische, islamkritische Bewegung ist notwendig, und sie existiert. Nicht nur Islamisten, auch PEGIDA und andere Rechte zählen zu ihren Gegnern. •

1 www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm **2** http://tinyurl.com/oqsgzhd. Nachdem die Aktion 3. Welt Saar dies in einer Pressemitteilung öffentlich gemacht hatte, wurden die betreffende Seite entfernt **3** Es gibt Definitionen, die ihn dem klassischen italienischen Faschismus vorbehalten möchten.

RASSISMUS

Anfang Dezember 2014 verabschiedete das Bundeskabinett den „Entwurf eines Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung".[1] Präsentiert als großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete, droht mit diesem Gesetz die umfassendste Verschärfung des Asyl- und Aufenthaltsrechts seit Anfang der 1990er Jahre. Neben einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland ist die angekündigte Ausweitung der Abschiebehaft dabei eine der problematischsten Neuerungen, welche stärker als bislang zu einem integralen Bestandteil einer restriktiv reformulierten Migrations- und Asylpolitik zu werden droht.[2]

Abschiebehaft

Die „Willkommenskultur" der Bundesregierung

INITIATIVE GEGEN ABSCHIEBEHAFT BERLIN

Rückblick

Mit Blick auf die vergangenen Entwicklungen in den bundesdeutschen Abschiebegefängnissen zeigt sich zunächst ein konträres Bild. Seit Jahren sinken die Zahlen der Inhaftierten. Waren im Jahr 2010 insgesamt ungefähr 7.500 Menschen in Abschiebehaft, sind es aktuell mit bundesweit ungefähr 50 Menschen so wenig wie seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr.[3] Dies ist einerseits Folge jahrelanger militärischer Absicherung der EU-Außengrenze, im Zuge dessen es generell weniger Menschen überhaupt schaffen, nach Deutschland zu gelangen. Zum anderen ist dies aber auch Resultat von langwierigen Gerichtsverhandlungen, in denen sich die Betroffenen selbst mit langem Atem durch sämtliche Instanzen geklagt haben. Auf diesem Wege konnten im Sommer 2014 in Form von zwei Gerichtsentscheidungen Erfolge von grundlegender Bedeutung erkämpft werden.[4]

In einem Urteil vom Juni 2014 hat der Europäische Gerichtshof entsprechend der bereits seit 2011 geltenden EU-Rückführungsrichtlinie untersagt, Abschiebehaft in Justizvollzugsanstalten zu vollziehen. Bundesländer, die bis dahin keinen separaten Abschiebegewahrsam unterhielten — und damit geltendes Europarecht missachteten — mussten den Betrieb ihrer nun auch offiziell als illegal deklarierten Hafteinrichtungen einstellen.

Kurz darauf beschloss im Juli 2014 der Bundesgerichtshof, dass Geflüchtete, die über einen anderen EU-Staat eingereist und in diesen zurückgeschoben werden sollen, nicht pauschal wegen „Fluchtgefahr" in Abschiebehaft genommen werden dürfen. Solange für die behauptete „Fluchtgefahr" keine gesetzlich festgelegten Kriterien existieren, darf diese nicht mehr als Hauptargument für die Begründung einer Inhaftierung herangezogen werden. Daraufhin mussten die meisten dieser sogenannten Dublin-Inhaftierten aus den Abschiebegefängnissen entlassen werden.[5]

Das geplante Gesetz

Es sind unter anderem die Auswirkungen solcher juristischen Erfolge, in denen Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) „Vollzugsdefizite in der Aufenthaltsbeendigung" sieht, die es mit dem aktuellen Gesetzesvorhaben abzubauen gelte.[6] Um in Zukunft schneller abschieben zu können, sollen die Rechtsgrundlagen flexibler an die „Bedürfnisse" der Abschiebebehörden angepasst werden. Der Gesetzesentwurf konkretisiert dabei die Haftgründe zur Anwendung von Abschiebehaft, wie sie im BGH-Urteil gefordert wurden. Bislang konnte von den Ausländerbehörden oder der Bundespolizei die Abschiebehaft beantragt werden, wenn „der begründete Verdacht besteht, dass [der Ausländer] sich der Abschiebung entziehen will."[7] Dieser zur Willkür einladenden Bestimmung wird im neuen Gesetz jedoch keine Grenze gesetzt; vielmehr werden die möglichen Haftgründe so definiert, dass sie im Prinzip immer zutreffen. Beispielsweise soll künftig der Nachweis, dass ein Mensch bei der „unerlaubten Einreise erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser aufgewandt" hat, das heißt Beträge ab 3.000 Euro, unter anderem als Indiz dafür gelten, dass er sich der Abschiebung entziehen werde und daher in Haft zu nehmen sei. Es steht zu befürchten, dass auf Grundlage des neuen Gesetzes und seiner maßlosen Auslegung des Begriffs „Fluchtgefahr" faktisch alle Dublin-Geflüchteten systematisch in Abschiebehaft genommen werden.

Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Einführung neuer Praktiken der Identitätsfeststellung und Passbeschaffung vor, die weit über die bisher erlaubten Mittel hinausgehen. So sollen die Behörden das Recht erhalten, für die Feststellung von Identität und Fluchtweg der Betroffenen deren private Datenträger, beispielsweise die Handys, auszuwerten und dafür auch Informationen von Telekommunikationsdiensten einzuholen. Juristisch fragwürdig ist ebenfalls die neu eingeführte Institution des „Ausreisegewahrsams", in welchen ohne Nennung von Haftgründen Menschen für die Dauer von bis zu vier Tagen „zur Sicherung der Abschiebung" inhaftiert werden



können. Zudem sollen Einreise- und Aufenthaltsverbote künftig einem Großteil jener Personen drohen, deren Asylanträge als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt worden sind.

Bleiberecht nur in Einzelfällen

Von der mit dem Gesetzesvorhaben verbundenen Bleiberechtsregelung bleibt letztlich nicht viel übrig. Zwar wird sie einer kleinen Gruppen von „gut Integrierten", das heißt sich selbst finanzierenden Geduldeten zugutekommen. Nach jahrelangem Arbeitsverbot, „Residenzpflicht" sowie anderen diskriminierenden Regelungen, die jenen Menschen bislang die gesellschaftliche Teilhabe versagten, fehlen einem Großteil der langjährig Geduldeten jedoch grundlegende Voraussetzungen, um überhaupt diese Regelung in Anspruch nehmen zu können. Zudem steht der Gesetzesentwurf in fataler Wechselwirkung mit weiteren jüngsten Gesetzesverschärfungen: Nachdem Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina im September 2014 zu sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten" erklärt wurden, werden die Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern in der Regel ohne Einzelfallprüfung als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Nach der Ablehnung soll nun mit dem neuen Gesetz automatisch ein „Einreise- und Aufenthaltsverbot" für den ganzen Schengen-Raum verhängt werden. Dieses wiederum steht der Erteilung eines Aufenthaltsrechts auch bei gesetzlichem Anspruch entgegen. Dadurch wird der Sprung von der Duldung zum verfestigten Aufenthaltstitel — der neuen „Bleiberechtsregelung" zum Trotz — in Zukunft sogar noch erschwert. Die Intention der Bundesregierung ist klar: Die vermeintliche Bleiberechtsregelung ist nur ein schnödes Feigenblatt für ein umfassendes Gesetz zur Aufenthaltsbeendigung und -verhinderung, mit welchem die Abschiebegefängnisse wieder voller zu werden drohen.

Protest und Widerstand

Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die für Mai geplanten letzten Lesungen des Gesetzentwurfs im Bundestag und Bundesrat sind auf einen noch nicht bekannten Termin im Juni verschoben worden. Angesichts der Reichweite der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen im Kontext einer durch die Toten im Mittelmeer sensibilisierten Öffentlichkeit scheint es dann doch noch „Klärungsbedarf" innerhalb der Regierungskoalition zu geben. Doch mit Blick auf zurückliegende Erfahrungen im Abstimmverhalten der Parteipolitiker*innen im Bundestag und Bundesrat ist eines klar: Die Gesetzesänderung kann nur durch breite und massive Proteste, durch einen entschlossenen Druck von unten gestoppt werden! Es haben sich bereits bundesweit Bündnisse gegen die Gesetzesverschärfung gebildet. Informiert Euch unter www.asylrechtsverschaerfung-stoppen.de und werdet aktiv! •

www.initiative-gegen-abschiebehaft.de

1 Gesetzentwurf online unter: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/040/1804097.pdf **2** Abschiebehaft ist keine Strafhaft, sondern ein staatliches Instrument zur Durchführung der Verwaltungsmaßnahme „Abschiebung". Allein aufgrund des Fehlens eines gültigen Aufenthaltstitels kann Menschen für bis zu 18 Monaten ihre Freiheit entzogen werden und die Kosten werden ihnen sogar in Rechnung gestellt. Zur Situation der Abschiebungshaft in Deutschland vgl. Dokumentation von Pro Asyl aus dem Jahr 2013, Online unter: www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2013/Abschiebungshaft_Bericht_Juli_2013_Webversion.pdf **3** Zu den Inhaftiertenzahlen bis 2010 vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur „Umsetzung der Abschiebungsrichtlinie der Europäischen Union und die Praxis der Abschiebungshaft", 5. September 2012, Drucksache 17/10597, Online unter: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710597.pdf **4** Das AIB berichtete in „Abschiebehaft reloaded" # 104 / 3.2014. **5** Nach der Dublin-III-Verordnung ist derjenige EU-Staat für die Durchführung des Asylverfahrens einer Person zuständig, dessen Grenzen sie zuerst überquert hat. Demnach sollen Flüchtende in die EU-Staaten abgeschoben werden, in denen sie zuerst ihre Fingerabdrücke abgegeben haben. **6** Vgl. Bericht der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. März 2015, S. 44f., Online: http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18092.pdf **7** Aufenthaltsgesetz § 62

RASSISMUS

Die UN hatten die Sache klar erkannt. Ihr Antirassismus-Ausschuss sei „sehr besorgt über die Zunahme und Ausbreitung rassistischen Gedankenguts" in Deutschland. Das Gremium unter Vorsitz des Menschenrechtlers José Francisco Cali Tzay aus Guatemala hatte geprüft, ob und wie Deutschland die Antirassismus-Konvention der Vereinten Nationen umsetzt. Als er im Mai das Ergebnis seiner Prüfung bekannt gab, beklagte der Ausschuss nicht nur die Diskriminierung von Minderheiten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, anti-muslimische Ausfälle von Politikern und Gewalt gegen Asylbewerber. Vor allem aber mangele es in Deutschland an „effizienten Maßnahmen zur Bestrafung und Unterbindung entsprechender Reden und Verhaltensweisen".

Rassismus als Struktur

Deutscher (Behörden-)Alltag

CHRISTIAN JAKOB

Die UN forderten deshalb verbindliche Trainings für Polizei, Richter und Staatsanwälte in Deutschland, damit diese „rassistische Vorstellungen erkennen". Die Polizei und Justizbeamten müssten geschult werden, um „Verständnis für den Begriff der Rassendiskriminierung" zu bekommen, zu lernen, wie man diese bekämpft und gegebenenfalls bestraft, heißt es in dem Dokument. Nötig sei auch die Schaffung unabhängiger Instanzen im Bund sowie in den Ländern, bei denen Beschwerden gegen Diskriminierung durch Polizisten und andere Sicherheitskräfte vorgebracht werden können. Auch die Bundespolizei erwähnten die Fachleute: Diese solle das sogenannte Racial Profiling einstellen. Die Nachrichten der folgenden Wochen zeigten, wie scharfsichtig die UN-Experten waren.

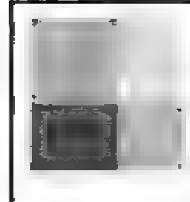
Ende Mai berichtete der NDR, dass Beamte der Bundespolizeiwache am Hauptbahnhof Hannover im Internet fremdenfeindliche Kommentare verbreitet hatten. In einem Beitrag etwa hieß es: „Armes Deutschland! Ich hoffe, dass man sich irgendwann mal besinnt und die Gesellschaft diesem kriminellen Migrationsmob zeigt, wo es langgeht." Eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die sich mit der Frage beschäftigt, ob Musliminnen auch im Ganzkörperbadeanzug am Schwimmunterricht teilnehmen können, wird mit Worten wie diesen kommentiert: „Mit welchem Schwachsinn sich unsere Gerichte befassen müssen. Soll sie doch in Istanbul schwimmen gehen." Ein anderer kommentiert das mit den Worten: „Ab nach Istanbul." Gepostet wurden solche Sprüche von mindestens vier Beamten verschiedener Dienstgruppen. Zu ihrem Facebook-Freundeskreis sollen laut dem NDR Dutzende weitere Polizeibeamte zählen, darunter auch Dienstvorgesetzte. Die Einträge auf Facebook sind bis ins Jahr 2013 zurückzuverfolgen. Sogar die Staatsanwaltschaft wurde auf die Angelegenheit aufmerksam. „Wir sind diesbezüglich in einem engen Kontakt mit der Bundespolizei" sagte Oberstaatsanwalt Thomas Klinge.

Das allerdings war er schon zuvor. Denn erst Mitte Mai wurde bekannt, dass Flüchtlinge im Gewahrsam derselben Wache schwer misshandelt wurden: Die Staatsanwaltschaft ermittelt deshalb gegen einen Beamten wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Er selbst hatte seine Taten per Handy dokumentiert.

Den NDR-Recherchen zufolge geht es um mindestens zwei Fälle. Im März 2014 hätten die Beamten einen 19-jährigen Flüchtling aus Afghanistan mit auf die Wache genommen. Der Mann sei aufgefallen, weil er bei einer Überprüfung keinen Pass dabei hatte. In der Zelle sei der Flüchtling misshandelt worden. Diesen Schluss lasse zumindest eine Nachricht zu, die laut NDR über WhatsApp vom Handy an Polizeikollegen verschickt wurde: „Hab den weggeschlagen. Nen Afghanen. Mit Einreiseverbot. Hab dem meine Finger in die Nase gesteckt. Und gewürgt. War witzig. Und an den Fußfesseln durch die Wache geschliffen. Das war so schön. Gequikt wie ein Schwein. Das war ein Geschenk von Allah."

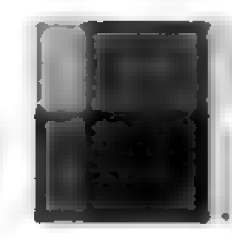
Ein halbes Jahr später wurde ein 19-jähriger Marokkaner festgehalten, weil er ohne Fahrkarte Zug gefahren war. In seinen Socken fanden die Beamten etwas Marihuana. Der Marokkaner sei ebenfalls in der Gewahrsamszelle gelandet und dort erniedrigt worden. Den Beweis dafür habe der Beschuldigte selbst mit einem Handy-Foto geliefert. Es zeigt einen auf dem Boden liegenden Mann in unnatürlicher Körperhaltung — die Hände mit Handschellen gefesselt, das Gesicht schmerzverzerrt. Dem Anschein nach wird der Mann von mindestens zwei Polizisten festgehalten.

In einer vom NDR zitierten Handy-Kurzmitteilung heißt es dazu: „Das ist ein Marokkaner. Den habe ich weiß bekommen. XY (der unmittelbare Vorgesetzte, Anmerkung der Redaktion) hat gesagt, dass er ihn



So siehts aus mein Freund....Armes Deutschland! Ich hoffe das man sich irgendwann mal besinnt und die Gesellschaft diesem kriminellen Migrationsmob zeigt wo es langgeht!!

5. November 2013 um 14:04 · Gefällt mir · 1



4. Dezember 2013 ·

Historische Schuld.... Ich kotz gleich.... Irgendwann muss mal Schluss sein...



Armutseinwanderung: Städtetagspräsident fordert großzügigen Umgang mit Roma

Weil Deutschland noch eine historische Schuld abzutragen habe, empfiehlt Städtetagspräsident Maly, Sinti und Roma in Deutschland nicht zu...

M.FAZ.NET VON FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH

Beamte der Bundespolizei sorgten mit rassistischen Kommentaren für Aufsehen.

oben gehört hat, dass er geqikt hat, wie ein Schwein. Dann hat der Bastard erst mal den Rest gammeliges Schweinefleisch aus dem Kühlschrank gefressen. vom Boden."

Bei einer Durchsuchung des Privathauses des Beamten wurde eine illegale Waffe sichergestellt, sagte die Staatsanwaltschaft später. Die Bundespolizeidirektion in Hannover wollte sich zu dem laufenden Verfahren nicht äußern. Der Beamte sei momentan nicht im Dienst. Der NDR berichtete, auch in der Vergangenheit sei der beschuldigte Polizist an Erniedrigungen beteiligt gewesen. Die Staatsanwalt weiß nach eigener Angabe noch nicht, ob an den Erniedrigungen noch weitere Beamte beteiligt waren. Ob unter den Urhebern der umstrittenen Facebook-Einträge auch der Bundespolizist ist, der die Flüchtlinge gedemütigt hatte, ist unklar.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sorgte sich um das Ansehen der Polizei. „Auch wenn das, so wie es sich bislang darstellt, nur ein Einzelfall ist, ist zu befürchten, dass es schon jetzt einen Imageverlust gibt", sagte Dietmar Schilff, GdP-Landeschef in Niedersachsen und Mitglied des Bundesvorstands.

Ein Einzeltäter also — diese Entlastungsstrategie ruft bei vielen nur noch Kopfschütteln hervor. „Durch diese neuen Fälle von Rassismus bei der Polizei fühlen wir uns in unserer Einschätzung bestätigt, dass die Einzeltätertheorie den Skandal verharmlost", sagte der Geschäftsführer des Flüchtlingsrats, Kai Weber. Er forderte, dass Polizisten regelmäßig befragt und unangemeldet kontrolliert werden. Zudem sollten sie Namensschilder tragen. Alle in den vergangenen Wochen bekanntgewordenen Vorfälle in der Dienststelle der Bundespolizei in Hannover deuteten darauf hin, dass Vorgesetzte Übergriffe, Misshandlungen und Diskriminierung von Ausländern geduldet hätten. Das Bewusstsein, dass Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden müsse, sei dort offensichtlich nicht vorhanden.

Den Hamburger Kriminalwissenschaftler Rafael Behr überraschen die Informationen über Misshandlungen nicht. „Wir wissen, dass es immer wieder institutionelle und situative Bedingungen gibt, in denen so etwas vorkommt", sagte Behr dem Bremer „Weser-Kurier". So steige grob gesehen die Wahrscheinlichkeit für Fehlverhalten, wenn eine nach außen abgeschottete Gruppe junger Männer mit niedrigem Dienststatus auf einen charismatischen informellen Leiter treffe.

Doch dass rassistisches Behördenhandeln keine Spezialität der Polizei ist, hat ungefähr zur gleichen Zeit die Berliner Ausländerbehörde gezeigt. Nach ARD-Recherchen hat sie für die Abschiebung von Asylbewerbern jahrelang mit einem Gutachter zusammengearbeitet, der gegen erhebliche Summen offenbar Gefälligkeitsgutachten erstellt hat. Der mittlerweile in Rente gegangene Arzt Rainer L., soll etwa 50.000 Gutachten im Auftrag der Berliner Behörden erstellt haben, unter anderem um die Reisefähigkeit von abgelehnten Asylbewerbern festzustellen. Dafür sollen Millionensummen geflossen sein.

Das Verwaltungsgericht Berlin erklärte am 25. Februar 2015 die Abschiebung einer jungen Frau, Banu O., in die Türkei für rechtswidrig und bewertete die Feststellungen von L. zur Flugfähigkeit als „unbrauchbar" und den Arzt als „ungeeignet", diese festzustellen. Der Arzt hatte im Gericht gesagt, er habe seit 30 Jahren im Auftrag der Polizei Bescheinigungen ausgestellt. Oft ging es dabei auch um die „Verwahrfähigkeit" von Menschen, also etwa um die Frage, ob stark Betrunkene eingesperrt werden dürfen, ohne dass sie gefährdet sind. Ein Richter am Verwaltungsgericht Berlin, sagte gegenüber der ARD, es entstehe der Eindruck, dass der Gutachter bewusst von den Behörden beauftragt worden sei mit dem Ziel, Abschiebungen zu ermöglichen.•

GESCHICHTE

Vor 130 Jahren, von November 1884 bis Februar 1885, trafen sich Vertreter von 13 europäischen Staaten, den USA und des Osmanischen Reiches zur Berliner Afrika Konferenz, auf der die koloniale Aufteilung des afrikanischen Kontinents besprochen wurde. Wir nahmen den Jahrestag zum Anlass, um mit Mnyaka Sururu Mboro & Christian Kopp vom Verein 'Berlin Postkolonial' über die Afrika-Konferenz, den Umgang der Bundesrepublik mit seiner kolonialen Vergangenheit und über Interventionen antirassistischer Initiativen zu sprechen.

„Heute schauen weitaus mehr Menschen über den nationalen Tellerrand"



Joshua Kwesi Aikins und Christian Kopp bei einer Führung für die Nama und Herero, die 2011 die Gebeine ihrer Vorfahren aus Berlin zurückholten (Bild: J.Zeller).

Ihr beschreibt auf eurer Homepage, dass einer der Ausgangspunkte für eure Arbeit der 120. Jahrestag der Berliner-Afrikakonferenz in 2004/05 gewesen ist. Welche Bedeutung hat die Berliner Afrika-Konferenz für die europäische Kolonialgeschichte?

Die Berliner Afrika-Konferenz 1884/85 ist ohne Zweifel ein absolut bedeutsames Ereignis der Weltgeschichte. Doch während hier bis 1945 eher stolz auf Deutschlands maßgebliche Rolle dabei verwiesen wurde, will man sich seitdem nicht mehr daran erinnern. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Afrikas Herz — das riesige Kongobecken — wurde de facto zum Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II erklärt. Dessen verbrecherisches Ausbeutungsregime kostete circa 10 Millionen Menschen das Leben. Die Europäer einigten sich zudem untereinander auf „völkerrechtliche" Regeln für die Annexion der weiten, bis dahin noch nicht kolonisierten Gebiete Afrikas. Dieses unerhörte Vorgehen wurde der Weltöffentlichkeit als eine Art gemeinsame europäische Entwicklungshilfe, konkret als „christliche Zivilisierungsmission" und „Kampf gegen den Sklavenhandel" verkauft — den man selbst jahrhundertelang betrieben und gerade erst eingestellt hatte. Als „Berlin Conference" ist das menschenverachtende und demütigende Schlüsselereignis heute jedem Grundschulkind in Afrika bekannt — nicht so in Berlin, wo eigentlich nur die Black Community eine aktive Erinnerung pflegt.

Im Vergleich zu Frankreich und England war im Deutschen Reich der Kolonialismus zu diesem Zeitpunkt ja noch sehr umstritten. Welche Relevanz hatte die Afrika-Konferenz für die damalige deutsche Politik und welche Rolle spielten machtpolitische Erwägungen des Reichskanzlers Otto von Bismarck?

Die innerdeutsche Skepsis gegenüber einer eigenen Beteiligung am Kolonialismus wird unserer Einschätzung nach überbewertet. Sicher, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts haben die Sozialdemokraten scharfe Kritik am deutschen Kolonialismus geäußert und Bismarck selbst hat die finanziellen und die außenpolitischen Konsequenzen kolonialer Politik für den deutschen Staat realistisch beurteilt. Dass er sich im Vorfeld und Nachgang der Berliner Afrika-Konferenz dennoch für eine kurze aber entscheidende Phase kolonialpolitisch engagierte, spricht aber eher für die Popularität einer deutschen Beteiligung am „Scramble for Africa". Seit der 1848er Revolution und dann besonders

nach der Reichsgründung 1870/71 mehrten sich die Stimmen politisch und wirtschaftlich einflussreicher Kräfte für eine aktive Welt- und Kolonialpolitik des Deutschen Reiches. Die gemeinsam mit Frankreich geplante Konferenz in Berlin wies die portugiesischen und britischen Kolonialambitionen in die Schranken und sicherte die internationale Anerkennung der deutschen Ansprüche im heutigen Namibia, Togo, Kamerun und Tansania. Das war keineswegs unpopulär.

Aktuell organisiert ihr eine Fortbildungsreihe für Lehrkräfte zur deutschen Kolonialgeschichte. Welche Leerstellen seht ihr in den Berliner Lehrplänen und was sind die konkreten Ziele, die ihr mit den Fortbildungen verfolgt?

Wir haben in den letzten Jahren unzählige Führungen zu den Spuren des deutschen Kolonialismus im Berliner Stadtraum organisiert und dabei sowohl bei Jugendlichen als auch bei Lehrkräften große Wissens- und Bewußtseinslücken festgestellt. Verwundern kann das nicht, denn selbst der gerade diskutierte, neue Rahmenlehrplan für Berlin betrachtet den europäischen und deutschen Kolonialismus als exotisches Randthema. Er reduziert ihn auf die Vorgeschichte des 1. Weltkriegs, obwohl er lange vorher begann und bis heute große Auswirkungen hat. Mit unserem Projekt „Far, far away?", das wir gemeinsam mit dem Institut für diskriminierungsfreie Bildung durchführen, wollen wir dort ansetzen und zum Dialog über den Kolonialrassismus anregen, der auch die europäischen Gesellschaften massiv geprägt hat. Gleichzeit wollen wir natürlich auf das Wie zu sprechen kommen, denn bei einer unreflektierten Thematisierung werden sprachliche und bildliche Kolonialrassismen ständig reproduziert. In den meisten Unterrichtsmaterialien werden Schwarze Menschen und People of Colour bis heute marginalisiert und diskriminiert.

Was macht ihr neben den Workshops noch?

Wir sind seit Jahren gemeinsam mit migrantisch-diasporischen Selbstorganisationen, antirassistischen und entwicklungspolitischen Gruppen in mehreren Kampagnenbündnissen aktiv. Das Bündnis „Decolonize Mitte" beispielsweise setzt sich für Dekolonisierung des Stadtraums in Berlin ein. Vor allem fordern wir eine Umbenennung der auf die Versklavung Schwarzer Kinder zurückgehenden „Mohrenstraße" sowie der Lüderitzstraße, der Petersallee und des Nachtigalplatzes, die bis heute kriminelle Kolonialbegründer ehren. Hier wünschen wir uns eine Ehrung afrikanischer Persönlichkeiten. Bundesweit sind wir mit unserer Wanderausstellung „freedom roads! koloniale straßennamen | postkoloniale erinnerungskultur" unterwegs. Dann engagieren wir uns bei „No Humboldt 21!" gegen den Bau des neokolonialen Humboldt-Forums, in dem Berlin völlig schamlos seine im Kolonialismus angeeigneten Schätze aus aller Welt präsentieren will. Und schließlich sind wir bei der Kampagne „Völkermord verjährt nicht" aktiv, die sich für eine offizielle Anerkennung des deutschen Genozids an den Herero und Nama sowie für eine bislang nicht erfolgte Entschädigung der dabei enteigneten Communities einsetzt.

Wie hat sich denn die Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte aus eurer Perspektive in den vergangenen Jahren entwickelt? Erlebt ihr eine zunehmende Resonanz auf eure Interventionen oder eure bildungspolitische Praxis oder lässt sich das so gar nicht sagen?

Hier können wir auf jeden Fall eine positive Bilanz ziehen. Im Zuge der Globalisierung gewinnt das Thema unübersehbar an Relevanz: Heute schauen weitaus mehr Menschen über den nationalen Tellerrand als vor 30 Jahren, die Kommunikationswege zwischen Nord und Süd sind kürzer und vor allem wächst Europas migrantisch-diasporische Community. Langsam aber sicher dringt das Thema auch in die Massenmedien und in die historisch-politische Bildungsarbeit vor und wir sind sicher, dass dieser Trend nicht mehr umkehrbar ist, auch wenn staatliche Institutionen das eher blockieren als unterstützen. Das Interesse an unseren Veranstaltungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen, unsere Führungen sind sehr nachgefragt, jährliche Veranstaltungen wie der Berliner Gedenkmarsch für die afrikanischen Opfer des Kolonialismus, des Versklavungshandels und des Rassismus Ende Februar haben sich etabliert und werden von immer mehr Menschen besucht.

In den vergangenen Jahren, seit der Selbstaufdeckung des NSU, aber auch mit der zunehmenden rassistischen Mobilisierung gegen Flüchtlingsunterkünfte, ist das Thema Rassismus medial wieder präsenter. Welche Rolle spielen aktuelle gesellschaftspolitische Debatten für eure Praxis? Versucht ihr diese mit der Auseinandersetzung um die deutsche Kolonialgeschichte zu verknüpfen?

Unser Fokus liegt auf der Berliner Kolonialgeschichte, aber natürlich hat der Kolonialismus erhebliche Konsequenzen für die Gegenwart, auch hier vor Ort. Zum einen gibt es weltweit postkoloniale Strukturen, Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten, die über den Kolonialismus hinaus bestehen blieben. Man denke nur an das moderne Landgrabbing global agierender Konzerne, an die anhaltende Ausbeutung von natürlichen und menschlichen Ressourcen im Globalen Süden durch die Länder des Nordens oder den Ausschluss von Refugees und Migrant*innen aus der Festung Europa. Deren Slogan „We are here because you were there" bringt die Verbindung ja auf den Punkt. Aber auch die Geschichte des Kolonialismus selbst ist ganz aktuell. Beispielsweise werden bis heute hier in Deutschland die Gebeine von Menschen aus aller Welt, die im Kolonialismus entwendet wurden, für Forschungszwecke missbraucht: Die müssen den Nachfahren unbedingt zurückgegeben und würdig bestattet werden. Und auch Europas und Deutschlands Kolonialverbrechen sind mit Hinsicht auf die noch ausstehenden symbolischen und materiellen Reparationen natürlich ein Thema der Gegenwart. •

www.berlin-postkolonial.de
www.freedom-roads.de
www.decolonize-mitte.de
www.no-humboldt21.de
www.genocide-namibia.net

REPRESSION

Die auf die „Leaks" des „Whistleblowers" Edward Snowden gestützten Enthüllungen über die Überwachungspraxis von Geheimdiensten wie der NSA sind ein guter Anlass, um Empfehlungen zur Verwendung von Kommunikationstechnik[1] in der Antifa-Szene zu geben.

Antifa nach Snowden

Don't be paranoid, just be careful
Die Möglichkeiten, die finanziellen Ressourcen und der Ehrgeiz, mit der die „National Security Agency" (NSA) die Bevölkerung überwacht, wirken monströs. Nach den Enthüllungen von Snowden dürften zudem andere — auch deutsche — Geheimdienste und Polizeibehörden vor Neid erblasst sein. Mittlerweile versuchen sie nach Kräften und entsprechend ihrer (finanziellen) Möglichkeiten aufzuschließen. Während der gesellschaftliche Schaden dieser Entwicklungen noch nicht abzusehen ist, besteht für politisch Aktive jedoch kein Grund, gegenüber dem „Überwachungsstaat" zu verzweifeln, da selbst die Möglichkeiten der NSA gemäß Snowden begrenzt waren und auf absehbare Zeit sein dürften.

So zeigen die von Snowden „geleakten" Dokumente gerade auf, dass etablierte Verschlüsselungstechniken ihren guten Ruf bei Kryptographie-expert_innen zu Recht genießen und nach wie vor empfehlenswert sind.[2] So lässt sich der politische Alltag weiterhin meistern.

Kryptographie funktioniert: GPG (Email), OTR (Jabber) und AES (Festplatten)

Das insbesondere für die Emailverschlüsselung genutzte, aber auch für Dateien anwendbare OpenPGP/ GnuPG (GPG) ist in der Reihe der empfehlenswerten Programme schon fast eine Legende. An ihm und seinem mittlerweile kommerziellen Vorgänger „Pretty Good Privacy" (PGP) beißen sich Überwacher_innen seit 1991 die Zähne aus. Jedoch ist die Bedienung recht kompliziert und verlangt den Nutzer_innen einige Kenntnisse und vor allem Disziplin ab. Viele gängige Emailprogramme (z.B. Thunderbird) bieten für die erleichterte Anwendbarkeit die Integration der GPG-Funktionalität an.[3]

Das jüngere „Off-the-record Messaging" (OTR) ist ein Protokoll zur Nachrichten-Verschlüsselung beim „Instant Messaging" (z. B. Chat per Jabber/ XMPP). OTR lässt sich über Plugins in Chat-Programme (z.B. Pidgin) integrieren und ist leichter zu bedienen als GPG.[4] Allerdings ist Jabber nicht für den verschlüsselten Dateiversand geeignet und OTR wird nur dann wirksam, wenn die Chatpartner_innen gleichzeitig online sind.

Die Standardmethode zur Festplattenverschlüsselung erwies sich ebenfalls als effektiv. Der im Oktober 2000 in einem Wettbewerb von Expert_innen zum „Advanced-Encryption-Standard" (AES) gekürte und seinen Nutzer_innen oft namentlich nicht bekannte „Rijndael"-Algorithmus läuft im Hintergrund zahlreicher Programme zur Verschlüsselung von Daten und ganzen Rechnern.

Wo ist dann überhaupt das Problem?

Während also ein großer Teil der wichtigsten Verschlüsselungstechniken der NSA trotzt, konnten die Schnüffler_innen unter anderem beachtliche Erfolge mit sogenannten „Man-in-the-middle"-Angriffen (MitM) und den sehr ähnlichen „Man-on-the-side"-Attacken auf die Verbindungsverschlüsselung im Internet verbuchen.[5] Für diese wird in der Regel das Verschlüsselungsprotokoll SSL/ TLS eingesetzt, um die zwischen Anbieter_innen und Nutzer_innen bestehende Leitung, die im Internet über verschiedenste Stationen läuft, vor dem Abhören und vor Manipulationen zu schützen (z.B. Online-Banking, Email). Eine aktive Verschlüsselung ist beim Surfen meist daran zu erkennen, dass die Adresse im Browser mit https anstatt nur mit http beginnt. Bei MitM-Angriffen klinkt sich ein_e Angreifer_in als Zwischenstation in die Kommunikation ein und leitet die Daten weiter, während sie mitgelesen werden, damit die Spionage nicht bemerkt wird. Als Gegenmaßnahme kommen bei jeglicher Kommunikationsverschlüsselung Authentifizierungsverfahren zum Einsatz (z.B. der „Fingerprint-Vergleich"), um zu gewährleisten, dass die Verbindung nicht kompromittiert wurde. Dies muss auch von den Nutzer_innen von OTR und GPG unbedingt beachtet werden — es zeigt sich jedoch in der Praxis, dass die bei SSL/ TLS vorgegebenen Verfahren unzureichend sind, beziehungsweise wegen des hohen Aufwands selten angewendet werden. Politisch Aktive sollten bei bestehender SSL/ TLS-Verbindung zusätzlich GPG (für Email) und OTR (im Jabber) nutzen.

Anonymität ist umkämpft: Tor und Tails

Auch der Anonymisierungsdienst Tor konnte laut den von Snowden an die Presse gegebenen Dokumenten von der NSA in der Praxis nicht ausgehebelt werden. Bei Tor führt eine Verbindung über mindestens drei zum Tor-Netzwerk gehörende Stationen, denen jeweils nur die vorhergehende und nachfolgende bekannt ist, so dass Start- und Endpunkt der Verbindung nicht miteinander in Verbindung gebracht werden können. Dabei ist wichtig zu verstehen, dass Anonymität und Verschlüsselung völlig verschiedene Dinge sind. Tor verschlüsselt nicht den letzten Schritt aus dem Tor-Netzwerk in das Internet, denn Tor dient nur dem Anonymisieren.[6] Gegenüber der Wirksamkeit von Tor scheint jedoch Skepsis an-

gebracht zu sein.[7] Diese Sorge wird auch von den Macher_innen von Tor geteilt, die den Dienst fortlaufend verbessern — bisher offenbar weitgehend erfolgreich.

Das auf Debian-Linux basierende Betriebssystem Tails[8] erleichtert die Nutzung von Tor erheblich. Es lässt Internetverbindungen ausschließlich über Tor zu. Zudem startet Tails als „Live"-System von USB-Stick oder DVD und arbeitet nur im Arbeitsspeicher (RAM) eines Rechners, dessen Festplatte somit unverändert bleibt. Nach dem Beenden einer Tails-Sitzung werden alle Spuren der Aktivitäten im Arbeitsspeicher überschrieben und alle Nutzungsspuren auf dem verwendeten Rechner beseitigt. Optional lassen sich jedoch Daten (verschlüsselt) speichern.

Anonymität im Internet lässt sich weiter steigern, indem ein laufendes Tails in den Bereich eines frei zugänglichen Wlan (z.B. im Café) gebracht und dort verwendet wird.[9] Falls Tor versagen sollte, führt die Fährte nur zu diesem öffentlichen Ort.

Was noch wichtig ist: Tipps, Fallstricke und Ausblicke

Für Internetdienste (Email, Jabber, Cloud, usw.) sollten nach Möglichkeit Angebote von vertrauenswürdigen linken Betreiber_innen wie riseup.net, immerda.ch, nadir.org, so36.net oder systemli.org genutzt werden, die Schnüffelmöglichkeiten für staatliche Überwacher_innen reduzieren, da sie mit diesen nicht kooperieren.

Eine Komplettverschlüsselung von PCs sollte mittlerweile selbstverständlich sein. Da die Kryptographie funktioniert, wird zukünftig das Knacken von Passwörtern noch stärker und routinemäßig Ziel leistungsstarker Rechner und Knackprogramme der Behörden werden. Der richtige Umgang mit Passwörtern wird immer entscheidender sein — es sollte nicht an deren Länge gespart werden.[10]

(Computer)-„Sicherheit" ist eine Praxis und kein Zustand. Der hier wiedergegebene Stand ist nur eine Teil- und Momentaufnahme und muss immer wieder auf seine Aktualität hin überprüft werden. Nicht nur diese Tatsache erfordert ein gewisses „Reindenken". „Sicherheit" ist auch keine einmalige Installation — etwa der oben empfohlenen Programme — sondern erfordert deren richtige Anwendung und Wartung. Mit Letzterem ist das zeitige Einspielen von Sicherheitsupdates gemeint, denn Sicherheitslücken treten bei jeder Art Software auf und bieten Angreifer_innen möglicherweise Einfallstore — auch über das Internet (z.B. für Spionagesoftware). Da Linuxsysteme (z.B. Ubuntu) im Gegensatz zu Apple- und Microsoft-Produkten im Ruf stehen, solche Schwachstellen zumindest rasch nach Bekanntwerden zu schließen, sind sie grundsätzlich vorzuziehen. Zudem macht Open-Source-Software wie Linux die Überprüfung von unabhängiger Seite erst möglich, während (kommerzielle) Closed-Source-Software diese Kontrolle des Quelltextes (Source Code) von Programmen (und ganzen Betriebssystemen) verhindert.

Jedoch kann letztlich niemand mit Sicherheit sagen, ob in der verwendeten Software nicht unentdeckte Lücken klaffen, die ausgenutzt werden (könnten). Falls Angreifer_innen physischen Zugang zu einem Rechner haben, können sie Spionagesoftware (und/ oder -hardware) auch direkt einbringen — hierfür müssen keine Sicherheitslücken in der Software vorhanden sein.

Daher ein genereller Hinweis zum Schluss: Prinzipiell sollte nur die Technik verwendet werden, die gebraucht wird und jeweils genau abgewogen werden, ob die Risiken der Technik ihren Nutzen nicht übersteigen — Gespräche im „Real Life" sollen auch im „Computerzeitalter" noch möglich sein. •



1 Der vorliegende Artikel beschränkt sich auf die Verwendung von Computern. Handys sehen sich wegen der großen Überwachungsmöglichkeiten zu Recht einem großen Misstrauen ausgesetzt und stellen ein eigenes Thema dar. Zu Smartphones nur dies: verschlüsselte Messenger (z.B. TextSecure/ Signal, o.ä.) sind oft kostenlos, ausgesprochen einfach zu bedienen und im Ergebnis einer SMS klar vorzuziehen. 2 Andere konnten jedoch geknackt oder sabotiert werden. Überwachung scheint z.B. bei der Telefonie-Software „Skype" möglich. Für eine Übersicht (englisch): www.spiegel.de/international/germany/inside-the-nsa-s-war-on-internet-security-a-1010361.html 3 Anleitung für Thunderbird und GPG: https://wiki.systemli.org/howto/howto /thunderbird_gpg 4 Anleitung für Jabber beim linken Tech-Kollektiv „Systemli": https://wiki.systemli.org/howto/jabber 5 Unverschlüsselte Verbindungen wurden und werden ohnehin mitgeschnitten und ausgewertet. Dasselbe gilt für andere für Behörden leicht zugängliche Daten, wie die auf Facebook, o.ä. Daher sind Verschlüsselung und das Nicht-Veröffentlichen privater Daten anzuraten. 6 GPG hat wiederum mit Anonymität nichts zu tun, da das Programm nur verschlüsselt. Sender_in und Empfänger_in sind bekannt. 7 Siehe Kapitel: „Grenzen von Tails" https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version/#Warnung 8 „The amnesic incognito live system" (Tails): https://tails.boum.org/ und Anleitung (deutsch): https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version 9 Hierbei ist noch einiges zu beachten: siehe Abschnitt „Gefahren von kabellosen Schnittstellen" unter: https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version/#Warnung 10 Passworter werden oft zu kurz gewählt. Die Empfehlungen für deren Mindestlänge werden von Expert_innen seit Jahren immer wieder noch oben korrigiert. Es empfiehlt sich für die Praxis, Passwort-Manager (wie z.B. KeePassX) zu nutzen. Tipps zu Passwörtern: https://capulcu.blackblogs.org/bandi/html-version/#Passwoerter

REPRESSION

Schon im vergangenen Jahr (vgl. AIB # 103) berichteten wir über die Kleinstadt Bückeburg im Landkreis Schaumburg in Nordrhein-Westfalen, in dem über Jahrzehnte hinweg neonazistische Strukturen ungestört agieren konnten. Anlass für den letzten Artikel war zum einen die Einbindung aktionsorientierter rechter Jugendlicher in die örtliche Neonaziszene, zum anderen die Strategie von Polizei, Stadtverwaltung und Gerichten, linke Jugendliche zu kriminalisieren und Neonaziaktivitäten als Randproblem zu verharmlosen.

Rechte Hegemonie in Bückeburg

Ein kurzer Abriss: Seit 2006 organisieren rechte Strukturen aus dem Raum Schaumburg, Minden und Ostwestfalen den alljährlichen Neonaziaufmarsch in Bad Nenndorf. Im Rahmen dieses Events konnten Markus Winter (vgl. AIB Nr. 79) und andere Kader aktionsorientierte Jugendliche in die Arbeit des „nationalen Widerstands" einbinden. So formierte sich 2008 die Aktionsgruppe Bückeburg. Die Neonazi-Kader der Region organisierten ideologische Schulungen und Partys für den Nachwuchs und festigten so die rechten Strukturen. Im Jahr 2011 gründeten sich die Autonomen Nationalisten Bückeburg (AN-Bbg). Diese wirkten durch ihr Auftreten im Stil der Autonomen Nationalisten mit der Adaption von linken Kleidungsstilen und Aktionsformen anziehend auf viele Jugendliche. Gleichzeitig änderte sich die Qualität der Aktionen der AN-Bbg. Einschüchterungen, Bedrohungen und gewalttätige Übergriffe auf nicht-rechte junge Menschen wurden zum Alltag an den Schulen und im öffentlichem Raum. Durch das militante Auftreten der Neonazis wurde die Innenstadt von Bückeburg zu einer „No Go Area" für viele alternative Jugendliche. Aktionen, wie der Beschuss von deren Wohnhäusern mit Stahlkugeln sowie PKW-Jagden in den Abendstunden festigten diesen Zustand. Die Stärke der AN-Bbg wirkte anziehend auf viele Schüler_innen, die rechte Szene erlangte jugendkulturelle Hegemonie.

Die Polizei leugnete zunächst die Existenz einer organisierten rechten Szene. Als die Aktionen der Neonazis öffentlich wahrgenommen wurden, bedienten sie sich der üblichen extremismustheoretischen Herleitung und sprachen von einem „Rechts-Links-Konflikt". Linke Sticker- und Sprühaktionen wurden so mit rechten Gewalttaten statistisch gleichgesetzt. Durch die Verschärfung der Situation und das Ausbleiben einer solidarischen Resonanz der Stadtgesellschaft auf die Pressearbeit und Demonstrationen der linken Szene organisierten sich seit 2012 junge Antifaschist_innen verstärkt selbst. Polizei und Presse werteten das als Eskalation und reagierten mit einer Null-Toleranz-Linie gegen Antifaschist_innen. Der Stadtrat schloss sich der Auslegung von Polizei und Staatsschutz an und verurteilte jegliche Form von Extremismus. In diesem Zuge wurden die Opfer rechter Gewalt zu den Verursachern der Eskalation in Bückeburg stilisiert.

Repression: Hausarreste, Stadtverbote und die Kleidungsverordnung

Auf die Angriffe auf Wohnhäuser alternativer Jugendlicher reagierte die Polizei ignorant und spiele sie herunter. In einem Fall wurde trotz Notrufs kein Streifenwagen zum Tatort geschickt. Stattdessen setzte die Polizei konsequent repressive Maßnahmen gegen vermeintliche Antifaschist_innen durch. Personenkontrollen wurden zur Tagesordnung, die Polizei suchte akribisch nach Anhaltspunkten für deren Kriminalisierung. Das Tragen von T-Shirts mit der Aufschrift „FCK CPS" wurde von den Beamt_innen des Polizeikommissariats Bückeburg als Beleidigung gewertet. Jugendliche wurden bei Kontrollen dazu aufgefordert, die T-Shirts zu wechseln. In einem Fall wurde eine Betroffene bei einer abermaligen Kontrolle mit einem Anstecker der gleichen Buchstabenkombination angetroffen. Daraufhin wurde die vermeintliche Beleidigung zur Anzeige gebracht. Das Amtsgericht Bückeburg verurteilte die Frau Ende 2013 zu 15 Stunden gemeinnütziger Arbeit mit der abenteuerlichen Begründung, dass es sich bei den Polizeibeamt_innen des Polizeikommissariats Bückeburg „mit etwa 25 in Uniform diensttuenden Polizistinnen und Polizisten (...) wegen dessen überschaubarer Größe um eine hinreichend abgrenzbare Gruppe" und damit nicht um eine straflose Kollektivbeleidigung handeln würde. Die Betroffene klagte gegen das Urteil und erhielt nun vom Bundesverfassungsgericht recht. In der Urteilsbegründung heißt es: „Der Aufdruck „FCK CPS" ist nicht von vornherein offensichtlich inhaltslos, sondern bringt eine allgemeine Ablehnung der Polizei und ein Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der staatlichen Ordnungsmacht zum Ausdruck. Es handelt sich um eine Meinungsäußerung im Sinne des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG. Es fehlt an hinreichenden Feststellungen zu den Umständen, die die Beurteilung tragen könnten, dass sich die Äußerung auf eine hinreichend überschaubare und abgegrenzte Personengruppe bezieht. Nach den dargelegten Maßstäben reicht es nicht aus, dass die örtlichen Polizeikräfte eine Teilgruppe aller Polizisten und Polizistinnen sind. Vielmehr bedarf es einer personalisierenden Zuordnung, für die hier nichts ersichtlich ist. Es kann nicht angenommen werden, dass die dem Anstecker zu entnehmende Äußerung allein durch das Aufeinandertreffen der Beschwerdeführerin





mit den kontrollierenden Polizeibeamten einen objektiv auf diese konkretisierten Aussagegehalt gewonnen hat. Der bloße Aufenthalt im öffentlichen Raum reicht nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Benennung der Umstände nicht aus, die eine aus dem Wortlaut einer Äußerung nicht erkennbare Konkretisierung bewirken."[1]

In der Polizeistrategie drückte sich klar aus, wer für die Eskalation in Bückeburg verantwortlich gemacht wurde. Während sich Gruppen von Neonazis ungestört in der Stadt versammeln konnten, wurden Antifaschist_innen mit Kontrollen, Begleitungen und Platzverweisen als potentielle Gewalttäter_innen stigmatisiert. Für den Fall, dass sich Neonazis und Antifaschist_innen gleichzeitig in der Stadt aufhielten, setzte die Polizei faktische „Hausarreste" durch. Jugendliche wurden daran gehindert, ihre Wohngemeinschaften zu verlassen. Im Zuge dessen kam es in mindestens zwei Fällen zur Stürmung der Wohnungen. Ingewahrsamnahmen, Strafverfahren und Stadtverbote für auswärtige Jugendliche waren die Folge, während sich Neonazis frei in der Innenstadt bewegen konnten.

Kampagne Antifaschistischer Selbstschutz ist legitim und notwendig!

Die antifaschistische Intervention sorgte für mehr Sicherheit und Bewegungsfreiheit für alternative Jugendliche in Bückeburg. Durch sie gelang es, den Aktionsraum der Neonazis weiter einzuschränken und der Einbindung von Jugendlichen in die Neonaziszene entgegenzuwirken. Sie machte der Neonaziszene und deren SympathisantInnen konsequent klar, dass einer Ideologie und Praxis der Ausgrenzung, Einschüchterung und Gewalt gegen Andersdenkende eine klare Absage erteilt wird.

Mittlerweile haben sich die AN-Bbg aufgelöst, jedoch agieren ihre ProtagonistInnen in zum Teil neuen Organisationen wie der Partei „Der Dritte Weg" weiter. In Bückeburg traten sie in letzter Zeit nur noch in Großgruppen auf, versuchten dabei jedoch wiederholt, Antifaschist_innen anzugreifen.

Dem antifaschistischen Widerstand wird von der Justiz mit einer Reihe von Verfahren begegnet. Staatsanwaltschaft und Jugendrichter am Amtsgericht Bückeburg fallen dadurch auf, jegliche Bagatellen in einen politischen Kontext zu pressen und diese zum Prozess zu bringen. Die Masse an Verfahren, die sie seit 2013 sammeln und der damit gerechtfertigte erhöhte Verfahrensaufwand waren Anlass, sie als Sammelprozesse zusammenzufassen und eine Instanz nach oben an das Jugendschöffengericht zu verweisen. Diesem sitzt derselbe Richter vor und reichte das Verfahren mit der gleichen Begründung an das Landgericht weiter. Für die Beschuldigten, welche zur Tatzeit Jugendliche waren, bedeutet diese Verschleppung eine massive Zumutung und Einschränkung. Die Anwälte der Betroffenen kritisieren in diesem Zusammenhang den Verstoß gegen den Beschleunigungsgrundsatz für Jugendstrafverfahren, das Wegfallen von Berufungsinstanzen und eine völlig überflüssige Aufwertung der Tatvorwürfen.

Die Ignoranz der Verantwortlichen in Verwaltung, Polizei und Politik gegenüber Opfern rechter Gewalt sowie das konsequente Leugnen organisierter rechter Strukturen trugen zu einer Stärkung der Neonaziszene bei. Das Verhalten von Polizei und Justiz gegenüber Antifaschist_innen ist dabei Ausdruck einer reaktionären Einstellung, die sich durch sämtliche Institutionen in Bückeburg zieht. Die Kriminalisierung antifaschistischer Praxis war Anlass dafür, die Kampagne „Antifaschistischer Selbstschutz ist legitim und notwendig!" ins Leben zu rufen. Mit einer Demonstration im April 2015 drückten ca. 300 Teilnehmende ihre Solidarität mit den Betroffenen der Verfahren aus. Das Bündnis ruft außerdem dazu auf, die Mitte November 2015 beginnenden Prozesse kritisch zu begleiten und den Neonazis bei den Verhandlungen keinen Raum für Provokationen zu lassen. •

Zeigt eure Solidarität, informiert euch über die bevorstehenden Prozesse auf antifasolibbg.noblogs.org oder spendet für die Betroffenen!

1 www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-023.html

RUSSLAND

Internationales Nationalistentreffen in St. Petersburg

UTE WEINMANN

Russland bietet nicht erst seit jüngster Zeit hervorragende Bedingungen für internationale Querfrontbündnisse. Aber erst seit dem Erscheinen von Vertretern europäischer ultranationalistischer und neonazistischer Parteien als Wahlbeobachter auf der Krim im vergangenen Jahr scheint dieser Umstand im Bewusstsein einer etwas breiteren Öffentlichkeit angekommen zu sein. Tatsächlich haben die Entwicklungen auf der Krim und im Donbass das russische Politestablishment darin bestätigt, verstärkt die Nähe zu in der extremen Rechten verorteten europäischen Parteistrukturen zu suchen. Das führt dann schon mal dazu, dass wie Ende März 2014 in St. Petersburg unter der Ägide des Chefs der russischen Eisenbahn Wladimir Iwanowitsch Jakunin — einem engen Weggefährten des russischen Präsidenten Wladimir Putin — über den Kampf gegen den Neofaschismus gemeinsam mit exponierten Figuren der europäischen Rechten wie dem polnischen Antisemiten Mateusz Piskorski diskutiert wird.

Ein Jahr später bot sich St. Petersburg wieder für ein Treffen der europäischen Rechten an. Angedacht war ursprünglich bereits für Oktober 2014 ein Kongress mit dem Ziel, ein europaweites Netzwerk der extremen Rechten zu schaffen. Verbindliche Strukturen zur besseren Koordinierung nationalkonservativer Kräfte schwebten den Organisatoren vor. Letztlich geht es der russischen Seite jedoch darum, über befreundete Strukturen Druck auf Regierungen innerhalb der Europäischen Union hinsichtlich für Russland relevante Entscheidungen auszuüben.

Ein pragmatisches und vielversprechendes Konzept, das sich bestehende ideologische Gemeinsamkeiten zu nutze macht, gleichzeitig jedoch nicht daran gebunden ist.



Udo Voigt (NPD) und Alexej Schurawljow, Vorsitzender von „Rodina" (rechts).

Screenshot: Twitter

Am 22. März 2015 fand schließlich das „Internationale Russische Konservative Forum" auf Initiative der extrem rechten Partei „Rodina" (Heimat) statt, die als national-patriotisches Projekt des Kreml gilt. Alexej Schurawljow, Vorsitzender der Partei „Rodina" und gleichzeitig Fraktionsmitglied der Partei „Einiges Russland" in der Duma, hatte seine Teilnahme zwar angekündigt, blieb dem Forum jedoch fern. Verantwortlich für die Umsetzung vor Ort war Jurij Ljubomirskij, vormaliger Vorsitzender des lokalen Ablegers der Vereinigung „Recht auf Waffen" und Koordinator der Partei „Rodina" in St. Petersburg. Ihm war es gelungen eine ganze Reihe bekannter Namen ins „Russische Nationale Kulturzentrum — Unser Haus" zu locken: Udo Voigt (NPD), Roberto Fiore (Forza Nuova Italien), Kris Roman (Euro-Rus Belgien), Nick Griffin (British Unity), Wolen Siderow (Ataka Bulgarien), den finnischen Kreml-Apologet Johan Bäckman und zwei Angehörige der griechischen Chrysi Avgi. Auch die USA waren vertreten, während FPÖ, Jobbik und der Front National, der zum Zeitpunkt der Konferenz einen Wahlkampf zu bestreiten hatte, nicht erschienen waren.

Auch von russischer Seite glänzte die rechte Polit-Prominenz mit ihrer Anwesenheit, allerdings nur jener Teil, der sich mit den „Volksrepubliken" im Donbas solidarisch erklärte und sich durch entsprechende Distanz zum Kiewer Maidan hervorgetan hatte. Dazu zählen neben profilierten Mitgliedern der „Rodina", wie beispielsweise Fjodor Birjukow, auch Konstantin Krylow und Wladimir Tor von der „Nationaldemokratischen Partei", und etliche Vorkämpfer für die Idee eines unabhängigen Donbass. Zur „Heimatfront" gesellte sich außerdem der Petersburger Neonazi und Alexej Miltschakow, der in der „Donezker Volksrepublik" als Kommandeur der Einheit „Rusitsch" mit der Waffe kämpft.

In eigener Sache anwesend waren außerdem Stanislaw Byshok und Jewgeni Waljajew, beide aufsteigende Ex-Neonazis im Expertenpool des Kremls. Waljajew, ehemaliger Pressesprecher der Neonazi-Gruppierung „Russij Obraz", der als Informationszuträger für die kürzlich verurteilten Neonazis der „Kampforganisation russischer Nationalisten" (BORN) fungierte, verteilte an die Teilnehmer des Forums seine jüngsten Rechercheergebnisse zum Thema „Extremistische Bewegungen in Russland und die ukrainische Krise". Waljajew, Byshok und ein dritter Autor machen darin u.a. linke und anarchistische Gruppierungen zur Zielscheibe strafrechtlicher Verfolgung. •

FINNLAND

Rechter Wahlerfolg

DAN KOIVULAAKSO

Bei den Wahlen des finnischen Parlaments am 19. April 2015 konnten die sozialchauvinistischen Rechtspopulisten der Partei „Die Finnen" („Perussuomalaiset", bis 2012 „Wahre Finnen") nahezu an ihren Wahlerfolg aus dem Jahr 2011 anknüpfen und wurden mit 17,7 Prozent (2011: 19,1 Prozent) zweitstärkste politische Kraft neben der finnischen Zentrumspartei („Suomen Keskusta"). In Koalition mit der „Nationalen Sammlungspartei" („Kansallinen Kokoomus") bilden beide nun die am weitesten rechts stehende Regierung Finnlands seit Jahrzehnten. Auf der politischen Agenda dieser neuen Regierung stehen unter anderem Kürzungen in Millionenhöhe bei Arbeitslosengeld, Tagesbetreuung und Ausbildung bei gleichzeitiger Lockerung der Erbschaftssteuer sowie Steuersenkungen für Firmen und Unternehmen.

Nach den Wahlen 2011 gingen die „Wahren Finnen" in die Opposition, da sie nicht bereit waren den Europa-Konsens der damals an den Koalitionsgesprächen beteiligten Parteien mitzutragen. Eine Regierungsbeteiligung scheiterte damals an der Anti-EU-Haltung der Partei, nicht etwa an deren extremem Nationalismus oder ihren xenophoben Ansichten. Dieser konsequente Gang in die Opposition zur Wahrung der eigenen Standpunkte brachte den „Finnen" viele Sympathien in der Bevölkerung ein. Gleichzeitig machten diverse neoliberale Zugeständnisse der regierenden Sozialdemokraten und der Linken rechtspopulistische Positionen weiter salonfähig. „Die Finnen" schlugen daraus politisches Kapital und konnten ihr eigenes Profil weiter schärfen.

Durch die nun bestehende Regierungsverantwortung ist die Partei gezwungen die neoliberale Politik ihrer Koalitionspartner mitzutragen, sehr entgegen der bisherigen Linie des Parteivorsitzenden Timo Soini. Dieser blieb bis dato auf Distanz zu neoliberalen Positionen, was sich unter anderem mit den Wurzeln der Partei im ländlichen Protest erklären lässt und sie von anderen Parteien am rechten Rand wie beispielsweise den „Schwedendemokraten" oder dem französischen „Front National" unterscheidet.

Partei der „Arbeiterklasse ohne Sozialismus"

Ihre ethnisch-nationalistische Sichtweise des „Finnischseins" verortet die Partei deutlich am äußersten rechten Rand, genauso wie ihre Definition einer gewerkschaftsfeindlichen „Arbeiterposition". So bezeichnen sich „Die Finnen" denn auch in einem Slogan als „Partei der Arbeiterklasse ohne Sozialismus". Der Kampf gegen die in Skandinavien traditionell starken Gewerkschaften ist jedoch nicht bei allen Wählern populär und so setzen die Rechtspopulisten auch auf andere Kernthemen rechter Politik wie beispielsweise den Kampf gegen illegale Einwanderung.

Viele der Parteifunktionäre, die nun wichtige institutionelle Positionen besetzen, haben einen deutlichen Bezug zu extrem rechter Politik. Die neue Parlamentssprecherin Maria Lohela beispielsweise ist Mitunterzeichnerin einer rassistischen „Einwanderungskritischen Erklärung" von 2011, welche auch James Hirvisaari unterschrieben hatte, ein später ausgeschlossenes Parteimitglied, welches unter anderem dadurch auffiel, dass seine Gäste im Parlament den Hitlergruß zeigten. Viele weitere Unterzeichnende sind oder waren Mitglieder von „Suomen Sisu", einem neofaschistischen Think-Tank, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Reputation der extremen Rechten wiederherzustellen, nachdem diese durch massive Gewalttaten von Neonazis in den späten 1990er-Jahren Schaden genommen hatte. Viele der Forderungen dieses Think-Tank fanden ihren Weg in das Parteiprogramm der „Finnen". Auch der Autor des Immigrations-Programms der Partei lässt wenig Zweifel am politischen Hintergrund der Regierungsverantwortlichen aufkommen: Jussi Halla-aho, Mitglied des Europaparlaments, stand mehrfach wegen rassistischer Agitationen vor Gericht und wurde 2012 wegen Störung von Religionsausübung und „ethnischer Agitation" zu einer Geldstrafe verurteilt.



Timo Soini — Parteivorsitzender von „Die Finnen"



Jussi Niinistö — einst Autor des neonazistischen „White Front"-Magazins und heute Verteidigungsminister

Der neu berufene Verteidigungsminister Jussi Niinistö plädierte in den 1990er-Jahren in einem Beitrag für das neonazistische „White Front"-Magazin für eine reformierte Neuauflage der „Weissen Wache", einer 1944 verbotenen faschistischen Miliz, und hetzte massiv gegen Migrant_innen.

Konkret umgesetzt hat die neue Regierung bereits die von „Die Finnen" geforderten zusätzlichen Gelder für Polizei und Militär bei parallelen Kürzungen in den meisten anderen Sektoren. Die Profilierung als Law-and-Order-Partei, inklusive dem Kampf gegen linke Kräfte, scheint aufzugehen und auch der Einsatz für die sehr populären Streitkräfte findet Anklang in der finnischen Bevölkerung. •

GROSSBRITANNIEN

Seit Monaten in sozialen Netzwerken angekündigt, fand am 21. März 2015 der „White Man March" (WMM) im britischen Newcastle upon Tyne statt. Obwohl dem Aufruf nur knapp 100 Neonazis folgten, scheint sich in Großbritannien eine neue neonazistische Allianz zu bilden.

„White Man March"

Neonazistische Allianzen in Großbritannien

Anders als bei Demonstrationen der „English Defence League" (EDL) waren die OrganisatorInnen bestrebt, ein klar rassistisches und neonazistisches Bild zu vermitteln und die Ideologie der „Überlegenheit der weißen Rasse" zu propagieren. Waren es zu Beginn die islamophoben Sprechchöre der EDL, setzten sich später Slogans wie „Hitler was right" oder „White Power" durch, was von den VeranstalterInnen als Erfolg bewertet wurde.

Der „White Man March" (WMM) ist Teil einer globalen aber marginalen Kampagne, deren ProtagonistInnen in rassistischen Verbänden wie der „Creativity Alliance" in den USA zu finden sind. Diese riefen schon 2014 zu einem globalen Aktionstag unter dem Label WMM auf, zu dem es nur wenig Resonanz gab. Die Losung „Diversität: Ein Codewort für Mord und Totschlag an der weißen Bevölkerung" ist der ideologische Kern und im Grunde die höchst mögliche Intensivierung des Rassismus. Nicht der „Volkstod" ist ausschlaggebend, sondern die Angst vor der „Vermischung der Rassen" bzw. dem „Aussterben der weißen Rasse". Es scheint, als würden David Lanes „14 Words"[1] eine Renaissance erleben.



Oben: „White Man March" — Misantrophic Division England (MD). Rechts mit Sonnenbrille: Francesco „Stan" Saverio Fontana aus Italien.
Rechts: „White man March" in Newcastle. Am Mikro: Ashley Bell.

„National Action" — von der Uni auf die Straße

Maßgeblich verantwortlich für den WMM in England ist die seit Mitte 2013 agierende Gruppe „National Action" (NA). Enttäuscht von etablierten extrem rechten Parteien wie der „British National Front" (BNP), unvereinbar mit der „israel-solidarischen" Ausrichtung der EDL und enttäuscht von den „nicht schlagkräftigen" Verbänden „Blood & Honour" (B&H) und „National Front" (NF) setzt sich die Gruppe aus jungen frustrierten AktivistInnen der genannten Organisationen zusammen. Es war ein langer Weg durch rechte Verbände inklusive physischer Auseinandersetzungen[2], bis die NA eine Basis vorweisen konnte.

Deren Gründer Benjamin Raymond und Alex Davies, beide Anfang 20, lernten sich in sozialen Netzwerken kennen, diskutierten über den Stand der Bewegung und kamen zur Einsicht, dass es der britischen Rechten an Schwung und „Reinheit" fehle. Raymond, ein rechter Intektueller, war bereits vor der NA federführend in der „Integralist Party", die sich an der französischen „Action française" orientierte[3]. Der ideologische Ursprung des gescheiterten Philosophie-Studenten Davies ist in neu-rechten Diskussions-Zirkeln wie dem „London Forum" und „New Right" zu finden. Auch Ansätze des „Nationalen Anarchismus" beeinflussten die Beiden. Blickt man auf die Website der NA, trifft man dort auf national-revolutionäres Gehabe und auf historischen Nationalsozialismus, verpackt im modernen Gewand der Popkultur: Bilder Hitlers mit Sonnenbrille, in der Hand eine Pistole, darüber der Spruch: „der Sommer ist da".

Virtueller Hass und Kampf um die Straße

Die Aktivitäten der NA begannen 2013 mit einem Blog samt Manifest. Universitäten und studentische Räume sollten Rekrutierungsfeld werden, allerdings ohne Erfolg. Es folgten vereinzelte Kundgebungen und Demonstrationen, wobei die Gruppe mit 20 Mitgliedern noch recht marginal wirkte. Das mediale Interesse an der NA wuchs erst durch ihren provokanten Aktionismus. Neben Transparent- und Flugblattaktionen äußerte sich die Gruppe zum ersten Mal im April 2014, als sie auf einer Kundgebung vor der Nelson Mandela Statue in London rassistische Banner in Solidarität mit den Buren (den Kolonialisten in Südafrika) präsentierten, den Hitlergruß zeigten und der Statue eine Banane in die Hand klemmten.

Auch die Twitter-Hetze des NA-Aktivisten Garron Helm, der rund 20 antisemitische Nachrichten an die jüdische Abgeordnete Luciana Berger schickte[4], erfuhr eine breite Öffentlichkeit. Die folgende Repression gegen ihn und weitere NA-AktivistInnen hatte die Konsequenz, dass sich NA nach innen Märtyer schaffen konnte, indem sie Helm als politischen Gefangenen stilisierte. Gleichzeitig war es das Startsignal für den mili-



tanten und offen antisemitischen Kurs der Gruppe.

„Wir sind wie die BNP, nur radikaler“, sagte Raymond auf einer Kundgebung in Liverpool im letzten Jahr. Und tatsächlich scheint die einst virtuelle Idee einer neuen britischen Rechten fernab des Establishments aufgegangen zu sein. Das propagierte, avantgardistisch progressive Bild ist dabei auch ein Produkt dieser Zeit. Überall in Europa kriselt es in den alten, rechten Strukturen und neue Gruppierungen formieren sich. Einem Elite-Anspruch folgend werden nützliche Ideen progressiver Subkulturen adaptiert. Deutlich beeinflusst von den Ablegern der „Autonomen Nationalisten“ in Osteuropa propagiert auch NA den „Straight Edge“-Lifestyle[5]. Die Idee des „gesunden Volkskörpers“ findet ihre Umsetzung in der körperlichen Ertüchtigung ganz nach dem Vorbild russischer Neonazis um das Kampfsport-Label „White Rex“.

Auf dem „Sigurd Outlaw Camp“ im August 2014 in Wales war laut Recherchen von „Searchlight“ auch deren Macher, Nick Ditikin, beteiligt, der zusammen mit AktivistInnen der NA Kampfsport und den Umgang mit Messern trainierte. In diesem Jahr will die NA sogar ein eigenes „Hatecamp“ in Schottland organisieren.

Eine neue Allianz

Die NA füllt die Lücke, die bisher weder EDL, die NF, noch die BNP besetzen konnten. Sie ist eine authentische Jugendorganisation wie es die „YouthBNP“ nie hätte sein können, denn NA agiert eigenmächtig, ohne sich von irgendwem für ihr Handeln autorisieren zu lassen.

Dass sie dadurch nicht nur an Mitgliedern gewinnt, sondern auch polarisiert, war zuletzt in Newcastle zu beobachten. Die AktivistInnen riefen dazu auf, zum WMM „nichtspalterische“ Fahnen mitzubringen. Ein klarer Seitenhieb an BNP und EDL. Tatsächlich vereinten sie damit die noch verbliebenen „rein“ neonazistischen Kräfte Englands. Ohne treibende Kräfte wie BNP waren diese jahrelang nur Randgestalten, was sich jetzt durch diese neue Allianz ändern könnte.

Das „British Movement“ (BM) und nahestehende Strukturen wie „Blood & Honour“ erschienen ebenso zum WMM, wie der britische Ableger von „Narodowe Odrodzenie Polski“ (NOP, dt.: „Nationale Wiedergeburt Polens“). Auch Teile der EDL-Abspaltung „North East Infidels“ sowie Mitglieder der „Misantrophic Division England“ (MD) waren anwesend. Letztere versteht sich als internationale Organisation zur Unterstützung des ukrainischen extrem rechten Bataillons „AZOV“, stellte ihren führenden Kopf, Chris Livingstone, als Redner auf und brachte zum WMM den Italiener Francesco „Stan“ Saverio Fontana mit, der selbst Teil des „AZOV“-Bataillons war.

Ergebnisse des Aufmarsches waren nicht nur eine breite mediale Öffentlichkeit, sondern auch sechs Festnahmen. Grund waren Hass-Reden sowie das Verbrennen von Flaggen, wie die der LGBT-Bewegung[6] und der Israels. Unter den Festgenommenen waren auch der NA-Aktivist Helm — der auf der Veranstaltung mit Rufen wie „Hitler hatte recht“ auffiel — sowie NA-Kader und Redner Ashley Bell. Auch Michael Woodbridge musste die Nacht im Gefängnis verbringen. Ihn dürfte NA-Gründer Alex Davies noch aus Zirkeln des „London Forum“ kennen. Der ehemalige Lehrer, Holocaust-Leugner und Anhänger der „Creativity Alliance“ ist Ideengeber und Veteran der Neu-Rechten in England. Ein Aufkleber mit dem Spruch „Hitler hatte recht“, den er an ein Lenin-Gedenkbild geklebt hatte, brachte ihm schon Ende der 70er Jahre eine Haftstrafe in der DDR ein.

Es scheint sich also eine neue rechte Allianz in England zu etablieren. Besonders durch Kräfte wie die NA und deren Aktionismus im Feld des „puren“ Neonazismus fühlt sich die extreme Rechte - sei sie auch noch so marginal - animiert, Teil einer neuen Front zu sein. Was jahrelang brach lag und stagnierte erfährt einen Aufwind fernab des Miefs der alten Parteien, der subkulturellen Welt von B&H und des Hooliganismus der EDL. Gleichzeitig schließt diese neue Front die alten Strukturen nicht aus, sondern bietet eine neue Plattform und schlägt die Brücke zwischen Universität und Pub. Die Quantität der Gruppe ist dabei nicht entscheidend, die „Reinheit der Idee“ ist ausschlaggebend. Wie nachhaltig solche Bestrebungen sind, wird die Zeit zeigen, doch die Fanatiker der NA sind sich sicher, dass 2015 „ein weiteres Jahr des Blutbads“ und ein „noch schrecklicheres Jahr für ZOG“[7] werden wird. •

1 Das Glaubensbekenntnis „We must secure the existence of our people and a future for white children“ stammt von dem us-amerikanischen Neonazi David Lane, der Mitglied der neonazistischen Terrororganisation „The Order“ war. **2** Der Konflikt zwischen EDL und NA eskalierte bei einer Demonstration der EDL im September 2014 in Rotherdam, weil von EDL-AnhängerInnen Israel-Flaggen gezeigt wurden **3** Action française ist eine 1899 gegründete extrem rechte Bewegung, eine nationalistische Reaktion auf linke Bestrebungen in Frankreich **4** siehe „Hope not Hate“ Nr. 16 „A campaign of hate“ **5** aus der Hardcore-Bewegung der 80er entstandener Ansatz, seinen eigenen Körper nicht zu vergiften, d.h. auf Rauchen, Trinken und Drogen zu verzichten **6** LGBT, Kürzel fur „Lesbian Gay Bisexual Trans“ **7** Neonazi-Kürzel für „Zionist Occupied Goverment“, dt. „zionistisch okkupierte Regierung“

„Der Krimi ist der Gesellschaftsroman unserer Zeit“


Foto: Elke Wetzig, CC BY-SA 3.0

Der Krimi-Autor Wolfgang Schorlau lebt und arbeitet als freier Autor in Stuttgart. 2006 wurde er mit dem Deutschen Krimipreis ausgezeichnet. Vor einigen Wochen lief seine erste Krimi-Verfilmung im deutschen Fernsehen. Wolfgang Schorlau neustes Buch soll bald erscheinen: Der Stuttgarter Privatdetektiv Georg Dengler soll in diesem die Mordserie der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufklären. Mit seinen Dengler Krimis hat sich der Schriftsteller zu einem der wichtigsten Vertreter des Politkrimis in Deutschland entwickelt. Die Gesamtauflage seiner Bücher beläuft sich mittlerweile auf fast eine Million Exemplare. Sieben Dengler-Krimi-Romane sind bisher erschienen, der achte mit dem vorläufigen Titel „Die schützende Hand“ soll in Kürze erscheinen. Wir sprachen mit ihm darüber.

In Ihrem neuen Krimi befassen Sie sich mit den NSU-Morden und den skandalösen Verquickungen zwischen Neonaziszene und Inlandsgeheimdiensten. Kann ein Krimi der Wahrheit näher kommen als ein Prozess?

Erzählen ist eine völlig andere Form, Wirklichkeit zu rekonstruieren als ein Gerichtsprozess. Ich versuche mir ein Bild zu machen, unterschiedliche Geschehnisse zusammenzufügen, die Realität zu verstehen und sie dann in einer Handlung nachzuahmen. Erzählungen sind daher genau so realistisch wie die Wirklichkeit. Und, wenn sie gelingen, können sie der Wahrheit näher kommen, als z.B. der Münchner Prozess, mit den unterschiedlichen Eigen- und Sonderinteressen der Akteure. Interesse an Aufklärung, an der Wahrheit, wenn Sie so wollen, zeigt in diesem Prozess allein die Nebenklage.

Sie sind bekannt, für Ihre Krimis immer sehr genau zu recherchieren. Gab es Momente bei Ihren Recherchen, wo Sie kaum glauben konnten, was Sie da lasen?

Es ist etwas anderes, viel spannenderes geschehen: Durch die Recherche setzte sich langsam ein anderes Bild von Deutschland zusammen, als ich es bisher im Kopf hatte. Wie die meisten von uns dachte ich, wir leben in einer „geglückten Demokratie“ mit mehr oder weniger großen, aber abstellbaren Unzulänglichkeiten. Der Historiker Josef Foschepoth fragt (allerdings in einem anderen Zusammenhang): Ist es nicht an der Zeit, die bisherigen Theorien und Deutungsmuster der bundesrepublikanischen Geschichte anhand neuer Fragestellungen auf der Grundlage einer sich enorm verbreiternden Quellenbasis zu überprüfen? Dazu will das Buch einen Beitrag leisten.

In Ihrem Buch „Das München-Komplott“ von 2009 geht es um das Oktoberfestattentat in München. Im Dezember 2014 wurden die Ermittlungen in diesem Fall tatsächlich wieder aufgenommen. Erhoffen Sie sich von Ihrem NSU-Buch auch eine aufklärerische Wirkung auf Öffentlichkeit und Ermittlerkreise?

Der Krimi ist der Gesellschaftsroman unserer Zeit. Und Aufklärung oder einen Blick hinter die Kulissen erwartet die Leserin und der Leser ja wohl zurecht von einem Gesellschaftsroman.

Ein Krimi hat gewöhnlich mehr Leser_innen als ein Sachbuch. Besteht gleichzeitig die Gefahr, dass die Leser_innen Fakten als Fiktion aufnehmen, wenn diese in einem Krimi stehen?

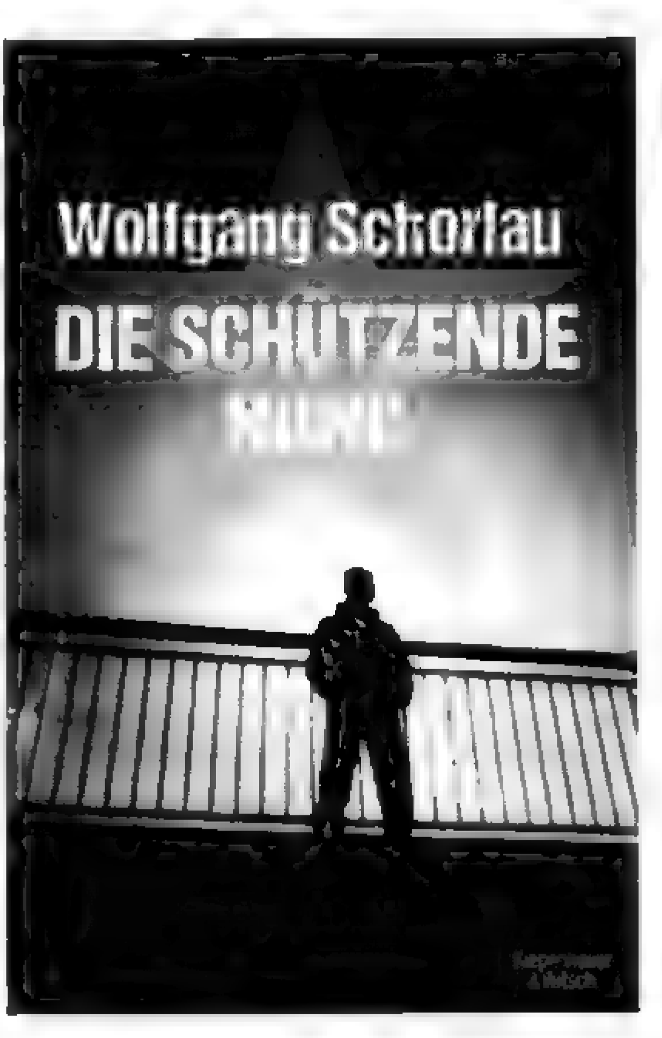
Wieso Gefahr? Ich schreibe Fiktion. Figuren und Handlung sind erfunden. Der zugrunde liegende Sachverhalt jedoch nicht. In „Die schützende Hand“ dokumentiere ich in einem Anhang sehr penibel meine Quellen.

Wer hat Ihrer Einschätzung nach ein Interesse am Verschleiern und Vertuschen der NSU-Hintergründe? Nur Staatsorgane die ihr eigenes Versagen decken wollen, oder steckt mehr dahinter?

Lesen Sie das Buch.

Wird es für die Leser_innen der Artikel über Neonazi-V-Leute und der Artikel über den NSU-Komplex im Antifaschistischen Infoblattes noch neue Überraschungen in Ihrem neuen Roman geben?

Ja. •



Wolfgang Schorlau
„Die schützende Hand“
erscheint am 12. November 2015
14.99 EUR
ISBN: 978-3-462-04666-3

Aufstieg der AfD

■ Wer die aktuellen parteiinternen Streitigkeiten in der AfD verstehen und einordnen will, muss sich mit den Akteuren, ihren Zielen und den politischen Wegmarken vor der Parteigründung im Jahre 2013 auseinandersetzen sowie die Analysen um die Wahlerfolge mit einbeziehen. In kompakter Form bietet „Der Aufstieg der AfD" hierfür eine gut strukturierte und leicht verständliche Übersicht.

Eine Stärke des Buches ist die erweiterte Perspektive des Autors auf die AfD bereits in ihrer Gründungsphase. Friedrich geht davon aus, dass die AfD nie als Anti-Euro-Ein-Punkt-Partei zu verorten war, sondern sich von Anfang an als ein Projekt darstellt, das Neoliberale und Rechtskonservative zusammenbrachte und gleichzeitig verschiedene rechte Strömungen verbinden wollte. Dies gelang der AfD zum Einen aufgrund der krisenhaften Entwicklungen im konservativen und national-neoliberalen Spektrum. Zur Verdeutlichung arbeitet Friedrich pointiert die Konflikte innerhalb des Konservatismus um die Fragen eines „völkischen Verständnis von Gesellschaft" und der „Frauen- und Familienpolitik" heraus. Diese „Krisenerscheinungen" gingen zum Anderen aber auch am National-Neoliberalen Flügel des Konservatismus nicht spurlos vorbei. Insbesondere dessen Kritik am Euro und der EU-Politik der Bundesregierung machte deutlich, dass eben jene ProtagonistInnen, um die sich Parteigründer Lucke durchaus bemühte, nicht mehr den gewünschten Einfluss, vor allem innerhalb der CDU, ausüben konnten und eine tragfähige Perspektive in der AfD sahen.

Gleichwohl, und das wird in dem Buch gut herausgearbeitet, war der AfD und insbesondere Lucke, von Anfang daran gelegen die Partei strategisch für die extreme Rechte zu öffnen. Gerade dieser Aspekt gerät in der aktuellen Bewertung der Flügelkämpfe häufig in den Hintergrund. Hier lohnt sich jedoch ein Blick zurück. Friedrich stellt schon für die Anfangsphase der Partei eine Rechtsverschiebung durch die Einflussnahme extrem rechter bzw. neu-rechter Akteure fest.

Deutlich wird, dass die jetzt aufgebrochenen Konflikte innerhalb der AfD nicht nur Produkte persönlicher Interessen Einzelner sind, sondern durchaus strukturelle Ursachen haben. Nicht nur für diese Perspektive lohnt sich die Lektüre des Buches. •

Sebastian Friedrich:
„Der Aufstieg der AfD
Neokonservative Mobilmachung in Deutschland"
112 Seiten, 13 Fotos, 7,90 Euro
Bertz + Fischer, Berlin, 2015



Die rechten ›Mut‹-Bürger

■ Der Machtkampf in der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland" spitzt sich immer weiter zu. Wirtschaftsliberale gegen Nationalkonservative, Lucke und Henkel gegen Petry und Gauland, Rechts gegen noch rechter. Eine Spaltung droht.

Die Probleme sind hausgemacht, so die Autoren von „Die rechten ›Mut‹-Bürger". Der innerparteiliche Zustand der AfD ist „chaotisch und geprägt von massiven Querelen und Richtungskämpfen", bis heute gibt es noch nicht einmal ein Parteiprogramm. Aber dennoch: Gewählt wurde die AfD nicht „aufgrund, sondern trotz ihres innerparteilichen Zustandes." Binnen kürzester Zeit gelangen ihr beachtliche Wahlerfolge — in Fraktionsstärke zog sie in mehreren Landttagen und im Europaparlament ein. Angetreten als Euro-Kritiker und Sarrazin-Partei konnte sich die AfD nicht nur erfolgreich als Partei rechts der Union platzieren, sondern wurde auch zum „weltanschaulichen Stichwortgeber" für einen rechten Kulturkampf.

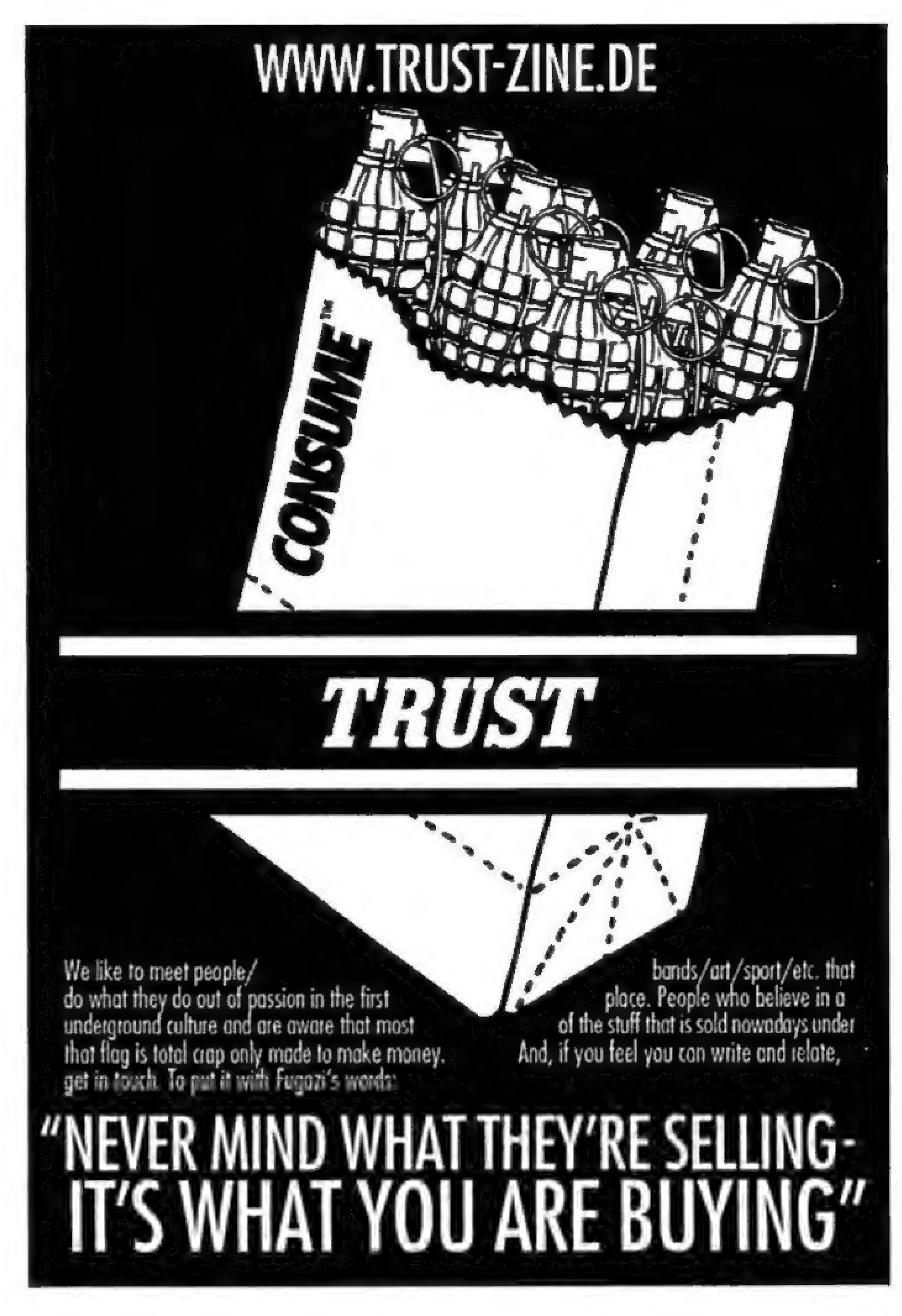
Sie fungiert darin als Ventil eines neuen rechten Blocks, in dem sie neben eilitär-wirtschaftslibralen Europakritikern auch nationalkonservativen und neurechten Kräften, sowie früheren Aktivisten rechtspopulistischer Kleinstparteien eine neue politische Heimat bot. Wie ihr das gelungen ist, zeichnen Alexander Häusler und Rainer Roeser in ihrem Buch prägnant nach.

Den Autoren geht es in „Die rechten ›Mut‹-Bürger" „in erster Linie um die Frage nach der Verortung der Partei im Spektrum der nationalliberalen, konservativen und populistischen Rechten." Sie untersuchen die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen des neuen rechtspopulistischen Parteiprojekts, ihre inhaltlichen Positionen und Vorläuferorganisationen, das Wählerpotential und Reaktionen anderer rechter Gruppierungen auf die AfD. Auch der Umgang neurechter Medien, wie sich beispielsweise die Wochenzeitung Junge Freiheit zu einer „Art informellem Parteiblatt" entwickelte, sind Gegenstand der Betrachtung. Exemplarisch werden auch einige Landesverbände näher auf ihre rechten Erscheinungsformen untersucht.

Mit dieser kompakten und verständlich geschriebenen Übersicht zur AfD, ihrer Positionen und Entstehung(-skontext) bietet sich das Buch hervorragend als Einstieg und Grundlage für eine tiefere Auseinandersetzung mit der rechtspopulistischen Partei an. Die Autoren wollen mit dem Buch, „Hintergrundinformation zur vertiefenden Auseinandersetzung" und „Anregungen für weitere notwendige Diskussionen" geben. •

Alexander Häusler /
Rainer Roeser:
Die rechten ›Mut‹-Bürger
Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«
160 Seiten | 2015 |
12.80 EUR
ISBN 978-3-89965-640-4





WWW.TRUST-ZINE.DE
CONSUME™
TRUST
We like to meet people/ bands/art/sport/etc. that do what they do out of passion in the first place. People who believe in a underground culture and are aware that most of the stuff that is sold nowadays under that flag is total crap only made to make money. And, if you feel you can write and relate, get in touch. To put it with Fugazi's words:
"NEVER MIND WHAT THEY'RE SELLING- IT'S WHAT YOU ARE BUYING"



kein mensch ist illegal
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
STILL NOT ♥'ING POLICE!
GRANDIOSO
VERSAND & TEXTILDRUCK
riotwear, music & more
grandioso-versand.de / grandioso-textildruck.de
facebook.com/Grandioso.Textildruck.und.Versand



Anarchosyndikalistische Zeitung
Direkte Aktion
Totgesagte leben länger
Schwerpunkt:
Was Prekarisierung und Klassenbewusstsein (noch nicht) miteinander zu tun haben
DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
Probeheft gratis!
www.direkteaktion.org



ALTEINGESESSENES LANDPROJEKT
IN STÄNDIGER BEWEGUNG



KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1
51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
28. Jahrgang
Nummer 107 | 2.2015

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller
(Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

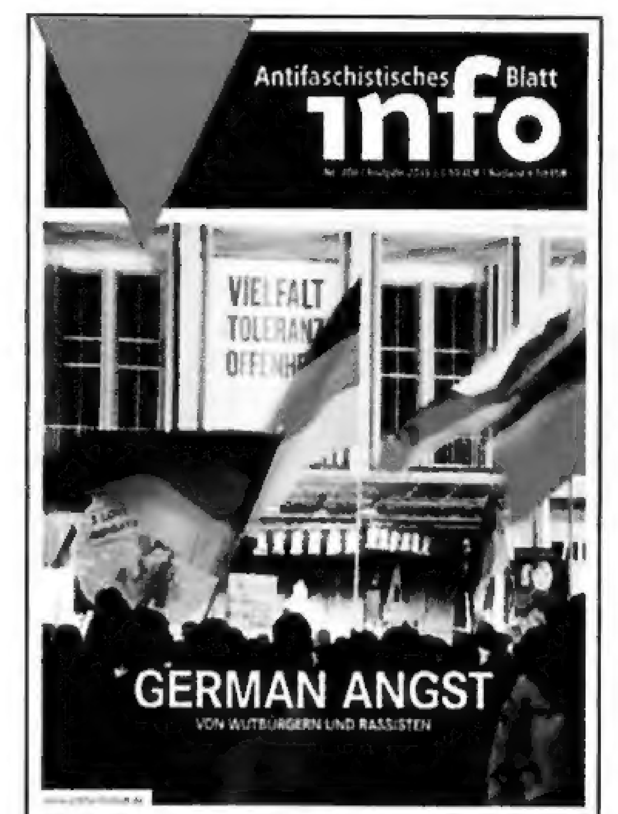
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



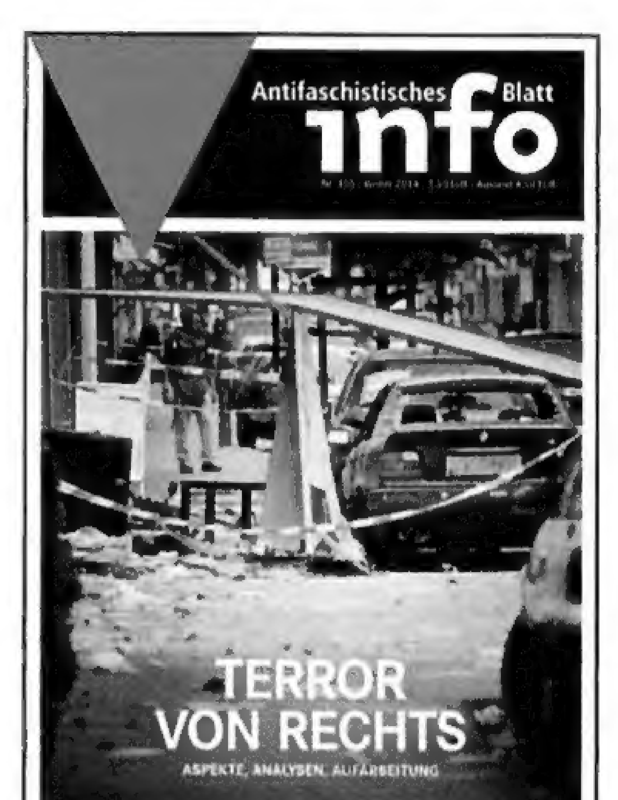
AIB 106

TITEL
German Angst — Von Wutbürgern und Rassisten

NS-SZENE
Was bleibt von den Autonomen Nationalisten?

RASSISMUS
Jenseits von Ferguson?

INTERNATIONAL
„Niemand kann sich in Belarus der staatlichen Kontrolle entziehen."



AIB 105

TITEL
Terror von rechts — Aspekte, Analysen, Aufarbeitung

NS-SZENE
50 Jahre NPD

RASSISMUS
Mos Maiorum

INTERNATIONAL
Kolumbien: Der Weg zum organisierten Antifaschismus in Bogotá

Absender_in

____

____

____

____

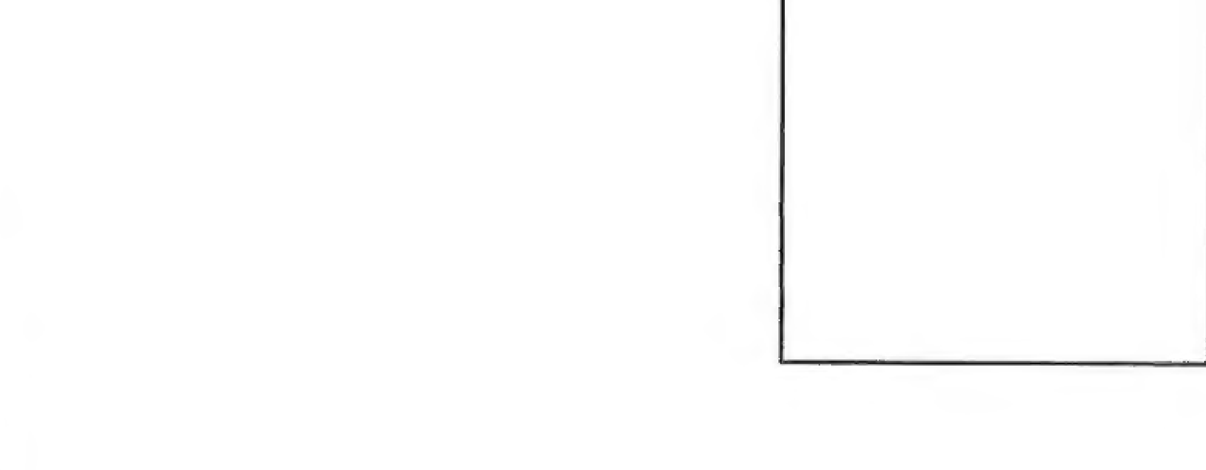
Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)
Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift



Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

MOBILE CLINIC FOR ROJAVA

Medical Education
PHNX - redefine global solidarity - organisiert im kurdischen Kanton Cizire/Rojava Aus- und Fortbildung für medizinisches Personal. Auf Bitten von *Heyva Sor a Kurd* ist PHNX mit seinen Ausbildungsteams vor Ort und hat mittlerweile Sanitäter*innen, Pflegekräfte und Physiotherapieassistent*innen ausgebildet.

Das Ziel der Ausbildungen ist "teach the teacher". Wir vermitteln wie die neuen Fachkräfte ihr Wissen kompetent weitergeben können, so dass die medizinischen Strukturen mittelfristig wieder unabhängig agieren können.

Mobile Clinic
Der Weg von den Fronten zu den Krankenhäusern ist weit. Und viele Menschen sterben, weil während der Fahrt keine ausreichende Versorgung gewährleistet werden kann. Gleichzeitig müssen die wenigen in Rojava verbliebenen Ärzt*innen auch ohne Vorwissen alle Kriegs- und Unfallchirurgischen Probleme lösen. Das sind Probleme, die wir mit einer gemeinsamen Lösung angehen möchten. Wir bauen eine mobile Klinik für Rojava, welche vor Ort als Lehrklinik dient. Auf- und abgebaut in kürzester Zeit, können wir damit in die Gebiete zwischen Krankenhäusern und Frontlinie gehen. Die Transportwege verkürzen sich und das medizinische Personal kann vor Ort lernen und sich fortbilden.

Trink- und Abwasser
Wasser ist überlebenswichtig. Trinkwasser in Rojava ist knapp. Die natürlichen Zuflüsse sind durch die Wasserpolitik der Türkei eingeschränkt, die verbliebenen Ressourcen in Rojava durch das nicht gelöste Problem der ungeklärten Abwässer gefährdet. Wir haben im Mai den Zustand des Trinkwasser in Cizire erhoben und arbeiten an Lösungen für die Abwasserproblematik.

Die Projekte verschlingen viel Zeit und Geld. Zeit, die wir momentan ehrenamtlich erbringen und Geld, welches wir nicht haben und von öffentlichen Stellen nach wie vor nicht bekommen.

Helft uns, dass die Projekte für Rojava weitergehen können.

Empfänger*in phoenix e.V.
Bank Volksbank Berlin
IBAN DE55 1009 0000 2533 5240 04
BIC BEVODEBBXXX

Kontakt contact@phnx.berlin
www.phnx.berlin

